

39. Sitzung

am Mittwoch, dem 27. Januar 2010, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 3044

Erklärung der Landtagspräsidentin
zum "Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus"

Präsidentin Barbara Stamm..... 3044

Nachruf auf den ehemaligen Ersten Vizepräsidenten
des Bayerischen Landtags und Staatssekretär a. D.
Dr. Heinz Rosenbauer 3045

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Christian Meißner, Annette Karl** und **Staatssekretär Gerhard Eck** 3045

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
"Bayerns Zukunft ohne Atomkraft - endlich konsequent auf erneuerbare Energien umsteuern!"

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 3045
Tobias Reiß (CSU)..... 3047
Ludwig Wörner (SPD)..... 3049
Thorsten Glauber (FW)..... 3050
Tobias Thalhammer (FDP)..... 3051
Markus Blume (CSU)..... 3052
Natascha Kohnen (SPD)..... 3054
Alexander König (CSU)..... 3055
Staatsminister Martin Zeil..... 3056

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**
und **weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2010)** (Drs. 16/3081)
- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010**
(Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010)

(Drs. 16/3082)

- Erste Lesung -

Staatsminister Georg Fahrenschon..... 3058
Volkmar Halbleib (SPD)..... 3063 3082
Erika Görnitz (CSU)..... 3070
Mannfred Pointner (FW)..... 3071
Thomas Mütze (GRÜNE)..... 3076 3083
Karsten Klein (FDP)..... 3080 3081 3082 3083
Georg Winter (CSU)..... 3084
Christine Kamm (GRÜNE)..... 3088

Verweisung gem. § 148 GeschO an den Haushalts-
ausschuss..... 3090

Abstimmung
über **Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Beschluss..... 3090

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Renate Will u. a. und Fraktion (FDP)
Residenzpflicht lockern und Sachleistungsprinzip überprüfen (Drs. 16/3250)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD)
Residenzpflicht aufheben Die Selbstständigkeit von Asylbewerbern stärken (Drs. 16/3274)

Brigitte Meyer (FDP)..... 3091

Angelika Weikert (SPD).....	3092	3097
Bernhard Seidenath (CSU).....		3093
Joachim Hanisch (FW).....		3094
Maria Scharfenberg (GRÜNE).....		3095
Staatsminister Joachim Herrmann.....	3096	3097
Christine Kamm (GRÜNE).....		3097

Beschluss zum FDP-Dringlichkeitsantrag 16/3250...
3098

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/3274...
3098

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Eberhard Rotter, Renate Dodell u. a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Dr. Franz Xaver Kirschner, Tobias Thalhammer u. a. und Fraktion (FDP)

Mittel aus dem Planungskostenbudget für die TEN-Strecke Neu-Ulm - München - Mühldorf - Freilassing sowie die Strecken Nürnberg - Hof und Regensburg - Hof (Drs. 16/3251)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FW)

Finanzierung des Schienenverkehrs für dringende Infrastrukturmaßnahmen in Bayern (Drs. 16/3276)

Eberhard Rotter (CSU).....	3098	3100
Bernhard Pohl (FW).....		3100
Dr. Paul Wengert (SPD).....		3101
Dr. Martin Runge (GRÜNE).....	3101	3103
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP).....		3103
Staatssekretärin Katja Hessel.....		3104

Beschluss zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/3251..... 3104

Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 16/3276..... 3104

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld u. a. und Fraktion (SPD)

Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen, Einführung einer internationalen Transaktionssteuer (Drs. 16/3252)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a. und Fraktion (CSU),

Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Tobias Thalhammer u. a. und Fraktion (FDP)

Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen, einen Beitrag der Finanzinstitute zur Aufarbeitung der Lasten der Krise einfordern (Drs. 16/3271)

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP).....	3105	3111
		3112
Volkmar Halbleib (SPD).....	3105	3106
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP).....		3106
Philipp Graf von und zu		
Lerchenfeld (CSU).....	3107	3108
Tanja Schweiger (FW).....		3108
Eike Hallitzky (GRÜNE).....		3110

Verweisung in den Haushaltsausschuss..... 3113

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FW)

Polizisten schützen - Gewalttaten gegen Polizei härter bestrafen (Drs. 16/3253)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Christian Meißner u. a. und Fraktion (CSU),

Dr. Andreas Fischer, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion (FDP)

Polizeibeamte strafrechtlich besser schützen (Drs. 16/3272)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Schneider, Helga Schmitt-Bussinger u. a. und Fraktion (SPD)

Keine Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten (Drs. 16/3275)

Verweisung in den Kommunalausschuss 3113

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

EEG-Vergütungssätze für PV-Strom harmonisch anpassen (Drs. 16/3254)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer u. a. und Fraktion (FDP)
Vertrauensschutz bei der Absenkung der Einspeisevergütung nach dem EEG (Drs. 16/3273)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FW)
EEG-Förderung für Photovoltaik und Planungssicherheit im Jahr 2010 erhalten (Drs. 16/3277)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 3113

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)
Bayerns Schulen brauchen alle guten Lehrerinnen und Lehrer! - Verbesserung der Situation von Referendaren und Lehramtsanwärtern erreichen (Drs. 16/3255)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FW)
Einstellung von Junglehrern - Durch nachhaltige Personalpolitik Qualität in der Schule garantieren. (Drs. 16/3278)

Verweisung in den Bildungsausschuss 3113

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FW)
Fördersituation der Sportvereine in Bayern (Drs. 16/3256)

Verweisung in den Bildungsausschuss 3113

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
GBW: Bezahlbaren Wohnraum für die Mieterinnen und Mieter auf Dauer sichern (Drs. 16/3257)

Verweisung in den Haushaltsausschuss 3113

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)
Konsequenzen aus der Sicherheitspanne am Münchner Flughafen ziehen! (Drs. 16/3258)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitskontrollen an Bayerns Flughäfen überprüfen und verbessern (Drs. 16/3270)

Verweisung in den Kommunalausschuss 3113

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FW)
Harmonisierung der Lehrpläne für die fünfte Jahrgangsstufe (Drs. 16/3259)

Verweisung in den Bildungsausschuss 3113

Schluss der Sitzung..... 3113

(Beginn: 13.03 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 39. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Wie immer wurde die Genehmigung erteilt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute vor 65 Jahren befreiten Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz. Der frühere Bundespräsident Roman Herzog hat 1996 dieses Ereignis des 27. Januar 1945 zum Anlass genommen, den 27. Januar zum "Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus" zu erklären.

Auschwitz ist zum Synonym für die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten und ihre brutale, menschenverachtende Tötungsmaschinerie geworden. Wir gedenken heute all derer, die Opfer jener Tyrannei und Gewaltherrschaft wurden. Wir gedenken der jüdischen Männer, Frauen und Kinder. Wir gedenken der Sinti und der Roma. Wir gedenken der weiblichen und männlichen Homosexuellen. Wir gedenken der Kranken und der Menschen mit Behinderung. Wir gedenken der politisch Andersdenkenden und der Frauen und Männer des Widerstands. Sie alle mussten sterben, weil ihnen die Nationalsozialisten das Recht zu leben absprachen.

Der heutige Gedenktag ist uns eindringliche Mahnung, das Geschehene nicht zu vergessen und aus dieser schmerzlichen und erschütternden Erfahrung heraus größte Wachsamkeit an den Tag zu legen, damit sich derlei grausame Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Würde des Menschen bei uns und anderswo niemals wiederholen.

Ich bitte Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sich zu einer Gedenkminute von Ihren Plätzen zu erheben. - Ich danke Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf darauf hinweisen, das anlässlich des Holocaust-Gedenktages heute Abend um 20 Uhr im Senatssaal eine gemeinsame Veranstaltung des NS-Dokumentationszentrums München und des Bayerischen Landtags stattfindet. Anwesend werden die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland und Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Frau Dr. Charlotte Knobloch, der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, Herr Christian Ude, sowie die Gründungsdirektorin des NS-Dokumentationszentrums München, Frau Dr. Irmtrud Wojak, sein. Zur Erinnerung an den Holocaust werden die Generalbundesanwältin beim Bundesgerichtshof, Frau Prof. Dr. Monika Harms, und Frau Dr. Wojak sprechen.

Sie alle, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sind dazu sehr herzlich eingeladen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in dieser bewegenden Minute begrüße ich am Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus Ehrengäste auf der Besuchertribüne. Es haben Platz genommen Herr Solly Ganor und seine Gattin, die ich beide mit Frau Naor herzlich willkommen heiße.

Herr Ganor hat als Dreizehnjähriger den Einmarsch der Deutschen in seine Heimat Litauen miterlebt. Danach musste er mit seiner Familie zunächst drei Jahre im Getto Kaunas leben, bevor er im Sommer 1944 in das KZ Stutthof deportiert wurde. Anschließend kam er in das KZ-Außenlager Landsberg-Kaufering. Im April 1945 wurde er während eines der berüchtigten Todesmärsche von den Amerikanern befreit. Herr Ganor wanderte anschließend nach Israel aus. Er hat seine Lebensgeschichte in dem Buch "Das andere Leben" beschrieben, das er heute in Dachau vorstellen wird.

Sehr geehrter Herr Ganor, seien Sie uns mit ihrer Gattin ganz herzlich willkommen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Aufenthalt, alles Gute und Gottes Segen.

(Anhaltender Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie nun, eines ehemaligen Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 21. Januar 2010 verstarb der ehemalige Erste Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Herr Dr. Heinz Rosenbauer, im Alter von 71 Jahren. Er gehörte dem Landtag von 1970 bis 1994 an und vertrat zuerst den Stimmkreis "Alzenau - Gemünden am Main - Lohr am Main" und dann 20 Jahre lang den Wahlkreis Unterfranken als Mitglied der Fraktion der CSU.

Dr. Heinz Rosenbauer war in Gemünden im Landkreis Main-Spessart als Notar tätig, bevor er bereits mit 32 Jahren in den Bayerischen Landtag einzog.

Er gehörte zunächst dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen an, dann dem Ausschuss für Sicherheitsfragen und zuletzt den Ausschüssen für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für Geschäftsordnung und Wahlprüfung, ebenso der Parlamentarischen Kontrollkommission und dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden.

1974 wurde er in das Amt des Ersten Vizepräsidenten gewählt, das er bis 1978 innehatte. In diesem Jahr berief ihn der damalige Ministerpräsident Franz Josef Strauß zum Staatssekretär im Bayerischen Staatsmi-

nisterium für Arbeit und Sozialordnung. 1984 wechselte er ebenfalls in der Funktion des Staatssekretärs in das Bayerische Staatsministerium des Innern und von 1988 bis 1990 in das Bayerische Staatsministerium der Justiz.

Die Ämter, die Dr. Heinz Rosenbauer anvertraut waren, hat er glaubwürdig und engagiert ausgefüllt. Den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern hat er dabei nie verloren. In seiner Persönlichkeit vereinten sich souveräner Sachverstand, mitfühlende Menschlichkeit und sein rheinischer Humor, den er sich selbst in Zeiten schwerer Krankheit bewahrte. Er war beliebt und geachtet, vor allem in seiner Wahlheimat Unterfranken. Dort hat er sich große Verdienste erworben. Die Stadt Gemünden ernannte ihn 1986 zu ihrem Ehrenbürger.

Der Bayerische Landtag dankt dem Verstorbenen für seinen Einsatz für unser Land und wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. - Ich danke Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt habe ich einen freudigen Anlass. Es ist immer schön, wenn man zum Geburtstag gratulieren kann.

Jeweils einen runden Geburtstag feierten am 18. Dezember Herr Kollege Christian Meißner, am 13. Januar Frau Kollegin Annette Karl und am 24. Januar der Staatssekretär des Innern, Herr Kollege Gerhard Eck. Herzlichen Glückwunsch, sehr geehrte Frau Kollegin und sehr geehrte Herren Kollegen. Ich gehe davon aus, dass Sie im Kreis der Familien und mit lieben Freunden schön gefeiert haben, vielleicht sogar auch mit dem Herrn Ministerpräsidenten. Alles Gute auch vonseiten des Hohen Hauses. Glück, Erfolg und Gottes Segen! Das brauchen wir immer auch für unsere Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bin 1976 in den Bayerischen Landtag gekommen. Da hatten unsere Offizianten und Offiziantinnen die gleiche Dienstkleidung, wie wir sie auch heute Morgen noch gesehen haben. Sie haben sich selber gewünscht, sich in ein neues Outfit begeben zu können.

(Allgemeiner Beifall)

Diesem Wunsch ist das Präsidium des Bayerischen Landtags natürlich sehr gerne nachgekommen.

Lieber Herr Ministerpräsident, ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass das kein Rot ist. Es ist vielmehr ein Bordeaux.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, damit ist das Präsidium der Ausgewogenheit im Hinblick auf das ganze Haus gerecht geworden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN "Bayerns Zukunft ohne Atomkraft - endlich konsequent auf erneuerbare Energien umsteuern!"

Als Erstem erteile ich Herrn Kollegen Hartmann das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Von Jahresbeginn an war die CSU, voran die Staatsregierung mit ihrem Minister Söder, wieder einmal auf Werbetour für die Atomkraft in diesem Land. Das geschah völlig unbekümmert von den CSU-internen Diskussionen um das "Leitbild 2010 plus" einschließlich "Zukunftskommission und Innovationsversionen". Da wurden alte Parolen wieder ausgepackt. Es hieß, die Atomkraft sei in diesem Land nicht ersetzbar und müsse weiter betrieben werden.

Ganz egal, ob es einen Parteitagsbeschluss hin oder her gibt - die CSU will bei diesem Thema bleiben. Die letzten Wochen haben wieder gezeigt: Es läuft auf eine Laufzeitverlängerung hinaus.

(Beifall bei der CSU)

Die aktuelle Debatte in Berlin zeigt deutlich: Da sitzt die Regierung schon wieder auf dem Schoß der vier großen Versorger und verspricht Laufzeitverlängerung.

Erstaunlich ist, dass der Umweltminister mit der Forderung nach zehnjähriger Laufzeitverlängerung in die Debatte geht. Warum fordert er nicht gleich 15 oder 20 Jahre? Warum also nur 10 Jahre? Das einzige Argument, das öffentlich vorgetragen wird, ist, angeblich könnten so 1,5 Milliarden Tonnen CO₂ eingespart werden. Aber dieser Gedankengang, Herr Minister Söder, ist so falsch wie er alt ist. Kein Mensch möchte doch die Atomkraft durch Braunkohlekraftwerke ersetzen. Sie rechnen Braunkohlestrom dagegen. Aber die Ersetzung durch Kohlekraftwerke will niemand. Deshalb hinkt das Argument.

Man muss auch Folgendes bedenken. Seit der Inkraftsetzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vor zehn Jahren ist die Stromproduktion aus Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie gewaltig gestiegen. Wir produzieren im Vergleich zum Jahr 2000 die zehnfache Strommenge von Isar 1. Trotzdem wollen Sie kein AKW abschalten. Wohin denn mit diesem ganzen Strom?

Erstaunt bin ich auch darüber, dass Sie in der Debatte immer von der Brücke ins Solarzeitalter reden. Sie reden davon, dass die erneuerbaren Energien ihre Leistungsfähigkeit erst beweisen müssten. Was ist

denn bei den erneuerbaren Energien in den letzten Jahren geschehen? Sie beweisen doch täglich ihre Leistungsfähigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Machen Sie einmal die Augen auf und schauen sich die Zahlen an, um zu sehen, was diese Energieträger zur Stromproduktion beitragen! Heute ist im Wirtschaftsteil der SZ wieder einmal zu lesen - ganz aktuell -: Allein die im vergangenen Jahr in Deutschland gebauten Windkraftanlagen liefern so viel Strom wie zwei Atomkraftwerke. Ja, diese Strommenge ist im letzten Jahr hinzugekommen. Aber wir schalten keine Anlagen ab. Da passt doch etwas nicht zusammen. Noch eines muss gesagt werden: Die erneuerbaren Energien haben jedes von der Politik gesteckte Ziel übertroffen. Das Ziel für 2010 wurde im Bereich der erneuerbaren Energien bereits 2007 erreicht. Das verschweigen Sie. Sie verschweigen genauso, dass Deutschland im Stromexport jedes Jahr Steigerungen zu verzeichnen hat. Im Jahr 2008 hatten wir einen neuen Rekord im Stromexport. Die Strompreise an der Strombörse in Leipzig fallen zurzeit. Immer häufiger geht es da in den negativen Bereich.

Sie wissen genauso gut wie ich: An Weihnachten wurden massenweise Windkraftanlagen vom Netz genommen. Man hatte diesen Strom nicht mehr ans Netz gebracht, weil das Netz durch Nuklear- und Kohlekraftstrom verstopft ist. Dann gibt es keinen Platz mehr. Sie wollen jetzt noch einmal zehn Jahre draufpacken. Das erstaunt mich sehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz dieses Überangebots an Strom, das wir zurzeit im Netz haben, wollen und müssen wir die Energieversorgung umbauen. Wir möchten eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien. Das hat mehrere Gründe, zum einen den Klimaschutz. Es ist unumstritten, dass wir die Erderwärmung reduzieren müssen. Die Ressourcen sind nun einmal endlich und werden eines Tages zur Neige gehen. Sie sind auch viel zu schade, um verbrannt zu werden.

Ein weiterer Grund ist die Unabhängigkeit von Weltmarktpreisen. Wir möchten erreichen, dass die Wertschöpfung in unserem Land bleibt. Das schafft Ausbildungs- und Arbeitsplätze in unserem Land. Der Umbau der Energieversorgung ist sicherlich eine schwierige Herausforderung, aber mit der Forderung, die bestehenden Laufzeiten um zehn Jahre zu verlängern, machen Sie es nicht leichter, sondern schwieriger. Sie machen vor allen Dingen eines - das ist an die Kollegen der FDP gerichtet, deren Bundeswirtschaftsminister von 15 bis 20 Jahren spricht -; Hiermit zementieren Sie

die alten Strukturen und drücken den neuen Technologien die Luft ab.

Wissen Sie eigentlich, wovon Sie sprechen? Wir haben einen Ausstiegskonsens. Einige AKWs laufen noch bis zum Jahre 2025. Wollen Sie da noch einmal 20 Jahre draufpacken? Wie lang soll diese Brücke, die wir gar nicht benötigen, noch werden?

Es ist auch erstaunlich, wie fahrlässig in Bayern mit diesem Thema umgegangen wird. Wir in Bayern profitieren doch von dieser Energiewende. Fahren Sie durchs Land; überall entstehen Solaranlagen und Biomasseanlagen. Viele bayerische mittelständische Handelsbetriebe haben ihr Produktportfolio erweitert und setzen auf diesen Bereich. Diese Firmen brauchen Planungssicherheit. Sie vertrauen auf die Planungssicherheit, die mit dem Atomausstieg beschlossen worden ist. Sie vertrauen auf den damit verbundenen Einstieg in erneuerbare Energien, und dieses Vertrauen der Mittelständler verspielen Sie mit Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was mich auch verwundert: Ich habe mir den Koalitionsvertrag von CSU und FDP angeschaut. Dort heißt es: "Einen funktionierenden Wettbewerb" möchten Sie durchsetzen im Strombereich. "Besonderes Augenmerk legen wir auf die leistungsfähigen kleinen und mittleren Energieversorgungsunternehmen in kommunalem, genossenschaftlichem oder Privateigentum." Wo sind die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die von Ihrer Politik profitieren, wenn Sie die Laufzeiten verlängern? Nennen Sie mir einen kleinen Betreiber, der für eine längere Laufzeit von Kernkraftwerken ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen gibt es nicht, denn es sind die vier großen Versorger. Schreiben Sie es doch ehrlicherweise hinein: Sie möchten die Position der vier großen Versorger festbetonieren und auf Ewigkeit festschreiben. Sagen Sie es doch! Ihre Koalitionsvereinbarung führt diesbezüglich in die Irre. Das kann man so nicht nachvollziehen.

Sie stehen mit Ihrer Forderung allein in der Gesellschaft. Es ist klar, die vier großen Versorger umjubeln Sie - das ist selbstverständlich -, aber zum Beispiel der Verband der Kommunalunternehmen, in dem mehrere hundert kommunale Energieunternehmen organisiert sind, lehnt das massiv ab. Diese halten mit ihrem Ziel, für eine dezentrale regionale Energieversorgung zu sorgen, die Verlängerung der Laufzeiten für den absolut falschen Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der Regierungsfraktion, sehen Sie doch einfach mal der Realität ins Auge. Energiewirtschaftlich sind die alten Reaktoren längst nicht mehr notwendig. Die Atomstromproduktion im letzten Jahr ist die geringste in 20 Jahren gewesen. Es werden reihenweise AKWs für Wartungsarbeiten abgeschaltet und stehen somit nicht zur Verfügung. Die Stromkonzerne selbst haben bewiesen, dass wir auf die sieben ältesten AKWs ohne weiteres verzichten können, indem sie zeitgleich mehrere AKWs vom Netz genommen haben und Strom ins Ausland verkauft wird. Wir hatten trotzdem Stromüberangebot statt Mangel. Das heißt, sie haben bewiesen, dass es funktionieren kann.

Für uns ist klar, wenn Sie jetzt das Rad bremsen oder versuchen, es zurückzudrehen, erreichen Sie nur eines: Die großen Versorger erzielen weitere Milliardengewinne.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sicherlich sagen Sie jetzt: Sie möchten sie umschichten für erneuerbare Energien. Bis jetzt gibt es dazu von Ihnen aber kein Konzept, und die Betreiber der erneuerbaren Energien, vorweg der Bundesverband, sagen selbst, dass sie dieses Geld nicht möchten. Sie möchten lieber einen Fahrplan ins Zeitalter der erneuerbaren Energien und keine Kernkraftwerke, die faktisch die Monopolstellung der großen Versorger festbetonieren. Damit kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich gibt es nur drei Argumente für die Verlängerung der Laufzeit: Das ist Geld, Geld und wieder Geld. Es ist nichts anderes.

(Zuruf von den GRÜNEN: Bravo! - Zuruf von der CSU)

Was mich ebenfalls erstaunt, ist die Brücke ins Solarzeitalter. Seit drei Jahren wird dieses Thema wie kein anderes durch die Medien getreten. Man kann darüber streiten, wie wir die Brücke definieren. Aber, Herr Minister Söder, ist der Atomausstieg nicht schon die Brücke, von der Sie sprechen? Es ist ein Fahrplan bis zum Jahre 2025, wie die AKWs nach und nach vom Netz gehen. Wenn Sie diese Brücke weiter ausbauen wollen, kann man nur sagen: Es ist höchste Zeit, dass Sie Ihre alternde strahlende Brücke zurückbauen und nicht weiter ausbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist deutlich - das zeigen uns die Zahlen im Bereich der erneuerbaren Energien -, wie stark sie wachsen. Wir haben auch mitbekommen, dass diese Branche

trotz Wirtschaftskrise ihr Wachstum beibehalten kann. Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir müssen am Atomausstieg festhalten bzw. wir müssen ihn sogar noch beschleunigen. Die sieben ältesten AKWs müssen umgehend vom Netz genommen werden, weil dann der Anreiz hoch ist. Den nächsten Schritt werden wir spielend leicht in den nächsten Jahren erreichen, um noch weitere AKWs vom Netz zu nehmen.

Ich appelliere an Sie in der Koalition auch im Interesse der Wirtschaftsunternehmen, die immer wieder Planungssicherheit fordern: Halten Sie diese Planungssicherheit ein, die seit fast zehn Jahren im Gesetz steht.

Was denken Sie sich eigentlich? Sie weichen jetzt den Konsens auf und verlängern die Laufzeiten - wenn es nach der FDP geht, vielleicht bis zu 15 Jahren -, dann gibt es einen Regierungswechsel und alles wird wieder geändert. Tun wir damit unserer Energieversorgung etwas Gutes, wenn wir ständig hin- und herspringen? Erhalten wir die beschlossene Planungssicherheit und bleiben wir beim Ausstieg. Es gibt keinen anderen Weg. - Danke.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Für die CSU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Reiß das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Hartmann, Bayern braucht in Sachen erneuerbare Energien nicht umzusteuern, im Gegenteil: Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist und bleibt ein Schwerpunkt bayerischer Energiepolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Richtig!)

Bayern nimmt beim Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix bundesweit eine Spitzenstellung ein. Unser Ziel ist es, diese Spitzenstellung weiter auszubauen. In einem flexiblen Energiemix sollen dazu die herkömmlichen Energieträger kontinuierlich durch alternative Energie ersetzt werden. Vorrangiges Ziel ist dabei, für die Menschen und Betriebe in unserem Land eine Energieversorgung bereitzustellen, die gleichermaßen sicher, bezahlbar und umweltverträglich ist.

Wir wollen und werden den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in den nächsten zehn Jahren auf 30 % steigern. Heute beträgt dieser Anteil beim Strom aus erneuerbarer Energie schon mehr als 15 %. Vom heute erzeugten erneuerbarem Strom ist aber nur die Biomasse mit rund 5 % speicherbar und kann kontinuierlich Strom erzeugen.

Mit einem Anteil von rund 9 % stellen Wind und Sonne ihre Energie bereit. Doch der Durchschnitt sagt nicht viel aus. An circa 100 windstillen Tagen im Jahr produzieren die Windräder nahezu null. Die 25.000 Megawatt installierte Windenergieleistung in Deutschland wird nur an 20 Tagen des Jahres erreicht. Die restliche Zeit des Jahres verteilt sich die erzeugte Menge zwischen diesen Extremen. Das führt unter anderem zu den extremen Preisschwankungen an den Strombörsen. Herr Kollege Hartmann hat es angesprochen.

Mehrfach wurde im letzten Jahr bei Starkwind mehr Strom ins Netz eingespeist, als benötigt wurde. An der Strombörse musste der Stromüberschuss verschenkt werden, teilweise mussten bis zu 50 Cent pro Kilowattstunde draufgelegt werden, damit andere Marktteilnehmer, insbesondere Holland und Polen, diesen Strom übernehmen. Das ist Strom, für den rund 9 Cent bei Wind und 43 Cent bei Sonne von den deutschen Stromkunden bezahlt werden. Das ist auch Strom, der in einer anschließenden Flaute nicht zur Verfügung steht und dann von grundlastfähigen Kraftwerken sichergestellt werden muss.

Ich halte es daher für verfehlt, ständig einen Gegensatz zwischen regenerativen Energien und der Kernenergie zu konstruieren. Durch ihre hohe Einsatzflexibilität und ihre CO₂-freie Stromerzeugung stellen Kernkraftwerke so lange einen idealen Partner erneuerbarer Energieträger dar, bis eine effiziente Stromspeicherung zur Verfügung steht. Wer heute den Ausbau erneuerbarer Energien will, muss bis zur Entwicklung geeigneter Speichertechnologie die Kernkraft als Brücke nehmen. Richtig ist, dass der Vorgang der Einspeisung der Windkraft und der Photovoltaik einen Kraftwerkspark erfordert, der hierauf flexibel reagieren kann.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder behauptet - Sie, Herr Kollege Hartmann, haben es erneut getan -, Kernkraftwerke seien unflexibel, praktisch nicht regelbar und nicht in der Lage, schnell auf wechselnde Bedingungen im Stromnetz zu reagieren. Es wird behauptet, sie verstopften die Netze und stünden deshalb dem Ausbau erneuerbarer Energien entgegen.

Diese Aussagen sind falsch. Technisch kann jedes Kernkraftwerk in seiner Leistung geregelt werden. Kernkraftwerke können mit einer Leistungsänderung von 5 % in der Minute bis auf 45 % ihrer Leistung zurückgefahren und ebenso schnell wieder hochgefahren werden. Sie können sich damit dem Vorrang der erneuerbaren Energien und den Nachfrageschwankungen anpassen. Schon heute können die Kernkraftwerke in Deutschland mit ihrer schnellen Lastwechselmöglichkeit zur Ausregelung der sehr häufig stark schwankenden Windenergie beitragen. An über 100 Tagen im Jahr regeln einzelne Kernkraftwerke ihre Leistung auf

bis zu 50 % ab, um der Windenergie den ihr gebührenden Vorrang zu lassen.

Ich frage mich, warum hier ständig das Gegenteil behauptet und die Öffentlichkeit in die Irre geführt wird.

(Ludwig Wörner (SPD): Eben!)

Durch diese Einsatzflexibilität stellen Kernkraftwerke einen idealen Partner für erneuerbare Energieträger dar, deren Verfügbarkeit nicht vorhersehbar ist.

Eines ist auch klar: Mit stetiger Annäherung an das 30-Prozent-Ziel für erneuerbare Energien wird es immer häufiger zu Überproduktionen und bei anschließender Flaute zu extremer Knappheit kommen. Wenn 40.000 Megawatt Windenergie und vielleicht noch einmal 40.000 Megawatt Photovoltaik installiert sind, der Bedarf aber beispielsweise am Wochenende nur 35.000 Megawatt beträgt, ist der Handlungsauftrag klar: Wir brauchen eine Großoffensive zur Entwicklung von Speichertechnologien.

Die Stromspeicherung ist die Achillesferse für eine effektive und grundlastfähige Versorgung mit erneuerbarer Energie. Pumpspeicherkraftwerke sind in Deutschland kaum noch durchsetzbar. Die Genehmigungszeiten betragen oftmals mehr als zehn Jahre. Da bleibt kurzfristig nur die Ankoppelung an Pumpspeicherwerke und Wasserkraftwerke im Ausland, die forcierte Entwicklung der Elektromobilität, um die erzeugte Energie bei hoher Windlast in Batterien zwischenzuspeichern.

Ein weiterer Schlüssel für die Versorgung der Zukunft ist das Stromnetz. Ohne Netzausbau und ohne einen effizienten Netzbetrieb ist das Ziel einer dezentralen und von vielen Anlagebetreibern getragenen Energieversorgung nicht machbar. Die stark schwankende und räumlich verstreute Einspeisung von erneuerbaren Energien macht den Ausbau der Netze erforderlich, um die Netzstabilität weiter zu gewährleisten.

Die notwendigen Investitionen in den weiteren Ausbau der Netze, die Entwicklung von erneuerbaren Energiequellen und Speichertechnologie werden Milliarden kosten. Die entsprechenden Investitionen sind mit der Laufzeitverlängerung leichter finanzierbar. Denn eines ist klar: Ein erheblicher Anteil der Zusatzgewinne durch eine Laufzeitverlängerung muss dem Gemeinwohl zugute kommen. Die Betreiber müssen einen spürbaren Teil der Rendite aus der Laufzeitverlängerung für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stellen.

(Hubert Aiwanger (FW): Ist das gewährleistet?)

- Es wird verhandelt und soll so vereinbart werden.

Eines ist klar: Die Betreiber müssen einen spürbaren Teil der Rendite für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stellen. Wenn die Milliarden in die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien investiert werden,

(Hubert Aiwanger (FW): Das werden wir nicht sehen!)

bedeutet das mittelfristig weniger Kohle und weniger Kernkraft, aber mehr regenerative Energie.

Erneuerbare Energie und Kernenergie sind die beiden Eckpfeiler einer Brücke, die uns in den nächsten Jahren sicher über ein energiepolitisch schwieriges Gelände führt. Ohne diese beiden Pfeiler werden wir noch abhängiger von Importen, verfehlen die Klimaziele und gefährden die Versorgungssicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Mit Blick auf die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der Energiepreise ist es unabdingbar, dass Bayern seinen Strombedarf aus eigenen Quellen deckt. Das wird aber in den nächsten Jahren ohne die Kernenergie nicht möglich sein. Derzeit decken die fünf bayerischen Kernkraftwerke den Strombedarf zu 60 %. Nach den im geltenden Atomgesetz festgelegten Reststrommengen sind diese Kraftwerke innerhalb der nächsten zehn Jahre vom Netz zu nehmen. Es ist völlig unrealistisch, den wegfallenden Kernenergiestrom in nur zehn Jahren, wenn ohne Laufzeitverlängerung das letzte bayerische Kraftwerk im Jahr 2020 vom Netz muss, anderweitig abzudecken, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

Wir alle wollen hin zu einer Versorgung mit alternativen Energien. Bis dies in ausreichendem Umfang möglich ist, muss die Zeit ideologiefrei überbrückt werden. Dafür wird eben auch die Kernkraft als Übergangstechnologie benötigt mit der Zielsetzung, dass sie irgendwann ganz verzichtbar ist. Dafür müssen wir auch die Energieeffizienz weiter vorantreiben. Enorme Möglichkeiten, Energie einzusparen, bestehen hier in der Wärmeversorgung von Gebäuden.

Die energetische Sanierung hat enormes Potenzial, erneuerbare Energie wirtschaftlich und effizient einzusetzen und muss in den Energiekonzepten der Zukunft eine größere Rolle spielen. Wir müssen in Deutschland auf einen breiten Energiemix setzen, der die Vorteile der verschiedenen Energieträger nutzt und intelligent miteinander verbindet. Dies bedeutet, dass Fragen der Netzintegration, einer bedarfsorientierten Einspeisung, einer intelligenten Steuerung und Vernetzung sowie von Speichermöglichkeiten stärker in den Vordergrund rücken müssen.

Wir brauchen ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das die Ziele Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit gleichrangig verfolgt.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Und wir sollten den Mut zu einem sachlichen Energie-dialog finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die SPD-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Wörner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Atomminister - ach, der ist ja gar nicht da, dieses Thema interessiert ihn anscheinend gar nicht, den Herrn "Lebensminister", wie er sich, glaube ich, nennt - -

(Zurufe von der CSU und der FDP)

Wo ist er denn überhaupt?

(Zurufe von der CSU)

- Das halte ich für ein Gerücht.

(Weitere Zurufe von der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass dieses Thema viel zu ernst ist, um darüber Witzchen zu reißen. Ihr Problem damit kann ich verstehen. Sie haben jetzt wieder einmal versucht, viel Dampf zu machen. Ich sage Ihnen, zehn Jahre Laufzeitverlängerung bei Kernkraftwerken in Bayern bedeuten rund 1.600 kg Atommüll. Wo wollen Sie damit hin? Vielleicht nach Tschechien? Darum gibt es doch dort die Bewegung in Richtung Niederbayern und in die Grenzgebiete. Setzen Sie vielleicht darauf, dass die Tschechen das dort verbuddeln und dass Sie dort diesen Dreck loskriegen? Oder wo wollen Sie mit diesem radioaktiven Müll hin? Das müssen Sie der bayerischen Bevölkerung erklären, nicht uns!

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen das nicht, meine Damen und Herren.

Sie sagen "Zukunft". Sie wollen Zukunft planen. Mit Ihrer Atompolitik sind Sie rückwärts gerichtet wie nie. Sie sind die Atomfossile in diesem Land. Sie sind nicht zukunftsgerichtet, sondern Sie stoppen mit Ihrer Atompolitik den Ausbau der regenerativen Energien,

(Beifall bei der SPD)

wobei man wieder sagen kann: Na ja, ein bisschen geht es ja noch.

Wissen Sie eigentlich, dass das, was da gerade verhandelt wird, rechtlich äußerst umstritten ist? Wie wollen Sie denn bei Laufzeitverlängerungen den Energieerzeugern das Geld wegnehmen und wem wollen Sie das geben? Das können Sie rechtlich überhaupt nicht klären. Das geht nur über freiwillige Verpflichtungen, und die Freiwilligkeit in Bayern kennt man. Die einzige Freiwilligkeit, die funktioniert, sind offensichtlich die Parteispenden.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU)

Da scheint es noch zu funktionieren, meine Damen und Herren, aber sonst nicht.

Ich sage Ihnen: Wir können mit dieser Freiwilligkeit nicht leben, und sie verbaut die Zukunft. Wenn der Kollege eben von Pumpspeicherkraftwerken gesprochen hat, empfehle ich ihm, einmal mit Eon in einen Dialog zu treten über die Frage, ob man zum Beispiel das Kraftwerk am Kochelsee zu einem Pumpspeicherkraftwerk umbauen kann. Dann hätten wir noch Potenziale in Bayern.

Wenn Sie damit prahlen, Bayern habe die meisten regenerativen Energien, dann darf ich Ihnen sagen: Ja, das ist so. Das ist aber deshalb so, weil unsere Altvororden etwas intelligenter waren als wir und die Wasserkraft ausgebaut haben. Sie sind heute nicht einmal in der Lage, das Potenzial Wasserkraft über technische Ertüchtigung der Turbinen auszuschöpfen, was nach Auskunft der Wissenschaftler in der Enquete-Kommission bis zu 20 % wären. Dort wären die Potenziale. Da muss man sich gar nicht anstrengen, das kann man machen, ohne dass man einen Liter Wasser mehr braucht. Das ist alles im Bereich des Möglichen. Wir meinen, dort muss man ansetzen, um sicherzustellen, dass die Kernkraft endgültig aus der politischen Landschaft verschwindet. Sie verschmutzt sie nämlich.

Ich sage Ihnen noch etwas, meine Damen und Herren, und das müsste auch Ihnen, Herr Ministerpräsident, zu denken geben: Letztlich sind Sie verantwortlich für dieses Land. Wir reden immer von Restrisiko. "Restrisiko" bedeutet: In Landshut ist im Umkreis von 15 Kilometern alles tot. Wenn das Ihr Restrisiko sein soll, wenn Sie das tragen können, dann machen Sie so weiter. Wenn Sie das nicht wollen, dann gehen Sie mit uns den Weg des Ausstiegs, wie er beschrieben worden ist.

In dem Zusammenhang darf ich Ihnen übrigens noch etwas sagen. Die Zuverlässigkeit der Politik wird von der Bevölkerung immer mehr bezweifelt; sie traut uns nicht mehr. Man hat einen Atomkonsens gefunden, und den verlassen Sie jetzt. Ist das zuverlässige Politik?

Man kann "raus aus die Kartoffeln, rein in die Kartoffeln" sagen, aber mit Zuverlässigkeit, meine Damen und Herren, hat das nichts zu tun,

(Beifall bei den GRÜNEN)

ebenso wenig wie mit dem Schutz des Landes. Wir müssen raus, um den zukünftigen Energien, nämlich den regenerativen, den Weg zu bereiten und nicht zu erschweren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Für die Fraktion der Freien Wähler darf ich jetzt dem Kollegen Glauber das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FW): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident! Unser Lebensminister Söder hat Bayern in eine verflixt schlechte Situation gebracht.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Er hat in Kreuth - eigentlich sollten aus Kreuth Visionen resultieren - groß verkündet, er wolle eine zehnjährige Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Damit hat er eine große Chance für Bayern vertan. Als Nächstes werden wir lesen können, Sie fordern eine Sanierung für alte Meiler. Der RWE-Vorstandsvorsitzende Großmann hat bei einem Interview im Fernsehen groß getönt: Ja, wir können die Gewinne schon teilen; wir werden 50 % abgeben. Aber in unseren 50 %, so Großmann, sind die Mehrwertsteuer und der Unternehmensgewinn enthalten. - Dann möchte ich wissen, was für uns, für den Freistaat übrig bleiben soll.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Wenn ich mir die Tür mit der Ankündigung einer vorzeitigen Verlängerung zumache, dann frage ich mich schon, was das für eine nachhaltige Politik sein soll.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Liebe Kolleginnen, wir diskutieren über die Endlagerung. Wenn heute ein Häuslebauer einen Bauantrag stellt, dann bekommt er keine Baugenehmigung, wenn er sein Abwasser nicht entsorgen kann. Was machen wir? - Wir haben die Endlagerung nicht geklärt, aber wir verlängern einfach mal schön die Laufzeit.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zuruf von der CSU: Nichts Neues!)

Wir wollen die Endlagerung natürlich nicht in Bayern haben. Dann gebe ich dem Ministerpräsidenten die Empfehlung, wir könnten doch ein bisschen von dem strahlenden Material in die Staatskanzlei geben, dann

geht vielleicht von da eine gewisse strahlende Wirkung aus.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Rückbau wird sozialisiert. Das darf nicht sein. Söder hätte so vorgehen müssen: Wenn im Jahr 2011 Isar 1 vom Netz genommen würde, hätten wir Isar 1 zurückgebaut, hätten wir die Kosten in ein Buch geschrieben, dann hätten wir gewusst, wie viel uns der Rückbau kosten würde, und hätten das dem Unternehmen abgenommen. Dann wüssten wir, wie viel die Endlagerung und der Rückbau kosten und nicht umgekehrt.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich den Bundesrat an. Bereits heute hat man beschlossen, dass die Sanierung von Asse vom Bund bezahlt wird. Die Sanierung von Asse wird sozialisiert: 1,5 Milliarden Euro für unsere Gesellschaft.

Wir haben folgende Regelung: In der Europäischen Union gab es bis vor Kurzem die Regelung der Gurkenkrümmung. Diese hat man aufgehoben, doch zuvor hat man die Gurkenkrümmung in der EU geregelt. Die Energiepolitik aber regeln wir im Ländervergleich. Das ist nicht möglich. Wir brauchen europaweite Energiestandards! Heute haben wir in Deutschland 27 Terawatt-Stunden Exportstrom - das entspricht drei Atomkraftwerken, die sofort vom Netz könnten. Wir haben negative Stromerzeugung. Kollege Reiß hat es wunderbar beschrieben: Wir brauchen einen Ausbau der Stromnetze. Wir haben durch das EEG 250 Energieversorger in Bayern; England hat 25. Wir sind auf dem besten Wege, unsere Stromnetze fit zu machen. Wir brauchen diese starken Stromnetze; denn wir müssen Energie speichern: in Druckluftspeichern, in Batterien und in Stromspeichern. Das wäre Zukunftspolitik.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Wir von den Freien Wählern setzen ganz klar auf dezentrale Stromerzeugung. Wir sind für unsere kommunalen Energieversorger der Anwalt. Wir brauchen starke Stadtwerke. Wir brauchen keine Politik für Grossisten, wir brauchen keine Politik für die Atom-Lobby. Es wäre wichtiger gewesen, eine Planungssicherheit für erneuerbare Energien, eine Sicherstellung des Rückbaus zu schaffen und den nicht zu sozialisieren.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die FDP-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kolle-

gen Thalhammer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Hartmann, Sie haben nach Argumenten gefragt, die für einen Beibehalt der Atomenergie sprechen.

(Zuruf von der SPD: Hat er doch schon gefunden!)

Sie haben in einer unsachlichen Art und Weise angeführt: Geld, Geld, Geld. - Die drei Sachargumente aber sind: Vernunft, Vernunft, Vernunft, und zwar namentlich: Unabhängigkeit, CO₂-Freiheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dieses Thema behandeln wir immer wieder aufs Neue. Ich hätte deshalb Lust, auf meine Reden vom 26. November und vom 22. Oktober letzten Jahres zu verweisen.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

- Liebe Grüne, fällt Ihnen echt nichts anderes ein? Dass Sie eine Single-issue-Partei sind, war mir schon immer klar.

(Ulrike Gote (GRÜNE): 15 %!)

Aber Sie sind auf dem Weg, eine Single-theme-Partei zu werden. Wir haben noch andere Probleme, die wir auch angehen sollten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Liebe Frau Kollegin Gote, danke für die Steilvorlage für meine Überleitung; denn ich möchte heute nicht alles das wiederholen, was ich immer wieder sagen muss, sondern ich möchte auf ihre Argumente eingehen und jedes Argument einzeln widerlegen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Weil Ihnen nichts Neues einfällt!)

Ich gratuliere Ihnen zu Ihren 15 %. Ich mag dazu aber anmerken, dass es keinesfalls so ist, wie Kollege Hartmann mal wieder in einer unsachlichen Weise behauptet hat, wir stünden hier ganz alleine da. Ich gratuliere Ihnen zur aktuellen Stimmung, aber ich möchte darauf hinweisen, dass wir, obwohl das Thema Atomausstieg im letzten Wahlkampf eines Ihrer führenden Themen war, sowohl in Bayern als auch in Berlin eine schwarzgelbe Regierung haben, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es steht auch völlig außer Frage, dass wir zu den erneuerbaren Energien stehen. Das haben wir immer wieder gesagt und bei uns durch Parteitagsbeschlüsse festgeschrieben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Lieber Kollege Hartmann, dass Sie keinen Förderantrag für Kernenergie oder für Braunkohle stellen, verstehe ich.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das machen ja alles Sie!)

Wir bringen unzählige Argumente und unzählige Anträge für den Bereich der erneuerbaren Energien ein, um Bürokratie abzuschaffen wie in Bezug auf die Biomasse. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir uns dafür eingesetzt haben, dass bei Neubauten für die Wärmeversorgung auch Biogas-Anlagen angerechnet werden dürfen, aber Sie haben dagegen gestimmt. Also bitte seien Sie auch konsequent, wenn Sie von Förderung der erneuerbaren Energien sprechen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ehrlich gesagt, es geht Ihnen doch darum: Sie wollen weder die konventionellen Energien, noch nicht einmal alle erneuerbaren Energien. Sagen Sie doch einmal ganz ehrlich, worum es Ihnen in Wahrheit geht: Sie wollen eine Deindustrialisierung in unserem Land. Um das geht es Ihnen und um nichts anderes.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Immer wieder führen Sie das Argument - Stichwort Leipziger Strombörse - an, die Netze seien voll. Lieber Kollege Hartmann, ich habe nichts dazu gesagt, weil es einfach an den Haaren herbeigezogen ist. Wenn Sie sagen, die Netze seien immer voll, so möchte ich schon darauf hinweisen, dass wir in Bezug auf Photovoltaik und Windenergie, unabhängig davon, ob die Netze voll sind oder nicht, eine Abnahmeverpflichtung haben. Das müssen Sie fairerweise dazu sagen, wenn Sie immer wieder über übervolle Netze sprechen.

Sie haben ein Beispiel gesucht, bei dem einem kommunalen Energieversorgungsunternehmen die Atomkraft irgendwie nützt. Ich kann Ihnen ein besseres Beispiel nennen: Schauen Sie nach München, schauen Sie sich die Stadtwerke an. Ich sage nur: Rot-Grün und die Stadtwerke von München könnten ohne die Atomenergie nicht leben. Auch das muss gesagt werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf von der SPD: Das ist Blödsinn!)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir können das Thema nächstes Mal gerne wieder besprechen, aber dadurch werden Ihre Argumente nicht besser. Ich meine, dass auch den Bürgerinnen und Bürgern mittlerweile klar ist, wer für eine vernünftige und verantwortungsvolle Energiepolitik in unserem Land steht und wer sich nur an Träumen festklammert.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege. - Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Blume das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Blume (CSU): Es ist immer wieder erstaunlich, wie Kollege Thalhammer die Opposition in Wallung bringt.

(Georg Schmid (CSU): Guter Mann!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn ich Sie, Herr Hartmann, und Sie, Herr Wörner, in diesem Hohen Hause zum Thema Energiepolitik höre, dann fühle ich mich immer wieder an den Film erinnert: "Und täglich grüßt das Murmeltier";

(Hubert Aiwanger (FW): Schlimm genug!)

denn man hört in der energiepolitischen Debatte nichts Neues. Es kreist immer wieder um dasselbe: um die Frage der Atomenergie. Aber es gibt nichts, was zukunftsgerichtet wäre, insbesondere nichts, was uns helfen würde, die energiepolitische Wende tatsächlich herbeizuführen und Klimaschutz effizient zu betreiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christine Stahl (GRÜNE): Also, wenn Sie das nicht wissen!)

Ich meine, dass wir am Donnerstag vor Weihnachten hier im Haus eine sehr gute Klimaschutz-Debatte geführt haben. Diesen Stil sollten wir fortsetzen. Ich möchte das mit drei Punkten tun. Ich möchte für drei Punkte werben:

Lassen Sie uns erstens darüber reden, wie ein intelligenter Atomenergieausstieg aussehen kann. "Intelligent" bedeutet an dieser Stelle nicht, alles abzuschalten, sondern "intelligent" heißt: Lassen Sie uns über die Bedingungen reden;

(Christine Stahl (GRÜNE): Meinen Sie, das haben wir nicht gemacht?)

denn das Ganze hat natürlich eine volkswirtschaftliche Dimension, und das müssen Sie mal zur Kenntnis nehmen. Der im Atomgesetz geregelte Ausstieg verursacht

volkswirtschaftliche Kosten und vernichtet Vermögen in Höhe einer zweistelligen Milliardensumme. Das können Sie nicht wollen, weil hier Vermögen des Volkes, insbesondere des bayerischen Volkes, vernichtet wird.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wessen Vermögen vernichtet Ihr?)

- Frau Kollegin, da hilft auch Schreien nicht, wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ja, weil Sie es nicht verstehen!)

"Intelligent" heißt am Ende aber auch: Wie kann man einen Teil der Erlöse aus einer Laufzeitverlängerung abschöpfen und dann das Ganze dazu verwenden, tatsächlich einen guten Beitrag zur Stützung der erneuerbaren Energien zu leisten? Wie Herr Kollege Thalhammer möchte auch ich an der Stelle nochmals das Beispiel der Stadtwerke München bemühen.

Herr Wörner, es täte Ihnen vielleicht gut, wenn Sie zum Beispiel einmal mit dem Chef der Stadtwerke, Herrn Dr. Bieberbach, sprechen würden; denn er würde Ihnen sagen, ohne Isar 2 wären die Stadtwerke überhaupt nicht in der Lage, das einzuhalten, was Sie versprechen, nämlich bis zum Jahr 2015 alle Privathaushalte und bis zum Jahr 2025 alle Haushalte in München mit Ökostrom zu versorgen. Das funktioniert nur, weil hier die Erlöse aus Isar 2 fließen. Das müssen Sie doch mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Der Herr Bieberbach ist nicht der Stadtwerke-Chef!)

Zweitens möchte ich dafür werben, dass wir in der Energiepolitik nicht immer den Atomausstieg zum Ausgangspunkt nehmen, sondern auch darüber reden, wie wir CO₂ vermeiden können. Da müssen Sie sehen, dass beispielsweise allein eine Laufzeitverlängerung von zehn Jahren die CO₂-Emissionen um rund 1,5 Milliarden Tonnen vermindert. Das ist doch eine Hausnummer, die man auch zur Kenntnis nehmen muss. Das ist ein effizienter Beitrag zum Klimaschutz.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Herr Hartmann, Sie haben vorher gesagt - ich habe Sie zumindest so verstanden -, die CSU würde auf dem Schoß der großen Energieversorger sitzen. - Ich weiß nicht, auf wessen Schoß Sie sitzen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass die Leute von Greenpeace, die ich in einer gewissen Nähe zu Ihnen einordnen würde, immer häufiger sagen, der Atomausstieg sei im Grunde unter CO₂-Aspekten falsch. Ich darf dazu einen der Mitbe-

gründer von Greenpeace zitieren, der gesagt hat - es war Herr Patrick Moore -, Deutschland werde sein CO₂-Ziel nur erreichen, wenn es die Atomkraftwerke länger laufen lasse und weitere baue.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Greenpeace-Mitbegründer Moore sagte weiter: "Sie importieren doch bereits für mehr als 2 Milliarden Euro Atomstrom aus Frankreich. Es wäre eine schändliche Entscheidung von Rot-Grün, alle Forschungen zu stoppen."

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das wurde 2008 schon gesagt und hat auch heute noch Richtigkeit.

Zum Letzten: Ich will auch noch dafür werben, dass wir nicht nur über die Erzeugerseite reden, sondern uns als Gesetzgeber überlegen, wie wir die Rahmenbedingungen so gestalten können, dass wir die Energiewende mit Innovation schaffen und zwar nicht nur auf der Energieerzeugungsseite, und wie wir in erster Linie Energie sparen können; denn da liegen die größten Potenziale: im Bereich der Energieeffizienz bei Gebäuden, bei der Beleuchtung, bei Haushaltsgeräten.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir doch!)

Diese Potenziale müssen wir heben. Ich lade Sie ein, hier gemeinsam entsprechende Leitplanken zu setzen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Darüber reden wir seit 20 Jahren hier im Haus!)

Wir müssen die Energie intelligent verteilen. Wir müssen über die Möglichkeiten der Smart Grids reden. Und am Ende müssen wir Energie natürlich auch CO₂-frei erzeugen. Dazu würde ich mir einen Beitrag von Ihnen wünschen, Herr Wörner. Ich möchte Sie auch dazu auffordern, die Widersprüche aufzulösen, die bei Ihnen immer wieder auftauchen, wenn Sie über Wasserkraft reden --. Das ist doch absurd. Sie stellen sich hier hin und sagen, wir würden die Potenziale nicht ausschöpfen, die wir haben. Im Umweltausschuss sagen Sie dann, das sei eine gefährliche Entwicklung, das sei beim Ausbau schwierig, das könnten und wollten wir nicht. Liebe Kollegen, da brauchen wir eine klare Linie.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ludwig Wörner (SPD): Das stimmt überhaupt nicht. Habe ich das schon mal gesagt? Wir haben die klare Linie, nur Sie haben sie nicht!)

Lassen Sie uns gemeinsam an der Energiewende arbeiten. Die Menschen wollen, dass wir eine gute, zu-

kunftsgerichtete Politik machen. Aber hören Sie auf, Ideologie als Zukunftskonzept zu verkaufen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ludwig Wörner (SPD): Wer hat denn den Weichmacher eingebaut?)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion darf ich jetzt der Frau Kollegin Kohnen das Wort erteilen.

Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erstaunlich, dass es der Umweltminister nicht für nötig befundet, bei dieser Diskussion --. Da sitzt er ja.

(Unruhe bei der CSU)

Herr Umweltminister, es ist wunderbar, dass Sie da sind. Sie gehen hinter Ihrem Ministerpräsidenten fast ein wenig unter.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Herr Ministerpräsident, Herr Umweltminister, in der CSU-geführten Staatsregierung lautet der neueste Begriff: "Zukunft". Herr Schmid, wie sieht die Zukunft aus? Seit gestern wollen Sie einen Zukunftsdialog führen. Das ist ein prima Vorschlag, den wir gerne annehmen. Wir reden über Bayern, und reden wir über Deutschland. Reden wir über die Zukunft dieses Planeten!

Herr Umweltminister, Sie selbst haben gesagt, dass die Energiepolitik das wichtigste Thema überhaupt sei. Es sei wichtiger als die Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Das sagt hier der Umweltminister. Das ist sicherlich einer der Gründe, warum Sie nach Kopenhagen gefahren sind, warum Sie dort der sogenannten *climate group* beigetreten sind. Es ist wichtig, dass die Regionen in der Umweltpolitik eine Rolle spielen; da gebe ich Ihnen recht. Aber da muss ich sagen: Herzlich Willkommen beim Zukunftsdialog der CSU! Denn zeitgleich zu Kopenhagen macht Ihre Partei die Donauregion platt. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen eines, Herr Umweltminister: Es wird Zeit, dass Sie das grüne Mäntelchen ausziehen, dass Sie sich zu einer wirklichen Umwelt- und Energiepolitik bekennen; denn wie sieht die Zukunft Bayerns aus? Wir verfügen über 20 % mehr Sonnenstunden als im Bundesdurchschnitt. Wir verfügen über riesige Vorräte an Tiefenwärme unter einem großen Teil des Landes. Wir könnten in Bayern 1.500 Windkraftanlagen aufstellen.

(Klaus Stöttner (CSU): Ja, toll! - Weitere Zurufe von der CSU)

- Lernen Sie doch mal das Zuhören. - Es sind unsere Städte und Gemeinden, die eigene Konzepte entwickeln wollen und entwickeln. Einige haben es schon geschafft. Die Stadt München hat für den Atomausstieg sehr klare Konzepte vorliegen, die sind konform und funktionieren.

(Beifall bei der SPD - Christa Naaß (SPD): Der Herr Söder passt schon wieder nicht auf!)

Herr Söder, jetzt frage ich Sie - zuhören! -: Wie könnte denn die Zukunft aussehen? Wie sieht es denn heute aus? 20 % Sonnenstunden hätten wir. Aber wir haben nur 5 % geeignete Dächer, die für Solaranlagen tatsächlich ausgerüstet sind. Das ist alles, was wir haben. Die Anzahl der Windkraftanlagen von 400 stagniert nach wie vor. Wir könnten aber 1.500 Anlagen haben.

Was die Unterstützung betrifft, die Sie sowohl finanziell als auch organisatorisch den Kommunen zur Verfügung stellen, kann ich nur sagen: mangelhaft, nicht umsetzbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen noch eines: Sie mögen jetzt als CSU vielleicht immer wieder sagen, wir wollen das vielleicht nicht. Aber in Berlin sagt der Bundesumweltminister Ihrer Schwesterpartei: Wir reduzieren gleich mal die Solarförderung um 15 Prozentpunkte. Ist das Ihr Verständnis von Zukunftspolitik? Denn genau hier liegen die Wirtschaftsmöglichkeiten, da die Politik den Weg in die Technologie, in die erneuerbaren Energien geht, denn dort ist Wirtschaftskraft. Ihr Zukunftsdialog ist spätestens dann eine Phrase, wenn die Menschen nicht mehr wissen, wo sie eigentlich lang gehen. Wo geht es eigentlich lang? Sie haben auf den Atomkonsens aus dem Jahr 2000 vertraut. Sie waren sich sicher, dass der gesellschaftspolitische Frieden durch den Atomausstieg hergestellt ist. Man hat sich darauf verlassen. Aber Sie bringen die Menschen in eine komplette Verunsicherung.

Lieber Herr Söder, zum Abschluss gebe ich Ihnen als Sozialdemokratin nur noch den Satz auf den Weg: Bayern zur Sonne! Nehmen Sie es sich zu Herzen. Was Sie im Parlament nicht schaffen, werden wir in der Gesellschaft bewegen. Wir werden Ihre Brücke zur Atomenergie sprengen. Wir gehen den Weg in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Als Nächstem darf ich Herrn Kollegen König für die CSU-Fraktion das Wort erteilen.

Alexander König (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir würden uns alle einen großen Gefallen tun und unserer Verantwortung besser gerecht werden, wenn wir das Thema Stromversorgung - und wenn wir von Kernkraft reden, reden wir von Stromversorgung - mit mehr Sachlichkeit behandeln würden, weniger die Ideologie, sondern die Realität und die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen und unserer Gesellschaft in den Vordergrund rücken würden.

(Beifall bei der CSU - Ludwig Wörner (SPD): Wer ist denn der Ideologe?)

- Herr Wörner, das trifft auf Sie in besonderer Weise zu. Das will ich hier aber nicht weiter ausführen, weil wir uns sonst auf einer Linie bewegen würden, die ich nicht für angemessen halte.

Eines ist doch wohl richtig - und darin sind wir uns alle einig -, dass wir alle weiterhin Strom brauchen werden. Darin werden Sie mit mir übereinstimmen. Sie werden mit mir auch darin übereinstimmen - daher gibt es einen großen Konsens aller Parteien -, dass wir selbstverständlich den Anteil der regenerativen Energien insgesamt weiter ausbauen müssen. Sie können auch nicht wegdiskutieren, dass Bayern bisher dabei eine führende Rolle einnimmt und dass wir auf dem besten Weg sind, unser vorhandenes Potenzial weiter auszubauen. Unsere Wege trennen sich aber leider an der Stelle, wo es um die Frage geht, ob wir quasi übermorgen schon ohne Kernkraftwerke auskommen, ja oder nein. Hier sind wir wie alle, die sich sachlich mit dieser Frage auseinandersetzen, der Meinung, dass wir leider - ich betone: leider - in absehbarer Zeit nicht ohne Kernkraft auskommen werden. Ich betone das Wort "leider" deshalb, weil natürlich - insofern haben Sie auch etwas Richtiges gesagt, Kollege Wörner - das Problem der Endlagerung des Atommülls besteht, und zwar nicht erst seit gestern, nicht erst, seit wir an der Regierung sind, auch nicht erst, seit es diese Koalitionsregierung hier und die andere in Berlin gibt, sondern es besteht schon seit Jahrzehnten, auch zu Zeiten, als die SPD in der Verantwortung war. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung für uns alle, nicht nur den neu produzierten Atommüll sicher endzulagern, sondern auch den aus der Vergangenheit, der zum Teil noch nicht endgelagert ist.

Das ist auf der einen Seite eine große Herausforderung, und deswegen habe ich "leider" gesagt. Auf der anderen Seite sage ich ganz deutlich - das haben meine Vorredner bereits im Einzelnen ausgeführt, namentlich

Kollege Reiß -, dass wir in absehbarer Zeit ohne Atomstrom gar nicht auskommen können, weil die anderen verfügbaren Energieträger und vor allem die Leitungs- und Speichertechnik völlig unzureichend sind, um das weiterhin zu garantieren, was wir als Selbstverständlichkeit ansehen, nämlich dass man aufs Knöpfchen drückt und der Strom da ist. Deshalb kommen wir gar nicht umhin, auch weiterhin auf Atomenergie und Kernkraftwerke zu setzen. Schon deshalb ist es nicht nur sinnvoll, sondern geradezu unerlässlich, dass auch die Laufzeiten für vorhandene Kernkraftwerke verlängert werden, um diese Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Eine noch größere Herausforderung ist es, Kolleginnen und Kollegen, endlich einen Konsens darüber zu finden, wo es fehlt; auch das wurde im Einzelnen vom Kollegen Reiß angesprochen. Es fehlt an der Technologie und vor allem am Ausbau, an der Masse, an den Speichertechnologien. Es fehlt am Netzwerkausbau, auch am grenzüberschreitenden Netzausbau, am Ausbau über das deutsche Netz hinaus. Hier müssen wir noch viel leisten.

Kolleginnen und Kollegen, das wird uns aber nicht daran hindern, auch weiterhin - das betone ich ausdrücklich - auf eine Energiewende in dem Sinne zu setzen, dass wir selbstverständlich im Endergebnis von der Atomkraft wegkommen hin zu anderen Energieträgern. Frau Kollegin Kohnen, um eine Wirtschaftlichkeit kommt man nicht umhin; deswegen fand ich schon bemerkenswert, was Sie da gesagt haben. Sie sagen, es wäre ein Fehler, die Solarförderung zu reduzieren, weil dort wirtschaftliche Möglichkeiten lägen. Frau Kollegin Kohnen, da merkt man, in welcher Traumwelt Sie hier leben. Jedermann in diesem Lande weiß, wie sich das Verhältnis von Aufwand und Nutzen und die Kosten bei diesem Energieträger entwickelt haben. Es ist doch wohl auf Dauer niemandem, keinem Strombezieher, weder dem gewerblichen noch dem privaten, zumutbar, dass er Einzelnen, die aus einem bestimmten Energieträger einen besonders hohen Nutzen ziehen, einen wesentlich höheren Strompreis zahlen muss. Man muss sich an der Realität ausrichten, und dafür stehen wir. Wir stehen weiterhin nicht für Ideologie, sondern für eine vernünftige Politik, die darauf ausgerichtet ist, die Stromversorgung sicherzustellen. Das ist eine große Aufgabe, die man konservativ anpacken muss, so wie wir das tun. Konservativ bedeutet auch zukunftsgerichtet. Das bedeutet, dass wir unser Land gestalten und die bestehenden Möglichkeiten nutzen. Das tun wir.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege König. Als Letzter hat Herr Staats-

minister Martin Zeil das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich am Ende dieser Aktuellen Stunde als der für Energiepolitik zuständige Minister einige Ausführungen machen. Kollege Thalhammer hat darauf hingewiesen: Die letzte Debatte zu diesem Thema war erst vor drei Monaten. In unzähligen Sitzungen ist über die Frage der friedlichen Nutzung auch in diesem Hause gestritten worden. Wenn man sich die Debatte angehört hat, stellt man fest, dass sich die Fakten seit der letzten Debatte nicht entscheidend verändert haben. Ich darf hinzufügen: Auch die Argumente sind nun weitgehend ausgetauscht und wenig neu, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich darf darauf hinweisen, dass sich die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler offensichtlich dafür entschieden hat, eine Bundesregierung zu wählen, die sich auf den Weg macht, das wiederherzustellen, was es lange nicht gegeben hat: dass man sich diesem Thema der Zukunft - es war ja von der Zukunft des Planeten die Rede, -dem Thema, wie wir die Energieversorgung auch für die künftigen Generationen sicherstellen, endlich wieder ideologiefrei nähert, ohne Scheuklappen und ohne das Abschneiden bestimmter Technologien.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Deswegen bleibt die Bayerische Staatsregierung dabei, für die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke einzutreten

(Ludwig Wörner (SPD): Sie produzieren damit einfach Waffen!)

Meine Damen und Herren, wir sehen einfach nicht ein, dass dann, wenn wir den Atomausstieg nicht stoppen würden, die sichersten Kernkraftwerke der Welt abgeschaltet würden und wir dann den Strom, zum Teil teurer, aus weniger sicheren Atomkraftwerken importieren müssten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es wird nun darauf ankommen, hier zu Vereinbarungen zu kommen. Selbstverständlich muss der große Teil der zusätzlich daraus entstehenden Gewinne - das haben wir auch in der Koalitionsvereinbarung festgelegt - in die energietechnische Forschung gesteckt werden und natürlich auch zur Dämpfung der Strompreise beitragen.

(Ludwig Wörner (SPD): Das geht doch gar nicht, das wissen Sie auch!)

Meine Damen und Herren, Bayern ist ein rohstoffarmes Land. Öl, Gas und Kohle müssen wir zwangsläufig importieren. Umso wichtiger ist es - das ist auch unsere Pflicht gerade gegenüber den künftigen Generationen -, dass wir unseren Strombedarf auch künftig aus eigener Erzeugung decken können.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Dafür brauchen wir auf absehbare Zeit die bayerischen Kernkraftwerke. Realistischerweise können wir die Energie aus Kernkraftwerken nicht durch die erneuerbaren Energien ersetzen, realistischerweise auch nicht durch Kohle- und Gaskraftwerke, auch nicht durch alle zusammen. Herr Kollege König hat es schon auf den Punkt gebracht: Wir bekennen uns in dieser Koalition eindeutig zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir haben in die Koalitionsvereinbarung sehr ehrgeizige Ziele aufgenommen. Dazu gehört natürlich die Wasserkraft. Der Umweltminister und ich werden dafür sorgen, dass die Effektivitätspotenziale angehoben werden. Wir werben auch dafür, obwohl wir um die Schwierigkeiten der kommunalen Diskussion wissen, dass die Windkraft dort, wo dies möglich ist und wo es keine schwierigen Diskussionen gibt, ausgebaut wird. Die Staatsregierung hat entsprechende Standortvorschläge gemacht.

(Ludwig Wörner (SPD): Welche?)

- Herr Kollege, Sie kennen doch den Windatlas. Er ist Leitlinie für die Regierungen und die kommunalen Mandatsträger.

(Ludwig Wörner (SPD): Die Sie alle bekämpfen!)

- Herr Kollege Wörner, weil Sie gerade diesen Zwischenruf machen, möchte ich Ihnen eines sagen: Wir müssen dafür sorgen, dass nicht einerseits in diesem Parlament eine Diskussion geführt wird und sich andererseits Mitglieder von Parteien, die hier groß tönen, vor die Bürgerinitiativen stellen und sagen, dass zum Beispiel ein Gaskraftwerk oder ein Kohlekraftwerk verhindert werden müsse. Meine Damen und Herren, so geht es nicht.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Ludwig Wörner (SPD): Sie schauen dabei nach rechts zur CSU!)

Bei der Biomasse wollen wir unsere Weltmarktführerschaft, die wir zum Teil auch bei der Solarenergie haben, ausbauen. Allerdings ist es auch unsere Pflicht, dort zu bremsen, wo eindeutige Überförderungen vorliegen, zum Beispiel aktuell bei der Photovoltaik. Hier geht es um das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger, die das über die Stromrechnung bezahlen müssen. Wir müssen mit diesem Geld sorgsam umgehen. Deshalb

begrüße ich die von der Bundesregierung geplanten Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz, die auf eine Absenkung der Vergütung abzielen. Die Bayerische Staatsregierung wird sich in diese Verhandlungen einbringen. Ziel ist es, die Überförderungen zu beseitigen und damit Kostensenkungen und technische Optimierungen anzureizen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird dadurch nicht behindert, im Gegenteil.

Herr Kollege Reiß hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass die weitere Nutzung der Kernenergie und der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht im Widerspruch zueinander stehen. Das beweisen gerade die Zahlen zur Stromerzeugung in Bayern. 57 % der Nettostromerzeugung entfallen auf die Kernenergie, 23 % auf die erneuerbaren Energien. Dieser außerordentlich klimafreundliche Stromerzeugungsmix ist die Ursache für unsere im Bundesvergleich sehr günstige CO₂-Bilanz. Hier geht es um die Glaubwürdigkeit unserer Zukunftsbekundungen. Wenn wir die ehrgeizigen Klimaschutzziele, zu deren Umsetzung sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat, einhalten wollen, muss die Kernenergie dazu auf absehbare Zeit einen Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, die Behauptung, dass eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke den Ausbau der erneuerbaren Energien blockieren würde, ist falsch. Diese Behauptung ist weder in wirtschaftlicher noch in technischer Hinsicht zutreffend. Wir brauchen allerdings - darauf ist zu Recht hingewiesen worden - mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt. Dies ist jedoch nicht zu erreichen, indem wir als Staat bestimmte Technologien verbieten und so tun, als ob wir als Staat wüssten, welche die besten Technologien sind.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das gilt wohl nicht für die Atomenergie?)

Wir brauchen hier den Wettbewerb der Technologien. Sie tun immer so, als würden wir hier eine Diskussion führen, die völlig losgelöst von dem ist, was in der Welt passiert. Deshalb möchte ich darauf hinweisen, dass nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Gegenden der Welt die Kernenergie-Kapazitäten ausgebaut werden, ja sogar neue Kernkraftwerke entstehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wo denn?)

Meine Damen und Herren, im Sinne der Nachhaltigkeit wäre es gut, wenn gerade die exzellente deutsche und bayerische Technologie, das Know-how, das wir auf dem Gebiet der Sicherheit haben, Eingang in diesen Ausbau finden würde.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, wir arbeiten auf der Grundlage dieser Politik, die vorausschauend und die von Nachhaltigkeit geprägt ist.

(Ludwig Wörner (SPD): Beim Endlager? - Ulrike Gote (GRÜNE): Wohin mit dem Müll, Herr Zeil?)

- Herr Kollege Wörner, Sie wissen so gut wie ich, dass es eine der verhängnisvollsten Entscheidungen während Ihrer Regierungszeit war, die Erkundung des Salzstocks in Gorleben zu stoppen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Hier ist wegen einer ideologischen Verkrampfung wertvolle Zeit verloren gegangen; denn jeder, auch derjenige, der aussteigen will, muss die Endlagerfrage beantworten. Sie haben sich um diese Frage herumgedrückt.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Ludwig Wörner (SPD): Das ist das zweite Asse!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Staatsregierung handelt nachhaltig und auf die Zukunft gerichtet. Mit dieser Energiepolitik - die vorbildlich in ganz Deutschland ist - werden wir uns in die Beratungen über das dringend erforderliche Energiekonzept für die Bundesrepublik Deutschland einbringen. Deutschland muss endlich wieder mit einer klaren Stimme in Europa sprechen. Das war leider in den letzten zehn bis zwölf Jahren nicht der Fall. Das größte Land in Europa braucht endlich wieder einen klaren Kompass in der Energiepolitik.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 2a und 2b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2010)

(Drs. 16/3081)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010)

(Drs. 16/3082)

- Erste Lesung -

Ich erteile zunächst dem Staatsminister der Finanzen, Herrn Georg Fahrenschon, das Wort.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf den Tag genau vor einem Jahr fand in diesem Hohen Haus die Erste Lesung zum Doppelhaushalt 2009/2010 statt. Damals, vor zwölf Monaten, hatte die weltweite Finanzmarktkrise die Weltwirtschaft fest im Griff. Der Schockstarre des Novembers und des Oktobers waren düsterste Prognosen gefolgt. Man sprach von Weltrezession. Man sprach davon, dass es insbesondere in Deutschland wieder zu einer Massenarbeitslosigkeit mit Zahlen in der Größenordnung von fünf Millionen kommen werde.

Ja: Zwölf Monate später ist diese Krise bei Weitem noch nicht ausgestanden. Ja: Bayern kann und konnte sich dieser weltweiten Krise nicht entziehen. Bayern zeigt aber jetzt Stärke. Mit einer gewaltigen Kraftanstrengung von Politik und Gesellschaft, von Unternehmen und Arbeitnehmern, haben wir in den letzten zwölf Monaten der Krise getrotzt. Wir haben uns erfolgreicher als viele andere dieser Herausforderung entgegengestellt. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote. Bayern hatte im Jahr 2009 netto die meisten Unternehmensneugründungen. Zwölf von dreizehn deutschen Top-Regionen liegen in Bayern. Unsere Kommunen haben nach wie vor die höchste Investitionsquote in Deutschland.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer bewährten bayerischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Bayern ist nicht von allein vom Agrarland zu einer der führenden Industrie- und Wirtschaftsregionen Europas aufgestiegen. Vielmehr haben die Menschen hart gearbeitet. Die Politik hat die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gemeinsam Bayern zu einem der attraktivsten Standorte in Deutschland und Europa gemacht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gerade weil in den letzten zwölf Monaten eine ganze Anzahl von entscheidenden Diskussionen geführt und wichtige Beschlüsse gefasst wurden, möchte ich kurz daran erinnern: Während die Staatsregierung nach der Landtagswahl schon in ihrer ersten Klausur noch im November 2008 ein Investitionsbeschleunigungsprogramm mit einem Volumen von 1,7 Milliarden Euro durch Bündelung, Beschleunigung und Vorziehen von Investitionen auf den Weg gebracht hat, während die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen von CSU und FDP den Doppelhaushalt so schnell wie möglich verabschiedet haben, war es die Opposition, die

einen Neuanfang gefordert hat, durch den man wichtige Zeit hätte verloren gehen lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Während wir uns durch die schnelle Behandlung des Doppelhaushalts in Richtung Planungssicherheit und klare Signale für die Menschen und Unternehmen in Bayern begeben haben, haben Sie auf Unsicherheit gesetzt. Wenn wir damals Ihrem Rat gefolgt wären, wäre das Jahr 2009 schlechter gelaufen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dasselbe Spiel fand in den letzten zwölf Monaten im Zusammenhang mit der Mai-Steuerschätzung statt. Die Staatsregierung hat klug auf die Mai-Steuerschätzung reagiert. Wir haben verwaltungsintern Einsparungen organisiert. Wir haben im Mai gleichzeitig aber auch ein klares Signal der Stabilität gesetzt, damit sich die Unternehmen, die Kommunen und die Menschen in Bayern auf die Aussagen des bayerischen Staatshaushalts verlassen können und damit Investitionen getätigt werden können. Denn Investitionen sichern Arbeitsplätze, und das ist unsere vordringliche Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie allerdings haben im Zusammenhang mit der Mai-Steuerschätzung schon wieder einen Nachtragshaushalt gefordert. Sie haben wiederum das falsche Instrument gewählt. Sie haben sich wiederum für Unsicherheit, gegen Stabilität und für eine politische Debatte an der falschen Stelle entschieden. Wir setzen auf Stabilität. Wir setzen auf Verlässlichkeit. Wir setzen auf Planbarkeit. Das ist das wichtigste Element in der Weltwirtschaftskrise.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich will ein drittes Beispiel nennen, weil es dafür steht, wie Sie mit den Strukturen in Bayern umgehen. In der Debatte über die Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II war Ihr Vorschlag, man möge einen Pro-Kopf-Betrag per Gießkanne über das Land Bayern verteilen. Das hätte vielleicht den Ballungsräumen geholfen, aber der ländliche Raum, auf den es gerade in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit ankommt, hätte von den Mitteln aus dem Konjunkturpaket nichts, aber auch gar nichts erhalten. Wir wären wiederum einen falschen Weg gegangen, wenn wir Ihrem Rat gefolgt wären.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb darf man im Rückblick auf die letzten zwölf Monate feststellen: Gute Ratgeber sehen anders aus.

Deshalb werden wir unsere Politik weiter fortsetzen. Wir haben mit dem Bayerischen Investitionsbeschleunigungsprogramm die richtige Grundlage gelegt. Wir haben Anfang des Jahres 2009 das Konjunkturprogramm II genutzt, indem wir nicht nur Schwerpunkte gesetzt haben, sondern indem wir auch dafür gesorgt haben, dass wir strukturell besser aus der Krise herauskommen. In unserem Konjunkturprogramm setzen wir einen wesentlichen Schwerpunkt auf die energetische Sanierung. Wir versetzen damit die Kommunen in die Lage, nicht nur zu investieren, sondern auch Strukturen auf Vordermann zu bringen, weil wir der Zukunft zugewandt Politik machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Bravo, sehr gut!)

Als dritten Schritt haben Sie, meine sehr verehrten Mitglieder der Fraktionen von CSU und FDP, mit dem Doppelhaushalt ein weiteres Konjunkturpaket aufgelegt. Dieses Konjunkturpaket führen wir jetzt im Nachtragshaushalt - und das ist beachtenswert in der gesamten Bundesrepublik Deutschland - ohne Nettokreditaufnahme mit hohen Investitionen und Stabilität bei Bildung, Familie und Sozialem fort. Das ist eine gute Nachricht für die Menschen in Bayern. Das ist eine gute Nachricht für die Zukunft in Bayern. Das ist Politik der Marke CSU und FDP, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unser Ansatz geht in zwei Richtungen: Wir haben schon den Doppelhaushalt einerseits konjunkturgerecht und andererseits zukunftsorientiert ausgerichtet. Das hat sich als das zentrale Konzept für Bayern erwiesen, das uns geholfen hat, 2009 besser zu bestreiten. Deshalb gilt auch für den Nachtragshaushalt: Was im Jahr 2009 richtig war, das kann im Jahr 2010 nicht falsch sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gerade im zweiten Jahr der laufenden Weltwirtschaftskrise kommt es darauf an und ist es umso wichtiger, weiterhin einerseits konjunkturgerecht und andererseits zukunftsorientiert Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu geben. Denn wir müssen jetzt dafür sorgen, dass das zarte Pflänzchen wirtschaftlichen Aufschwungs nicht im Keime erstickt wird.

Trotz der Steuermindereinnahmen, die wir 2010 erwarten, setzen wir mit dem Nachtragshaushalt daher ein Zeichen der Stabilität für die Bürger und Unternehmen in diesem Lande. Wir setzen gerade in dieser Zeit auf hohe Investitionen.

Das, was in der Ausgabenpolitik gilt, gilt auch in der Steuerpolitik: Was im ersten Jahr richtig war, kann im

zweiten Jahr nicht falsch sein. Daher setzen wir auch den Kurs der steuerlichen Entlastung fort. Blicken wir doch einmal zurück: Was haben wir denn - im Übrigen gemeinsam mit den Sozialdemokraten in Berlin - auf den Weg gebracht? - Anfang 2009 wurde das Kindergeld um 10 bzw. 16 Euro pro Monat erhöht, die Kinderfreibeträge wurden angehoben. Einen weiteren Impuls brachte die Wiedereinführung der Pendlerpauschale, die wir in Bayern so schnell wie möglich aus- bzw. zurückgezahlt haben. Zum 01.01.2010 wurde gemeinsam mit den Sozialdemokraten die steuerliche Absetzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge verbessert. Jetzt greift auch die gemeinsam beschlossene Einkommensteuerentlastung durch die weitere Erhöhung des Grundfreibetrags und das Hinausschieben der Tarifeckbeträge. Damit setzen wir eine Entlastung um über 14 Milliarden Euro um.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig, dass wir die Linie der Steuerentlastung auch unter den Bedingungen der neuen christlich-liberalen Bundesregierung für Deutschland fortsetzen. Denn es wäre falsch, wenn wir jetzt nicht die unternehmensschädlichen und krisenverschärfenden Regelungen im Rahmen der Unternehmensteuerreform abschaffen würden. Es wäre falsch, wenn wir der Wirtschaft und dem Mittelstand, bei dem in 25 % aller Fälle in den nächsten zehn Jahren der Übergang auf die nächste Generation organisiert werden muss, nicht das Signal geben würden: Wir schaffen die Blockaden weg und setzen auf Investitionen und Planungssicherheit in Bayern für Arbeitsplätze und eine gute Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit über 4,6 Milliarden Euro setzen wir ein weiteres Signal. Wir setzen einen Nachfrageimpuls genau dort, wo er ankommen muss, nämlich bei den Familien. Das ist möglicherweise der zentrale Grund, warum uns die Welt beneidet: weil wir nicht beim Steuerzahler abkassieren und umverteilen, sondern weil wir auf die Menschen setzen und ihnen das sauer verdiente Geld erhalten. Das ist der beste Impuls für Deutschland und Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weil erstens die Familien schon immer im Mittelpunkt unserer Politik stehen, weil zweitens ein leistungsfähiges Bildungssystem Kennzeichen bayerischer Politik ist, weil drittens hohe Investitionen Kennzeichen bayerischer Finanzpolitik sind und weil wir viertens für eine aktive Wirtschaftspolitik stehen, die unsere Stärke ausmacht, stellen wir im Jahr 2010 die Kinder, die Bildung und die Wirtschaft in den Mittelpunkt des Nachtragshaushalts.

Wir setzen klug unsere Politik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte fort. Kinder- und familiengerechte Rahmenbedingungen, um ein Beispiel hervorzuheben, sind zentrales Interesse unserer Gesellschaft. Deshalb setzt die Staatsregierung auf eine nachhaltige Kinder- und Familienpolitik. In jüngerer Zeit haben wir mit dem Investitionskostenförderprogramm zum Ausbau der Kinderbetreuung mit tatkräftiger Unterstützung des Bundes Maßstäbe gesetzt. Kein anderes Land hat den Kommunen bisher so viele Investitionsmittel bewilligt wie Bayern. Mitte Januar 2010 waren es bereits fast 250 Millionen Euro, eine Viertelmilliarde Euro, die die Kommunen in Bayern zum Ausbau der Kinderbetreuung in die Hand nehmen können. Das ist bemerkenswert. In Bayern kann man sich auf die Staatsregierung verlassen. Wir unterstützen die Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Bereich des Kultusministeriums bauen wir vor allem die Ganztagschulen zügig aus. Auch hier darf man daran erinnern, dass wir schon im Doppelhaushalt einen wesentlichen Schritt nach vorn gegangen sind. Im Schuljahr 2009/2010 haben wir die Zahl der Gruppen an der offenen Ganztagschule gegenüber dem Vorjahr um glatte 791 - das sind fast 40 % - auf über 2830 gesteigert. Das ist der größte Ausbauschritt seit Bestehen der offenen Ganztagschule.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir gehen den Weg auch weiter, weil wir davon überzeugt sind. Das ist der Grund, weshalb wir im Nachtragshaushalt Mittel vorsehen, um im Schuljahr 2010/2011 weitere 200 Gruppen in der offenen Ganztagschule in Betrieb nehmen zu können. Damit steigern wir in den Jahren 2009 und 2010 die Anzahl der Gruppen innerhalb von zwei Jahren um 50 %. Das ist ein klares Signal und eine Unterstützung unseres Ansatzes der Ganztagschule, und zwar sowohl in den Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Außerdem werden wir in Ergänzung zu dem Konzept der offenen Ganztagschule an weiteren 100 Grundschulen, an weiteren 100 Hauptschulen, an weiteren 40 Fördergrundschulen und an weiteren Förderhauptschulen gebundene Ganztagszüge einrichten. Bildungspolitik in Bayern heißt Bildungspolitik, die sich an den Menschen und den Notwendigkeiten der unterschiedlichen Strukturen sowie an den Kindern orientiert. Das war in der Vergangenheit richtig und wird auch in der Zukunft unser Weg sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein anderes Element: ist die Jugendsozialarbeit. Auch an dieser Stelle darf daran erinnert werden, dass wir im Schuljahr 2009/2010 insgesamt 394 Fachkräfte für Jugendsozialarbeit an Schulen fördern. Das heißt, dass das im Jahr 2002 beschlossene 10-Jahres-Programm der Vorgängerregierung bereits drei Jahre früher als geplant abgeschlossen war und heute sogar übererfüllt ist. Wir werden uns allerdings nicht darauf ausruhen, sondern mit dem Nachtragshaushalt die Jugendsozialarbeit mit weiteren Stellen fördern, weil wir angesichts schwieriger struktureller und gesellschaftlicher Fragen von diesem Instrument überzeugt sind. Die Jugendsozialarbeit in Bayern hat sich als richtige Antwort auf die gesellschaftlichen Fragen der Zeit erwiesen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Insgesamt darf festgehalten werden, dass wir im Nachtragshaushalt mit einer Investitionssumme von 5,78 Milliarden Euro und bei einer Investitionsquote des Freistaats Bayern von 13,8 % den höchsten Stand der Investitionsausgaben im Staatshaushalt verzeichnen können. Sie werden kein anderes westliches Bundesland finden, das eine solche Investitionsquote in der Krise aufweist. Wir stemmen uns gemeinsam mit den Unternehmen, den Kommunen und den Menschen in Bayern gegen diese Krise. Unser Ziel ist es, sie schnellstmöglich hinter uns zu lassen und den Wettbewerb mit allen anderen Regionen zu gewinnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aber auch sonst setzen wir für die Wirtschaft die richtigen Rahmenbedingungen. Wir haben schon im Stammhaushalt mit dem Mittelstandsschirm ein vorbildliches Instrument geschaffen, um der Wirtschaft in der Krise entscheidende Hilfen zu geben. Mit dem Nachtragshaushalt übertragen wir den im alten Jahr nicht in Anspruch genommenen Bürgschaftsrahmen auf das Jahr 2010 und verstärken ihn im Jahr 2010 um 25 Millionen Euro. Darüber hinaus weiten wir das Instrument der LfA-Förderbank aus, weil wir in Zukunft Haftungsfreistellungen in den Mittelstandsschirm einbeziehen.

Die mittelständischen Betriebe in Bayern waren nicht Ausgangspunkt der Finanzmarktkrise und sie dürfen auch nicht Opfer der Finanzmarktkrise werden. Deshalb war es gut, dass wir in den letzten 12 Monaten fast 2.000 Unternehmen geholfen haben. Wir werden dieses Instrument nutzen, um den bayerischen Mittelstand vor erheblichen Schäden zu schützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wie die Staatsregierung in dieser Zeit der großen Herausforderungen zügig und strategisch richtig handelt, zeigt das Strukturprogramm für die Region Nürnberg/

Fürth mit einem Gesamtumfang von 115 Millionen Euro. Damit beschleunigen wir den Modernisierungsprozess in der Region. Auch außerhalb der Ballungszentren bewährt sich unsere Politik einer zukunftsorientierten Standortsicherung. Jüngste Beispiele werden die Technologie-Transferzentren in Spiegelau, Cham und Teisnach sein. Wir gehen unseren Weg der aktiven Wirtschaftspolitik im Sinne eines Zusammenspiels von örtlicher Wirtschaft mit regionaler und staatlich organisierter Struktur, verbunden mit einer Regionalförderung, weiter. Wir haben Bayern in den letzten 40 Jahren zum stärksten Land in der Bundesrepublik gemacht. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen, weil er uns schnell aus der Krise herausführen wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unsere Wirtschaftspolitik ist im Übrigen im Wettbewerb mit anderen Ländern deshalb so erfolgreich, weil wir die richtigen Leute zusammenbringen. Vernetzung war für andere noch ein unbekanntes Schlagwort ohne Inhalt, als wir in Bayern - Stichwort: Clusterinitiative - das bayerische Netz zwischen Wissenschaft und Forschung, zwischen Wirtschaft und Anwendung, noch enger geknüpft haben. Diesen Standortvorteil, den sich mittlerweile 6.000 beteiligte Unternehmen zu eigen machen, überwiegend Mittelständler, werden wir konsequent fortsetzen. Über den Nachtragshaushalt haben wir mit einer Verpflichtungsermächtigung die Finanzierung der Clusterinitiative bis zum Jahr 2014 sichergestellt. Andere wollen Aktionismus, wir setzen auf Verlässlichkeit. Das ist unser Angebot an die bayerische Wirtschaft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die regionale Wirtschaftsförderung einschließlich der Investitionsförderung im Fremdenverkehr steigern wir im Nachtragshaushalt um 10 Millionen. Insgesamt stehen im Jahr 2010 für regionale Wirtschaftsförderung 115 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann.

Gleichzeitig werden wir auch bei der inneren Sicherheit, einem Feld, das immer auch Markenzeichen des Standorts Bayern war, entsprechend nachsteuern. Wir haben im Doppelhaushalt die Polizei um insgesamt 1.000 Stellen und die Justiz um 234 Stellen aufgestockt. Daran halten wir trotz massiver Steuereintrübe fest. Im Nachtrag bereiten wir schon weitere strukturelle Änderungen vor. Im Zusammenhang mit der Reduzierung der Wochenarbeitszeit in den Jahren 2012 und 2013 setzen wir jetzt auf eine vorgezogene Ausbildung, und zwar schwerpunktmäßig bei der Polizei. So schaffen wir für die rechtzeitige Ausbildung der Nachwuchskräfte im Nachtragshaushalt 870 zusätzliche Stellen. Es ist auch angesichts der Krise ein wichtiges Signal in Bezug auf die Arbeitsmärkte, dass der Freistaat Bayern Ausbil-

dungsstellen schafft, um seine Polizei auch in der Zukunft schlagkräftig und einsatzfähig zu halten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Weil wir uns darüber hinaus bewusst sind, welchen wesentlichen Beitrag die Kommunen leisten, um eine konjunkturwirksame Nachfrage des öffentlichen Sektors hochzuhalten, haben wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden auch 2010 wieder eine Grundlage geschaffen, damit die Kommunen tatkräftig investieren können. Wir führen die komplette Investitionsförderung auf hohem Niveau weiter. Sowohl der Schulausbau und der Ausbau der Kindertagesstätten mit 266 Millionen wie auch der Krankenhausbau, ein wichtiges Instrument für die Regionalpolitik, in Höhe von 500 Millionen als auch der kommunale Straßenbau und -unterhalt im FAG, also im Finanzausgleichsgesetz, in Höhe von über 260 Millionen Euro werden ohne Kürzungen fortgesetzt. Wir setzen auf die Investitionstätigkeit unserer Städte und Gemeinden, der Landkreise und Bezirke. Der zentrale Arm der Kommunen spielt im Kampf gegen die Wirtschaftskrise eine wichtige Rolle.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Parallel dazu stärken wir die Verwaltungshaushalte, weil wir genau wissen, dass die kleinen Kommunen nicht nur an goldenen Zügeln durch das Land geführt werden dürfen, sondern auch selbst handeln können müssen. Deshalb geben wir mit 60 Millionen an zusätzlichen Haushaltsmitteln auch ein klares Signal gegenüber der kommunalen Landschaft.

Die Landesleistungen bleiben damit trotz dramatischer Steuereintrübe nur geringfügig hinter den Rekordansätzen des Jahres 2009 zurück. Der Freistaat tut damit im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten alles, um die bayerischen Kommunen zu unterstützen. Allerdings werden ebenso wie der Staatshaushalt auch die Städte und Gemeinden die Folgen der Weltwirtschaftskrise und des Konjkturereinbruchs auf ihrer Einnahmen- und Ausgabenseite spüren. Deshalb begrüße ich von hier aus die Ankündigung des neuen Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble, mit den Kommunen über ihre Finanzsituation zu sprechen. Es darf auch im Hinblick auf notwendige Steuerreformen nicht zu einer dauerhaften Lastenverschiebung zwischen den staatlichen Ebenen kommen. Das haben wir bereits im Koalitionsvertrag in Berlin hinterlegt. Auch hier ist der Bund gefordert. Das ist der Grund, weshalb wir mit den Kommunen in Vorbereitung auf die Diskussionen auf Bundesebene in Gespräche eintreten. Wir wollen über Standards, wir wollen über Aufgaben und Lastenverteilung verhandeln. Bayern versteht sich als Sachwalter der Interessen unserer Kommunen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ha, ha, ha!)

Wir werden die Verhandlungen an der Seite unserer Kommunen in Berlin führen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen darf darauf hingewiesen werden, dass auch die Kommunen ein Interesse daran haben, dass wir die wirtschaftlich angespannte Situation schnell hinter uns lassen. Von einem Aufschwung, von den wiederaufkeimenden Steuereinnahmen werden die Kommunen durch die Erhöhung ihres Anteils am allgemeinen Steuerverbund auf 12 % überproportional profitieren. Wir laufen gemeinsam und wir stemmen uns gemeinsam gegen die Krise. Der Freistaat Bayern vergisst die kommunale Seite an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwan-ger (FW): Wir brauchen aber 12,5 % und nicht 12 %!)

An dieser Stelle will ich auch noch einmal daran erinnern, dass wir im Nachtragshaushalt 2008 die wesentlichen Voraussetzungen für die Stabilisierung der Bayerischen Landesbank durch eine Kapitalzufuhr in Höhe von 10 Milliarden Euro und durch einen Garantieschirm im Umfang von 4,8 Milliarden Euro geschaffen haben. Damit hat sich der Freistaat in einer schwierigen Zeit seiner Verantwortung gestellt und zugleich die Sparkassen und die Kommunen erheblich entlastet. Die anfallenden Kreditzinsen werden durch die Zahlungen der Bank sowie durch Rücklagenentnahmen finanziert. Durch den Ausfall der Ausschüttungen der BayernLB auf die stille Einlage und die Zweckrücklage im Jahr 2010 wird kein zusätzlicher Deckungsbedarf entstehen. Alle anderen Nachrichten über diesen Effekt sind falsch. Wir werden den Ausfall im Stammhaushalt über die veranschlagte Ausschüttung auf die stille Einlage wie auch den Ausfall der Ausschüttung auf die Zweckrücklage kompensieren, und zwar durch andere Einnahmen aus der Bank. Wie viel davon auf die notwendigen höheren Gebühren für den Garantieschirm oder auf eine teilweise Rückführung der Einlage entfällt, muss im Einzelnen noch festgelegt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Staatshaushalt 2010 steht trotzdem vor einer großen Herausforderung. Die November-Steuerschätzung hat für 2010 nach dem Länderfinanzausgleich ein Minus von 1,7 Milliarden Euro prophezeit. Um dennoch keine Abstriche zu machen und trotzdem auf Wachstumsimpulse zu setzen, war es erforderlich, Haushaltsverbesserungen konsequent abzuschöpfen, verbliebene Rücklagen in Anspruch zu nehmen, Grundstockmittel zu mobilisieren und punktuell Einsparmaßnahmen zu aktivieren. Das alles sind Maßnahmen, die uns nicht

leicht fallen, sie sind jetzt aber richtig, denn nur so können wir jetzt Wachstumsimpulse setzen und in die Zukunft investieren. So können wir den Menschen Sicherheit und gleichzeitig Stabilität geben und neue Schulden vermeiden. Das ist der Weg, den Bayern einschlägt. Das ist der Weg, den wir brauchen, um die Krise schnell hinter uns zu lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen wird die Leistung des Freistaats noch deutlicher, wenn Sie an den Länderfinanzausgleich denken. Die direkten Zahlungen im Länderfinanzausgleich müssen wir erneut heraufsetzen. 3,45 Milliarden Euro oder über 8 % des Ausgabevolumens führen wir mittlerweile an die anderen Länder ab. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man den vorweggenommenen Umsatzsteuerausgleich auch noch einbezieht, dann wird Bayern am Ende sogar um 5 Milliarden Euro schlechter gestellt. Trotz dieser Hilfe machen die anderen Schulden, wir dagegen haben erneut einen ausgeglichenen Haushalt. Das unterscheidet Bayern vom Rest der Republik.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Und all denjenigen, die diese Politik in der Vergangenheit in Misskredit gezogen haben möchte ich sagen: Das ist ein Erfolg, der sich auch im politischen Gestaltungsspielraum konkret niederschlägt. Während die westlichen Länder in Deutschland durchschnittlich 8 % ihrer Ausgaben für Zinsen aufwenden, sind es in Bayern - übrigens einschließlich der notwendigen Stabilisierungsmaßnahme für die BayernLB - nur 2,7 %. Das ist nur ein Drittel. Der Rest bleibt uns für Aktivität, für Entscheidungen, für Strukturhilfen. Dieses Geld steht uns ins Bayern zur Verfügung. Das ist eine Politik, die auf die Zukunft ausgerichtet ist, weil wir in der Zeit sparen, um in der Not aktiv gestalten zu können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Nachtragshaushalt 2010 konzentrieren wir uns auf das zweite Jahr einer weltweiten Wirtschaftskrise. Dabei hilft uns die Erfahrung aus dem Jahr 2009, besonnen die richtigen Maßnahmen zu treffen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war richtig, im Jahr 2009 keinen Nachtragshaushalt vorzulegen, sondern im Vollzug auf die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung zu reagieren. Erste, noch vorläufige Ergebnisse des Haushaltsvollzugs bestätigen unsere Erwartungen auch beim Steueraufkommen. Es war auch richtig, mit dem Nachtragshaushalt 2010 die November-Steuerschätzung abzuwarten. Jede Entscheidung zuvor wäre falsch gewesen. Jede frühere Entscheidung hätte Unsicherheit ins Land getragen. Unsere Aufgabe ist es jetzt, Führungsanspruch anzumelden und zu sagen: Wir nehmen unsere Zukunft in

die Hand, wir investieren jetzt, damit wir diese Krise schnellstmöglich beenden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Trotzdem sind die Unsicherheiten in den Entwicklungen der Wirtschaft und bei den Steuereinnahmen 2010 nicht gebannt. Wir werden den Entwurf des Doppelhaushalts 2011/2012 nach Vorliegen des Steuerkonzeptes des Bundes und nach der November-Steuerschätzung auf eine sichere Grundlage stellen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lagen im Jahr 2009, im alten Jahr, richtig, denn wir haben keine Schnellschüsse gemacht. Wir werden auch im Jahr 2010 besonnen vorgehen. Das sind wir den Menschen, das sind wir den Unternehmerinnen und Unternehmern, das sind wir der Wirtschaft in Bayern schuldig.

(Beifall bei der CSU)

Ich lege Ihnen hiermit den Entwurf des Nachtragshaushalts 2010 zur Beratung vor, der auf einer soliden Grundlage steht

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

und genau die richtigen Antworten auf die aktuellen Herausforderungen gibt: Stabilität, Investitionen, Wachstum. Die Menschen in Bayern können sich auf uns verlassen.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Wir werden alles daran setzen, dass Bayern auch in Zukunft stark bleibt. Ich appelliere an den Bayerischen Landtag: Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als erster Redner der Debatte hat nun Herr Kollege Volkmar Halbleib das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich gehe davon aus, dass es nicht der Fall war, aber ich habe mich bei Ihrer Rede schon gefragt, ob Sie kurz bevor Sie den Plenarsaal betreten haben, eine kleine rosa Pille mit aufhellenden Substanzen eingenommen haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Simone Tolle (GRÜNE): Genau!)

Mir jedenfalls kam es so vor, denn alle Autosuggestion, alle Rhetorik, alle Sprechautomatik, ja das Pfeifen im

Walde, das immer lauter wird, je dunkler sich die Situation um einen herum gestaltet, all das kann nicht darüber hinwegtäuschen, Herr Staatsminister: Für die schwarz-gelbe Regierungskoalition in Bayern, für Ihren Ministerpräsidenten und für Ihren Finanzminister ist heute ein besonders bitterer Tag.

(Christa Naaß (SPD): Ein ganz schwarzer Tag! - Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CSU)

Sie haben uns in den vergangenen Jahren haushaltspolitisch eine heile bayerische Welt vorgegaukelt mit dem CSU-Marketing-Produkt "ausgeglichener Haushalt". Heute, an diesem Tag, müssen wir im Bayerischen Landtag feststellen: Mit dieser Marketing-Maßnahme ist es vorbei, die Seifenblasen sind geplatzt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Der Sturz in die Realität ist umso härter, der Blick in das Haushaltsloch in Höhe von 4,5 Milliarden Euro im Jahr 2010 ist umso erschütternder.

(Beifall bei der SPD - Christa Naaß (SPD): Der Minister hört überhaupt nicht zu!)

Herr Staatsminister, Sie wissen es selbst am besten: Auf diesem Nachtragshaushalt 2010 steht das Etikett "ausgeglichener Haushalt" nur außen drauf. Innen drin, das wissen Sie,

(Hubert Aiwanger (FW): Da stinkt's!)

ist ein Finanzierungsloch von mindestens 4,5 Milliarden Euro.

(Christa Naaß (SPD): Der hört nicht einmal zu!)

Sie, Herr Minister Fahrenschon, wagen in diesem Hohen Haus weiterhin von einem ausgeglichenen Haushalt zu sprechen.

(Christa Naaß (SPD): Herr Ministerpräsident, zuhören! - Das ist ja unmöglich!)

Das ist schon eine bemerkenswerte Kombination von Schönfärberei, Realitätsverdrängung und von Ablenkungsmanövern. Dieser Entwurf, Herr Staatsminister, ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, steht unter dem haushaltspolitischen Leitmotiv "Tarnen, tricksen und täuschen".

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU: Oh je! - Gerhard Wägemann (CSU): Das ist aber schwach!)

Herr Fahrenschon, Sie versuchen doch, zunächst einmal sich selbst etwas vorzumachen, dann dem Parlament und schließlich den Bürgerinnen und Bürgern. Zu

Ihren Gunsten muss ich sagen: Die politische Lage ist eigentlich noch viel schlimmer. Denn Sie handeln wider eigenes besseres Wissen. Sie wissen selbst, dass dieser Haushalt seriöserweise beim besten Willen nicht mehr als "ausgeglichen" bezeichnet werden kann.

(Christa Naaß (SPD): Jetzt hört er schon wieder nicht zu!)

- Er hat dieses Wissen schon; deshalb brauche ich es ihm nicht mehr mitzuteilen.

Die Erkenntnis, dass dieser Haushalt nicht mehr auszugleichen ist, hat er bereits im November 2009 öffentlich geäußert und vertreten, allerdings nur für ganze - sage und schreibe: - 22 Stunden und 31 Minuten, bis der Befehl aus der Staatskanzlei kam, Herr Ministerpräsident, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, zumindest für 2010.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Bei uns gibt es keine Befehle! Bei uns gibt es so was nicht!)

Denn der ausgeglichene Haushalt wäre das letzte politische Projekt, das aus der Regierungszeit Stoiber an politisch Verwertbarem übrig geblieben ist. Zusätzlich zur Landesbankaffäre war das aus Ihrer Sicht den Bürgerinnen und Bürgern nicht zumutbar; Sie haben gesagt: Weg mit der Wahrheit, her mit dem ausgeglichenen Haushalt!

(Beifall bei der SPD)

Herr Fahrenschon, es tut mir leid: Sie wurden von der Staatskanzlei verbogen. Die andere Seite der Wahrheit ist, dass Sie als Finanzminister sich haben verbiegen lassen. Dabei ist ein verbogener, auch ein verlogener Haushaltsentwurf für 2010 herausgekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Haushaltsentwurf ist ein Entwurf, der die Wahrheit verschleiert, die Realitäten verleugnet, der Lasten in die Zukunft verschiebt, der auf die Fragen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise keine adäquaten Antworten gibt, ein Haushalt, der auf die politisch aktuellen Herausforderungen, auf die künftigen Herausforderungen Bayerns unzureichend reagiert.

Herr Finanzminister, wir gestehen gerne zu, dass die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht der Finanzminister Fahrenschon zu vertreten hat, auch die zurückgehenden Steuereinnahmen nicht. Das, was Sie zum Länderfinanzausgleich gesagt haben, wird von uns nicht verkannt. Das ist die klare Botschaft. Aber auch beim Länderfinanzausgleich verhält es sich wie bei anderen Themen: Wir hören von Ihnen hier nur star-

ke Sprüche, sehen aber keine politischen Taten und hören keine konkreten Lösungsvorschläge.

(Beifall bei der SPD)

Für Sie und die CSU im Allgemeinen, für die CSU-Parteivorsitzenden und -Ministerpräsidenten im Besonderen ist es typisch, dass Sie in Berlin in der Regierung oder im Bundesrat mit beschließen, aber daheim das, was Sie selbst beschlossen haben, nämlich in diesem Beispiel den Länderfinanzausgleich, permanent infrage stellen. So geht es nicht, und so geht es beim Länderfinanzausgleich schon gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommen wir mal zum Eingemachten!

(Zuruf des Abgeordneten Gerhard Wägemann (CSU))

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie bekommen noch genug Gelegenheit sich aufzuregen; das kann ich Ihnen ankündigen.

Das größte Haushaltsrisiko in diesem Freistaat Bayern ist die Regierungskoalition aus CSU und FDP selbst. Diese Wahrheit muss man hier auch mal aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen heute ein weiteres Mal vor dem Trümmerhaufen Ihrer Fehler in der bayerischen Landespolitik. Die Belastungen aufgrund der Landesbank für den Nachtragshaushalt 2010 belaufen sich auf fast 400 Millionen Euro. Trotzdem sprechen Sie hier über die harte Arbeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern, die die Steuereinnahmen erwirtschaften, ohne dazuzusagen, dass Sie es waren, die diese Arbeit der Menschen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern mit Ihrer Politik und in Ihrer Verantwortung für die Landesbank zerstört haben. Das zeigt schon eine besondere Chuzpe; das muss ich deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Was könnten wir mit diesem Geld im Nachtragshaushalt 2010 alles machen? Zum Beispiel - auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne möchte ich das sagen - ergäben die 400 Millionen Euro allein 8.000 Lehrerstellen an Bayerns Schulen mehr, um endlich kleinere Klassen und bessere Förderung gewährleisten zu können,

(Zuruf des Abgeordneten Gerhard Wägemann (CSU))

8.000 Lehrerstellen mehr, die Sie vergeigt haben.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie müssen sich das öfters anhören, denn Wahrheiten muss man sich eben einige Male anhören.

(Beifall bei der SPD)

Und das jedes Jahr, weil die Zinsen jedes Jahr anfallen. Bayern wird auf Sicht keinen einzigen Cent von der Landesbank zurückbekommen, egal, was Sie in die Haushaltspläne schreiben, Herr Staatsminister. Im nächsten Jahr 2011 kommen zusätzlich - der Finanzminister hat das schon in seiner Finanzplanung - voraussichtlich 810 Millionen Euro dazu. Insgesamt werden die Belastungen durch die Landesbank 2011 also 1,2 Milliarden Euro betragen, ohne dass ein einziger Cent aus der 10-Milliarden-Spritze für die Landesbank zurückgezahlt werden wird.

(Christa Naaß (SPD): Dazu hat er keinen Ton gesagt!)

Das ist Ihre Verantwortung, das wird auf Jahre hinaus verheerende Auswirkungen für Bayern und seine Bürgerinnen und Bürger haben. Das muss man an dieser Stelle unmissverständlich deutlich machen.

Das zweite hausgemachte Problem ist Ihre Politik. Da muss ich die FDP einbeziehen. Leider hat sich durch den Eintritt der FDP in die Staatsregierung das Risiko für den Haushalt nicht verringert, sondern erhöht. Denn das zweite Haushaltsrisiko, das sich durch Sie realisiert, ist Ihre Steuerpolitik. Durch die Steuersenkungen, die Sie zu verantworten haben und über die man im Detail unterschiedlicher Auffassung sein und über die man diskutieren kann, vor allem aber durch den Zeitpunkt und durch die Kombination, die Sie gewählt haben, sind die Auswirkungen in einer Einnahmekrise des Staates schlimm. Hier haben Sie noch einmal weitere Einnahmeverluste produziert. Das ist eine besonders schwere Belastung des Haushalts. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz erzeugt vor allem ein Wachstum der Löcher in den Kassen des Bundes, der Länder und der Kommunen, von denen Sie heute gesprochen haben. Ihnen steht das Wasser bis zum Halse. Ihre Situation haben Sie aber durch Ihre Politik noch mal weiter verschlechtert.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Eure Steuererhöhungen haben die Haushalte auch nicht saniert!)

Ich nenne hier nur die Einnahmeverluste in Höhe von 360 Millionen Euro im Jahr 2010 und jedes weitere Jahr in Bayern und weitere 128 Millionen Euro Einnahmeverluste für die bayerischen Kommunen für 2010 und jedes weitere Jahr. Insgesamt fehlen Bayern und seinen Kommunen durch Ihre Beschlüsse und durch Ihre

Politik circa 500 Millionen Euro für 2010 und für jedes folgende Haushaltsjahr.

(Christa Naaß (SPD): Davon hat er keinen Ton gesagt!)

- Das ist Realitätsverdrängung. Das, was ich vorhin zu den rosa Pillen gesagt habe, scheint doch zu stimmen. Aber ich kann es nicht belegen.

Nun zu einem Detailpunkt, zur Mehrwertsteuerreduzierung für Hotels. Auch über die Gestaltung der Mehrwertsteuer kann man unterschiedlicher Meinung sein. Aber sich diesen einzelnen Punkt herauszugreifen und hier Klientelpolitik zu betreiben, ist schon ein besonders starkes Stück. Man fragt sich, warum gerade das herausgegriffen wurde. Der Fachmann hat sich gefragt und der Laie hat sich gewundert. Kurze Zeit später hat man dann von der Parteispende des Barons von Finck in Höhe von 1,1 Millionen Euro an die FDP und in Höhe von 820.000 Euro an die CSU erfahren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist mehr als ein Geschmack; das ist ein richtiger Geschmack, ein ganz bitterer und übler Beigeschmack Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Und Daimler Benz spendet an die SPD!)

Die Bürgerinnen und Bürger haben doch längst erkannt, wer die Zeche für die Steuersenkungen in Wahrheit zahlen muss. Deswegen gibt es doch entsprechende Umfrageergebnisse; selbst FDP-Anhänger sagen, das ist unvernünftig. Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass sie diese Steuervergünstigungen selber zahlen müssen durch den Wegfall der Steuerfreiheit bei Feiertags- und Nachtzuschlägen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Abgabensteigerungen, durch Leistungskürzung, durch zusätzliche Studiengebühren etc. Ich könnte diesen Katalog fortsetzen. Die Zeche für diese Politik zahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Die Situation, Herr Staatsminister, das muss ich Ihnen auch einmal sagen, wäre noch schlimmer, wenn die Politik insgesamt Ihren Rezepten folgen würde. Ich nenne ein Beispiel: Permanent stellen Sie die Erbschaftsteuer und die Bemessungsgrundlagen der Erbschaftsteuer infrage. Was wäre, Herr Finanzminister, aber auch Herr Huber, Herr Seehofer oder Herr Zeil, Herr Heubisch, wenn wir Ihren Plänen bereits in der Vergangenheit Folge geleistet und die Erbschaftsteuer abgeschafft oder durchlöchert hätten? Was wäre passiert? Ohne die Erbschaftsteuer, für deren Erhalt wir kämpfen und weiter kämpfen werden, würden dem ba-

yerischen Staatshaushalt 2010 allein 953 Millionen Euro fehlen. Die Mehreinnahmen gegenüber dem Stammhaushalt 2010 betragen 77 Millionen Euro. Wenn Sie sich in der Steuerpolitik durchsetzen und die Erbschaftsteuer mittelfristig abschaffen bzw. durchlöchern, fehlt dem Freistaat Bayern für sinnvolle Maßnahmen in Zukunft eine Milliarde Euro. Auch das muss an dieser Stelle mal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Situation wäre noch schlimmer - jetzt ist Beifall vonseiten der Regierungsfractionen gefragt -, wenn Sie die SPD nicht hätten. Denn Sie, Herr Finanzminister, hätten hier auch schon sagen können: Ich danke der SPD und Frank Walter Steinmeier dafür, dass sie im Januar 2009 ein Konjunkturprogramm durchgesetzt haben - zunächst haben sie es vorgeschlagen und dann durchgesetzt und in der Großen Koalition verabschiedet -, durch das insgesamt 1,5 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen in den Freistaat Bayern fließen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein politisches Armutszeugnis dieser Staatsregierung, dass es einer Finanz- und Wirtschaftskrise und eines von der SPD vorgeschlagenen Konjunkturprogramms bedarf, damit die schlimmsten Baumängel an Universitäten repariert und die Staatsstraßen sowie die Schulen saniert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ein Skandal, dass man erst auf dieses Programm warten muss, um die Hausaufgaben des Freistaates zu erledigen.

(Beifall bei der SPD)

In einer solchen Situation hätte ich erwartet, dass der Finanzminister vor das Parlament tritt, eine ehrliche und ungeschminkte Situationsanalyse vorlegt und ausspricht, was ohnehin jeder Bürger im Freistaat Bayern weiß, dass nämlich der ausgeglichene Haushalt Makulatur ist. Sie haben keine konjunkturgerechte antizyklische Antwort auf diese Situation. Sie tragen nur den falschen Kurs in der Steuerpolitik vor. Ihre einzige volkswirtschaftliche Antwort ist: Steuern senken. Steuern senken. Steuern senken. Dazu gehört jedoch, dass Sie die Wahrheit aussprechen, weil sie für die künftigen Jahre in diesem Landtag maßgeblich ist. Denn eine Sache funktioniert in der Finanzpolitik nicht: Sie können nicht auf der einen Seite die staatliche Einnahmesituation schlechtreden und infrage stellen und auf der anderen Seite gleichzeitig die Leistungsfähigkeit des Staates erhalten und darüber hinaus noch einen ausgeglichenen Haushalt anstreben. Sie versuchen, uns die Quadratur des Kreises vorzumachen. Dies ist je-

doch gescheitert und wird auch in Zukunft scheitern. Wir müssen dafür kämpfen, dass der Staat für seine sinnvollen Projekte auch vernünftige und solidarisch finanzierte Einnahmesysteme vorweisen kann. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, diese zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ein Ausblick auf die kommenden Jahre in der Finanzplanung wäre wichtig gewesen. Diesen haben Sie uns nicht mitgeteilt. Die strukturellen Defizite aus dem Jahr 2010 werden sich im Jahr 2011 und 2012 fortsetzen. Sie benennen sie selber: 3,4 Milliarden Euro für 2011, 2,6 Milliarden Euro für 2012 und immerhin noch 2,1 Milliarden Euro für 2013. Nachdem Sie alle Rücklagen für den Haushalt 2010 ausgeräumt haben, werden Rücklagen zur Deckung dieses strukturellen Defizits nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie wissen, dass weitere Belastungen durch die Landesbank bereits sicher sind. Sie wissen auch, dass zusätzliche Mittel, die mit den Sonderprogrammen finanziert sind, Ende 2011 definitiv nicht mehr vorhanden sind. Die Mittel in Höhe von 1 Milliarde Euro aus den Sonderprogrammen "Zukunft Bayern 2020", "Klimaprogramm Bayern 2020" und aus dem Konjunkturpaket II werden im bayerischen Staatshaushalt 2012 im Vergleich zu 2011 fehlen.

Hinzu kommt, dass das Tafelsilber des Freistaats Bayern bis auf wenige Eon-Aktien weitgehend verhökert worden ist. Da ist nichts mehr zu holen. Sie beharren - das setzt dem Ganzen die Krone auf - auf Bundesebene weiterhin auf Ihren Steuersenkungen. Sie sagen weiterhin, dass ab dem Jahre 2011 24 Milliarden Euro pro Jahr an Steuersenkungen vorgenommen werden. So steht es im Koalitionsvertrag. Herr Seehofer, Sie stehen persönlich für die genannten Steuersenkungen und haben vor wenigen Wochen erwähnt, dass Sie sich persönlich für die Umsetzung der Steuersenkungen einsetzen. Der durch die Steuersenkungen verursachte finanzielle Ausfall würde für den Freistaat Bayern bis zu 4 Milliarden Euro pro Jahr betragen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wahnsinn!)

Das ist Ihr Ausblick für die Finanzpolitik.

Wir können keine Verbesserungsvorschläge für die Finanzsituation erkennen. Im Gegenteil. Sie verschieben mit Ihrem Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 finanzielle Lasten in die Zukunft. Sie haben kein Konzept vorgelegt, das zeigt, welche Einsparungen Sie vornehmen, wie Sie die Einnahmen des Staates verbessern und die vielfältigen Versprechungen Ihres Ministerpräsidenten finanzieren wollen. Statt einer ungeschminkten Beschreibung der Finanzsituation vernehmen wir für den Haushalt 2010, dass Sie in Ihr altbekanntes Reaktionsmuster verfallen, indem Sie behaupten, die ba-

yerischen Daten seien die schönsten, die schnellsten und die besten.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): So ist es!)

Lieber Kollege Barfuß, wir werden Ihnen nicht den Gefallen tun und in einen oppositionellen Reflex verfallen, indem wir das Gegenteil behaupten. Die bayerischen Daten sind nicht die hässlichsten, die langsamsten und die schlechtesten. Sie können sich jedoch darauf verlassen, dass wir Sie weiterhin an Ihren Ankündigungen, an Ihren Selbstbeschreibungen und an Ihren selbst gesteckten Ansprüchen messen und Sie immer wieder mit der Realität in Ihrer eigenen Regierungspolitik konfrontieren werden.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist, dass manche Fundamentaldaten in Bayern besser als in anderen Bundesländern sind. Jedoch ist in diesem Punkt viel - jetzt hören Sie genau zu, darüber können Sie sich aufregen, aber es handelt sich um die Wahrheit - der Region München und seinem Kraftzentrum, der sozialdemokratischen Landeshauptstadt München, zu verdanken.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU)

Sie sollten sich das Vergnügen machen und einmal aus Ihren Steuerdaten die in der Landeshauptstadt München erwirtschafteten Steuereinnahmen herausrechnen und uns erklären, wo wir stehen. Dann werden Sie erkennen, was ohne die Steuereinnahmen der sozialdemokratisch geführten Kommune im Freistaat los wäre. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Seien Sie etwas ehrlicher. Sie haben in Ihrer Presseerklärung unmittelbar nach dem Kabinettsbeschluss behauptet, dass es eine weitere Steigerung der Zukunftsinvestition in Bildung gebe. Jedoch ist das Gegenteil der Fall. Der Entwurf der Staatsregierung zum Nachtragshaushalt 2010 sieht gegenüber dem Stammhaushalt im Einzelplan "Unterricht und Kultus" keine Steigerung, sondern eine Senkung vor. So werden die Personalausgaben im Bildungsbereich gekürzt. 300 Lehrerstellen sind weiterhin gesperrt und nicht freigegeben. Im Bereich der Wissenschaft gibt es ebenfalls keine Steigerung, sondern eine Reduzierung. Was Sie behaupten, ist eindeutig falsch. Sie reden von einer Steigerung der Investitionsquote auf Rekordniveau. Dazu müssen Sie ehrlicherweise hinzufügen, wodurch dieses Rekordniveau zustande kommt. Das Rekordniveau beruht auf dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes, das auf Bundesebene von der Sozialdemokratie durchgesetzt worden ist.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Durch den Finanzausgleich! - Beifall bei der SPD)

Ich räume ein, dass Wahrheiten nie angenehm sind. Uns geht es genauso. Heute sind Sie jedoch an der Reihe.

Wir stehen zu dem Strukturprogramm "Region Fürth-Nürnberg". Wir erkennen es an und halten es für wichtig. Sie müssen jedoch dazu sagen, wie Sie es finanzieren wollen. Sie finanzieren das Programm nicht mit zusätzlichen Mitteln, sondern mit den Mitteln der Wirtschaftsförderung. Die Wirtschaftsförderung war für die Bayern FIT GmbH vorgesehen. Seit 2008 ist dieses Projekt zum Kernprojekt der Regierung Beckstein erklärt worden. Diese Mittel stecken Sie nun in das Programm "Region Nürnberg-Fürth". Obwohl das Projekt sehr wichtig ist, gibt es viele andere Regionen in Bayern, die auf Wirtschafts- und Regionalförderung angewiesen sind. Sie sollten Ihre Großzügigkeit nicht auf Kosten anderer Regionen darstellen. Tatsache ist, dass Sie keine zusätzlichen Mittel für dieses Sonderprogramm bereitgestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Nachtragshaushalt 2010 kann nur durch eine Kombination von fünf Methoden ausgeglichen werden. Die erste Methode habe ich bereits genannt. Dabei handelt es sich um die Plünderung sämtlicher Rücklagen. Bis auf das letzte Konto sind alle Rücklagen ausgeplündert worden. Im Jahre 2010 werden alle Rücklagen aufgebraucht werden, die in den Vorjahren mühsam erspart worden sind. Das ist die Wahrheit für den Haushalt 2010.

(Beifall bei der SPD)

Selbst das reicht aber noch nicht aus. Zwar kürzen Sie nicht so spektakulär wie unter Stoiber, jedoch kürzen Sie in einigen Bereichen genauso einschneidend. Aus Ihrer Sicht ist der Kürzungshaushalt 2010 geplant. Gegenüber dem Stammhaushalt werden die Einzelpläne gekürzt. Die Kürzungen betragen 115 Millionen Euro für den kommunalen Finanzausgleich, 20,6 Millionen Euro für Unterricht und Kultus, 11,3 Millionen für die Wissenschaft, 2,2 Millionen Euro für Umwelt und Gesundheit, 3,5 Millionen Euro für die Innere Verwaltung, 15 Millionen Euro für die Justiz und 14 Millionen Euro für das Finanzressort. Sie kürzen die Personalausgaben um insgesamt 537 Millionen Euro. Sie legen haushaltsgesetzliche Sperren in Höhe von 280 Millionen Euro auf. Auf sächliche Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse, sonstige Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen kommen Haushaltssperren.

Zu Haushaltssperren sei eines gesagt: Die Sperren können alle Verbände, Organisationen, Kommunen und andere Gebietskörperschaften treffen. Sie können letztlich alle Bürgerinnen und Bürger treffen. Sie wirken manchmal noch schlimmer als Kürzungen. Denn auf Kürzungen kann man sich einstellen, während das für Sperren nur sehr eingeschränkt gilt. Entgegen Ihrer Ankündigung treffen die Sperren zweitens auch dringend notwendige Investitionen, mit denen wirtschaftliche Impulse gesetzt werden sollen. Sie treffen entgegen Ihrer Ankündigung drittens auch die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Umwelt. Sperren gibt es also auch für die Zukunftsaufgaben.

Darüber hinaus nehmen Sie doppelte Kürzungen vor. Das geht folgendermaßen: Beim Doppelhaushalt 2009/10 haben Sie eine haushaltsneutrale Senkung der haushaltsgesetzlichen Sperre beschlossen. Das heißt: Von 100 Euro wurden nur 80 Euro ausgezahlt. Im Stammhaushalt standen plötzlich nur 80 Euro. Dann kommt eine zusätzliche Sperre. Plötzlich werden aus 100 Euro nicht 80, sondern 64 Euro. Diesen Sparkurs machen Sie. Das geschieht alles sehr verdeckt, aber es ist genauso einschneidend.

Ich will einmal deutlich machen, wie pervers dieses System der Sperren ist. Bei der Landeszentrale für politische Bildung hat der Finanzminister in seinen Entwurf zusätzlich 150.000 Euro hineingeschrieben. Das ist gut, weil politische Bildung wichtig ist. Der Ansatz von 700.000 wurde also auf 850.000 Euro erhöht. Das ist ein Titel, auf den die Sperre von 20 % wirkt. Das Ergebnis sind 680.000 Euro. Statt einer Erhöhung, wie sie im Haushaltsplan steht, kommt es tatsächlich zu einer Reduzierung des Titels für das Haushaltsjahr 2010.

Das ist Ihr System der Sperren. Das ist Tricksen, Tarnen, Täuschen. Ohne dies kann der Haushalt nicht ausgeglichen werden.

(Beifall bei der SPD)

Sodann verschieben Sie finanzielle Lasten entgegen Ihrem eigenen Ansatz, der durchaus aller Ehren wert ist, in die Zukunft. Das ist nicht nur politisch inakzeptabel, weil es Ihrem Konzept widerspricht, sondern auch haushaltspolitisch brandgefährlich. Sie zweckentfremden den staatlichen Grundstock, der verfassungsrechtlich geschützt ist. Sie veranschlagen nämlich selber eine rückzahlbare Ablieferung des Grundstocks in Höhe einer knappen halben Milliarde Euro und belasten damit die Zukunft des Haushalts für die Jahre, in denen diese Belastung zurückgezahlt werden muss.

Sie verzichten auf die Zuführung an den Versorgungsfonds, der gerade dazu da ist, die finanziellen Lasten nicht zu verschieben. Sie machen eine Verschiebung in die Zukunft in Höhe von 35 Millionen Euro.

Sie verschieben die Rückführung der Arbeitszeit bei den Anwärtern. Sie haben nur den Polizeibereich und ein paar kleine Bereiche genannt. Wenn Sie das Prinzip ernsthaft durchführen, müssen Sie es jetzt schon beim Stammhaushalt berücksichtigen. Die Zahl der Anwärter muss gegenüber dem, was jetzt im Haushaltsentwurf steht, deutlich erhöht werden. Auch hier verschieben Sie das auf den nächsten Doppelhaushalt. Dabei sehe ich von den Stellenhebungen und einer latenten Staatsverschuldung, die Sie permanent produzieren, einmal ab. Sie stecken zu wenig in den Substanzerhalt. All das sind Verschiebungen in die Zukunft.

Die vierte Methode Fahrenschon ist tatsächlich ein Spezialkapitel: "Tricksen, Tarnen, Täuschen". Da geht es um die Verzinsung der stillen Einlage bei der Landesbank in Höhe von 231 Millionen Euro, die im Stammhaushalt steht. Der Finanzminister sagt zu dieser Einlage: Die Einlage von 231 Millionen Euro kommt von der Landesbank zurück.

Am 10. November sagte derselbe Finanzminister zu der Einlage von 231 Millionen Euro und ihrer Verzinsung: Sie kommt nicht. Gut, sie kommt nicht. Die Ankündigung hieß dann: Es wird voraussichtlich eine Neuverschuldung gebraucht.

Einen Tag später, nach 22 Stunden und 31 Minuten, hieß es - offensichtlich aufgrund eines Anrufs des Ministerpräsidenten -: Die Verzinsung der stillen Einlage von 231 Millionen Euro kommt doch. Das war also die neue Aussage des Finanzministers.

Dann gab es einen wunderbaren Disput im Haushaltsausschuss zwischen Ihnen und Herrn Kemmer, zwischen Pat und Patachon. Wir haben uns wirklich amüsiert. Der Kollege Kirschner hat nur noch die Stirn gerunzelt, weil er sich darauf keinen Reim machen konnte. Dann gab es noch die Aussage: Sie kommt doch.

Und jetzt heißt es im Entwurf: Sie kommt doch nicht. Herr Fahrenschon, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Das ist Finanzpolitik nach der Gänseblümchenmethode: Geld kommt, Geld kommt nicht, Geld kommt, Geld kommt nicht. Dafür gibt es einen einzigen Grund: Sie waren in verzweifelter Suche nach den Millionen, die diesen nicht ausgeglichenen Haushalt, zumindest vom Zahlenwerk her, auf dem Papier ausgleichen können. Das ist die Wahrheit, die hinter diesem Haushaltsentwurf steckt.

(Beifall bei der SPD)

In Ihrer Verzweiflung kommen Sie jetzt auf einen anderen Trick, den Sie sich überlegt haben. Dabei geht es um die zu leistende mutmaßliche höhere Garantiegebühr für das ABS-Portfolio oder um die Teilrückführung

der stillen Einlage. Das ist der nächste Trick. Ich bin mir sicher: Auch da werden wir einen Gänseblümchen-Finanzminister erleben: Kommt, kommt nicht, kommt, kommt nicht. Jedenfalls ist das - gestatten Sie mir diese Bemerkung, Herr Fahrenschoen - keine solide Haushaltspolitik, jedenfalls definitiv nicht in diesem Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Ein paar Bemerkungen zu dem, was wir in den Beratungen zu diesem Nachtragshaushalt einbringen wollen. Wir Sozialdemokraten bekennen uns ganz klar zu Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Statt in Steuersenkungen auf Pump zu investieren, wollen wir in die öffentliche Infrastruktur investieren, auch in diesem Nachtragshaushalt.

(Beifall bei der SPD)

Hierzu bekennen wir uns aus guten und plausiblen Gründen.

Wir sind der Auffassung, dass in diesem Nachtragshaushalt noch zu wenig Investitionen in die staatliche Infrastruktur enthalten sind und zu viele Effekte aus verpuffenden Steuersenkungen vorhanden sind. Wir haben bei Investitionen keinen verpuffenden Effekt wie bei Steuersenkungen, sondern ersparte Ausgaben in den Folgejahren. Wir können zukünftig Mehrbelastungen vermeiden. Dazu leisten wir in vielfältiger Hinsicht einen Beitrag zum Klimaschutz.

Wichtig sind also Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Wir wollen in den Haushaltsberatungen darlegen, dass das, was Sie nur behaupten und in Ihrer Rede erneut behauptet haben, tatsächlich kommt, nämlich ein "chancenreiches Bayern", mit Chancen für alle Menschen in Bayern.

Sie haben im Bildungsetat gekürzt. Wir wollen aber, dass mehr Mittel für die Schulsanierung bereitstehen. Wir wollen, dass endlich das Prinzip "25 Schüler pro Klasse" umgesetzt wird. Dazu brauchen wir eine vernünftige Lehrerausstattung. Für diese werden wir im Nachtragshaushalt kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auch für die Universitäten kämpfen. Statt Kürzungen bei den Studentenwerken und unzureichender Mittelausstattung wollen wir eine Ausstattung der Studentenwerke erreichen, wie sie sinnvoll ist. Wir wollen, dass zusätzliche Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter eingesetzt werden. Wir wollen endlich, dass die Universitäten auch für uns Landtagsabgeordnete keinen Anlass bieten, uns schämen zu müssen, wenn wir die Gebäude ansehen, sondern es muss

dahin kommen, dass wir uns hier über Zukunftsinvestitionen freuen können.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Ausbau der Kinderbetreuung, der von Ihnen verbal auf den Lippen geführt wird, muss hier genannt werden. Herr Staatsminister, ich freue mich immer wieder, wenn ich Sie unsere Konzepte loben höre. Bedauerlich ist, dass sie in Bayern zehn Jahre zu spät umgesetzt werden. Aber immerhin freuen wir uns, dass Sie bereit sind, unsere Ziele zu loben, wenn es um Kinderbetreuung und Ganztagschulen geht.

Wir wollen auch das Thema Inklusion nicht nur verbal im Mund führen, sondern die Teilhabe der behinderten Menschen umsetzen und dafür auch Geldmittel bereitstellen. Alles andere ist nämlich Schall und Rauch.

Wir brauchen auch Geldmittel im Nachtragshaushalt 2010 unter dem Gesichtspunkt "Neue Perspektiven für Bayern". Wir werden die 35 Millionen Euro, die Sie als Kürzungen für den Staatsstraßenbau vorsehen, aufgreifen und rückgängig machen. Wir wollen die Ansätze für ländliche Räume, neue Mobilität und die Energie- und Klimaschutzprogramme, endlich so ausstatten, dass sie sinnvollerweise umgesetzt werden können.

Darüber hinaus wollen wir den sozialen Zusammenhalt stärken.

Ich komme zum Schluss. Unsere Forderung ist, dass Sie sich, Herr Staatsminister, von vielen haushaltspolitischen Lügen der Vergangenheit verabschieden. Den Doppelhaushalt haben Sie unter die Überschrift "zukunftsgerichtet, konjunkturgerecht, solide" gestellt. Das leisten alle drei Etiketten aber nicht: Sie verschieben Lasten in die Zukunft. Sie senken Steuern, statt Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Alles kann man über diesen Haushalt sagen, aber solide ist er nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen einen Vorschlag. Damit Sie Ihren Ruf als Finanzminister nicht weiter ruinieren, können wir Ihnen nur raten: Ziehen Sie den Entwurf für den Nachtragshaushalt 2010 zurück. Legen Sie dem Landtag in der nächsten Woche einen neuen Entwurf vor, ohne Finanztricks, ohne Luftbuchungen, ohne Verschiebungen von Lasten in die Zukunft. Das wäre für Sie persönlich gut. Das ist wirklich freundschaftlich gemeint. Es wäre gut für die Glaubwürdigkeit Ihrer Politik. Vor allem wäre es gut für unser Bayern und die Bürgerinnen und Bürger.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Das war eine Minute über die vorgesehene Redezeit, sodass wir bei Bedarf entsprechend großzügig sein können.

Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Görlitz.

Erika Görlitz (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einer solchen Schimpf- und Mäkelkanonade ist es sehr schwierig, hier wieder einen sachlichen Ton hineinzubringen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich hatte gehofft, dass Sie in dieser einen Minute mehr Redezeit noch konkrete Vorschläge bringen, die man umsetzen und in die Arbeit einfließen lassen könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Aber ich bin zuversichtlich, dass wir doch noch eine andere Stimmung hineinbekommen.

Herr Halbleib, ich muss Ihnen eines entgegenhalten, wenn Sie vom Wachstumsbeschleunigungsgesetz sprechen und sagen, dass dies der Untergang der Kommunen sei. Im Jahre 2000 hat Rot-Grün eine Unternehmensteuerreform verabschiedet, die es sogar fertig gebracht hat, dass noch nicht einmal München einen Cent von den DAX-notierten Unternehmen bekommen hat. Das war eine Katastrophe. Das hat man uns zugemutet.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem heute vorliegenden Gesetz - ich spreche vor allen Dingen vom FAG - finden wir einen Weg, die Kommunen bei ihrer Arbeit weiterhin zu unterstützen, und zwar erfolgreich und kraftvoll. Bezüglich des Doppelhaushaltes und des Nachtragshaushaltes 2010 ist es notwendig geworden, auch das FAG neu zu bewerten. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Zum einen gab es Änderungen, wie zum Beispiel den Ersatz für die Kfz-Steuer, aber auch das Heimgesetz wurde geändert, und es gab Änderungen beim Verteilungsschlüssel für Artikel 15 FAG. Des Weiteren sind die Einnahmen zurückgegangen. Trotzdem ist es gelungen, den kommunalen Finanzausgleich so zu gestalten, dass er 2010 die Marke 6 Milliarden Euro übersteigt. Das ist eine Rekordmarke.

Wenn Sie sich erinnern, dass wir im Jahre 2007 eine Steigerung von 7,6 %, im Jahre 2008 von 11 % und im Jahre 2009 von 3,7 % hatten, dann muss man wirklich sagen, dass wir dieses Niveau halten, und das kommt unseren Kommunen zugute.

(Beifall bei der CSU)

Den leichtern Rückgang, der zu verzeichnen ist, hat der Freistaat Bayern mit zusätzlichen Haushaltsmitteln von insgesamt 60 Millionen Euro abgemildert, um zu erreichen, dass die den Kommunen zur Verfügung stehende Summe entsprechend gefestigt ist. In der Gesamtbilanz sinkt der Finanzausgleich um 53,8 Millionen Euro, das heißt um 0,8 %. Bei den Landesleistungen sinkt er bis auf 6,3 Milliarden Euro.

Es gab eine ganze Reihe von strukturellen Veränderungen, die deutlich machen, dass wir den Anteil am allgemeinen Steuerverbund für die Kommunen weiter stärken wollen, damit sie über mehr frei verfügen können. So wurde der Anteil am allgemeinen Steuerverbund auf 12 % erhöht, was sich bei den Schlüsselzuweisungen immerhin mit 14,7 Millionen Euro ausdrückt. Diese strukturelle Verbesserung sichert den Kommunen eine zukunftsfeste, dauerhafte Beteiligung an den Steuereinnahmen des Freistaates Bayern.

Zum Ausgleich vorübergehender Kfz-Steuerausfälle erhalten die Länder einen Ausgleich vom Bund in Form eines Umsatzsteuerfestbetrages. Außerdem ist die Kfz-Steuer, wie Sie wissen, ab 1. Juli 2009 von einer Landessteuer zu einer Bundessteuer geworden.

Auch beim Verteilungsschlüssel in Artikel 15 FAG bezüglich der Bezirke hat es eine Verbesserung gegeben. Die Gewichtung für die Ausgaben wurde gestärkt und für die Umlagekraft gesenkt, um damit den Bezirken mehr Spielraum geben zu können.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist uns die Stärkung der kommunalen Investitionen. Im Jahre 2008 haben die Kommunen 21,9 % an Investitionen getätigt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das ist ein Wert, der sonst nirgendwo in Deutschland erreicht wird. Auch das wollen wir weiterhin stärken,

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

und zwar im Bereich Bildung und Gesundheit sowie im ländlichen Raum. Das sind unsere Schwerpunkte, die wir uns zusammen mit den Kommunen gesetzt haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben allein für den Schulhausbau und die entsprechenden Renovierungen sowie Generalsanierungen 265,6 Millionen Euro und für die Krankenhausfinanzierung - ein wichtiger Bereich, bei dem unsere Kommunen und die Gesundheit unserer Bevölkerung Unterstützung finden - 500 Millionen Euro zugesetzt. Die Investitionspauschale, die es den Kommunen ermöglicht, selbst zu entscheiden, welche Schwerpunkte sie setzen möchten, wurde auf 173,3 Millionen Euro

festgelegt. Die ÖPNV-Investitionen - auch das ist uns ein großes Anliegen unserer Kommunen - betragen 187,7 Millionen Euro. Für den Bereich Umweltschutz, Abwasserversorgung, Abwasserentsorgung sind 141,9 Millionen Euro vorgesehen, für den Straßenbau - auch das ist ein sehr wichtiger Bereich, der auf die Infrastruktur in den einzelnen ländlichen Gebieten wirkt - 155 Millionen Euro und den Straßenbauunterhalt 264 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Stärkung der kommunalen Verwaltungshaushalte war ein weiterer wichtiger Schwerpunkt, nachdem die Schlüsselzuweisungen um 127,7 Millionen Euro auf insgesamt 2,512 Milliarden Euro zurückgegangen sind. Aus dem Verbundtopf wurde dieser Rückgang abgefedert, zum einen durch die Erhöhung des Anteils am allgemeinen Steuerverbund, zum anderen mit weiteren staatlichen Mitteln in Höhe von 29,3 Millionen Euro.

Für den Sozialhilfeausgleich, den unsere Bezirke bewältigen müssen, haben wir zusätzlich 6 Millionen Euro draufgelegt. Damit stehen 583,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Bei der Schülerbeförderung haben wir 6 Millionen Euro zugelegt, da die große Unterstützung von 60 % sichergestellt werden muss. Das ist ein wichtiger Beitrag für die Kommunen, aber auch für die Sicherheit unserer Kinder.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Hieraus ist klar zu ersehen, dass der Freistaat Bayern und die christlich-liberale Koalition starke Verbündete der Kommunen sind. Das wissen unsere Kommunen. Diese Vorgaben wurden einheitlich und einstimmig so beschlossen. Wir haben ein sehr enges Abstimmungsverfahren mit den Kommunen, auch dank des neuen Verfahrens, das wir im letzten Monat beschlossen haben.

(Zuruf von der SPD - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Damit haben wir mehr Transparenz und können zusammen mit den Kommunen einen guten Finanzausgleich vornehmen. Das ist hier gelungen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Görlietz. - Als nächster Redner spricht für die Freien Wähler Herr Kollege Pointner. Bitte schön.

Mannfred Pointner (FW): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Staatsminister, ich muss Sie berichtigen. Sie haben pauschal gesagt, dass die Opposition nach der März-Steuerschätzung 2009 einen Nachtragshaushalt gefordert hätte. Da waren wir aber nicht dabei. Vielleicht rechnen Sie uns aber auch gar nicht zur Opposition, das kann auch sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das würde mich bedenklich stimmen!)

Aber vielleicht ändern Sie auch Ihre Meinung nach meiner Rede.

Wir hatten damals anerkannt, dass man mit haushaltsrechtlichen Mitteln diese 700 Millionen Euro Mindereinnahmen in den Griff bekommt. Nach der November-Steuerschätzung sieht das für 2010 anders aus. Es gibt 1,5 Milliarden Euro an Steuerausfällen plus 200 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich. Als ich mir den Nachtragshaushalt angeschaut und gesehen habe, wie Sie dieses Defizit ausgleichen, gab es schon eine gewisse Bewunderung, was Sie da alles machen. Allerdings ist diese Bewunderung dann gleich in ein großes Missfallen umgeschlagen, als ich gesehen habe, dass Sie Etikettenschwindel betreiben und Sie diesen Haushalt nur ausgleichen,

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

weil Sie die Lasten in die kommenden Jahre verschieben und Hypotheken für die kommenden Jahre aufnehmen. Sie sollten also nicht immer so tun, als ob wir in Bayern einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung hätten, obwohl wir im Jahr 2010 Geld ausgeben werden, das in den nächsten Jahren zurückgezahlt werden muss oder sogar kommende Generationen belastet.

Ich darf einige Beispiele nennen. Herr Kollege Halbleib hat schon einiges dazu gesagt. Ich darf das noch einmal verdeutlichen.

Zunächst zur Entnahme der Restrücklage. Das waren 368 Millionen Euro. Dazu muss man wissen, dass wir Anfang 2009 noch eine Restrücklage in Höhe von 4 Milliarden Euro hatten, die in den Jahren 2009 und 2010 vollständig verbraucht worden ist. Offenbar haben Sie aber doch noch irgendwelche Rücklagen gefunden. Ich war ganz erstaunt, dass Sie nun 200 Millionen Euro aus einer Sonderrücklage entnehmen. Diese Sonderrücklage wurde für die Folgekosten aus der "Offensive Zukunft Bayern" angelegt. Diese 200 Millionen Euro haben Sie jetzt herausgenommen. Entweder gibt es nach Ihrer Meinung keine Folgekosten mehr, dann hätten Sie diese Sonderrücklage auch im Sinne der Haus-

haltswahrheit nicht in einer Sonderrücklage anlegen dürfen, oder wenn es doch Folgekosten gibt, fehlt Ihnen das Geld in den Jahren, in denen diese Folgekosten anfallen, und Sie müssen es anderweitig finanzieren.

Eine weitere Hypothek für die Zukunft ist die Ablieferung vom Grundstock in Höhe von 480 Millionen Euro. Dieses Geld muss spätestens 2016 zurückgezahlt werden. Dabei steht noch die Frage, wie Sie mit den Zinsen dafür umgehen. Es entgehen Ihnen ja Zinsen für diese Mittel, weil diese Grundstockmittel angelegt sind und Sie dafür zumindest Bankzinsen bekommen hätten. Tatsächlich aber, ob mit oder ohne Zinsen, belastet dieser Betrag den nachfolgenden Haushalt. Das ist insbesondere deswegen prekär, weil 2016 die Schuldenbremse gilt und eine Nettoneuverschuldung dann nicht mehr möglich ist. Aber vielleicht haben Sie noch irgendein Hintertürchen: Sie nehmen noch mehr Geld auf, oder es gibt noch andere Beträge in diesem Grundstock, die man entnehmen könnte. Es wäre für uns ganz interessant, einen Gesamtüberblick über den Grundstock zu erhalten, um für die Zukunft abklären zu können, was hier noch alles gespielt werden kann.

Weiterhin wollen Sie im Nachtragshaushalt 35 Millionen Euro weniger in den Versorgungsfonds einzahlen. Dieser Versorgungsfonds ist von Ihnen gesetzlich festgelegt worden, aber Sie weichen schon ganz am Anfang davon ab. Sie leisten nur noch den Mindestbetrag von 70 Millionen Euro und verschieben die Lasten wiederum in die Zukunft. Jeder weiß, dass die zukünftige Versorgung der Beamten schon jetzt eine gewaltige Last für den Staat ist, die sich noch weiter vergrößern wird.

Das Nächste sind die Haushaltssperren, die Ihnen Minderausgaben von 280 Millionen Euro für 2010 bringen sollen. Haushaltssperren sind zwar geeignete Mittel, kurzzeitig Mehrausgaben oder Mindereinnahmen in einem Haushalt auszugleichen, aber auf Dauer widersprechen Haushaltssperren wiederum der Wahrheit und Klarheit des Haushalts. Nachdem ich davon ausgehe, dass das Finanzministerium zusammen mit den anderen Ministerien die Ansätze für diese Ausgaben gewissenhaft veranschlagt, ist es unausweichlich, dass in den nächsten Jahren vermehrt Mittel nötig sein werden, um die aufgeschobenen Maßnahmen, Anschaffungen, Reparaturen usw., durchführen zu können. Also auch hier wieder eine Belastung für die Zukunft.

Das Letzte, was ich noch nennen will, was aber Ihre Dreistigkeit, von einem ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung zu sprechen, auf die Spitze treibt, ist der Versuch, die 231 Millionen Euro, die Sie von der Landesbank als Zinsen für Ihre stille Einlage erwartet haben, die Sie aber wegen der EU-Vorgaben nicht bekommen, entweder durch eine Rückführung der stillen

Einlage oder durch eine Erhöhung der Garantiegebühr wieder hereinzuholen. Wir alle wissen, dass diese 10 Milliarden Euro über Kredite finanziert worden sind und dass diese 10 Milliarden Euro praktisch an die Landesbank weitergeleitet wurden. Sie wollen davon einen Teil zurücknehmen. Das Gleiche gilt für die 4,8 Milliarden Euro für die Garantie, die Sie übernommen haben. Wenn die Zahlung dieser 4,8 Milliarden Euro erforderlich werden sollte, was wir alle nicht erwarten, müsste sie auch über Kredite finanziert werden. Damit haben Sie wieder kreditfinanzierte Teile in den allgemeinen Haushalt zurückgenommen. Wenn das keine Kreditaufnahme im eigentlichen Sinne ist, dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Sie diese 10 Milliarden Euro schon im letzten Jahr aufgenommen haben; denn Sie behandeln ja diese Angelegenheit mit der Landesbank in dem Kapitel 13 60 als eine Art Sonderhaushalt, der mit den anderen Haushalten nichts zu tun hat, weil Sie ja ständig von den ausgeglichenen Haushalten der letzten Jahre sprechen. Sie suggerieren damit, dass sich dieser Sonderhaushalt von selber trägt und irgendwann einmal durch Rückzahlungen aus der Landesbank ausgeglichen werden kann. Wer die Situation betrachtet und vor allen Dingen die 3,75 Milliarden Euro sieht, die wir jetzt irgendwie nach Kärnten geleitet haben, der wird dann schon sehen, dass eine Rückzahlung dieser 10 Milliarden Euro wohl nicht so leicht eintreten wird.

Wenn man jetzt auch noch betrachtet, dass Sie im nächsten Jahr vorsorglich 800 Millionen Euro, im Finanzplan zumindest, eingelegt haben, um eventuelle Inanspruchnahmen der Garantie auszugleichen, dann widerspricht dies einem ausgeglichenen Haushalt umso mehr.

Als Fazit kann ich nur sagen: Der Nachtragshaushalt 2010 ist nur scheinbar ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung. Tatsächlich werden fast 1 Milliarde Euro in diesem Haushalt eingestellt, die Sie sich zulasten nachfolgender Haushalte und, wie ich schon gesagt habe, teilweise nachfolgender Generationen geleistet haben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden aber trotz dieser vor allem durch das Desaster bei der Landesbank verursachten schwierigen Haushaltslage Anträge zu diesem Haushalt stellen, Anträge, die auch Geld kosten werden, und zwar vor allem auch deswegen, weil es draußen nicht zu vermitteln ist, dass 10 Milliarden Euro für die Landesbank gebraucht werden und jährlich mehrere hundert Millio-

nen Euro an Zinsen zu zahlen sind und dass deswegen Maßnahmen für unser Land unterbleiben sollen.

Im Besonderen ist es auch nicht vermittelbar, dass wir 3,75 Milliarden Euro wegen dieser skandalösen Vorgänge beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria in den Sand gesetzt haben und damit eben auch die Rückführung der Schulden der Landesbank an den Staat, vereinfacht gesagt, erschwert wird.

Wir werden Anträge stellen. Wir haben uns auch Gegenfinanzierungsvorschläge überlegt, die Ihnen zwar nicht gefallen werden, die aber sofort Geld in die Kasse des Landes spülen werden, sodass damit einiges von den vorgesehenen Ausgaben finanziert werden könnte.

Als Erstes: Verzichten Sie auf die dritte Start- und Landebahn am Flughafen und fordern Sie die 250 Millionen Euro Darlehen plus die nicht gezahlten Zinsen aus den letzten 25 Jahren für das Gesamtdarlehen von ursprünglich annähernd 650 Millionen Euro zurück!

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sie haben damit mehr als 1 Milliarde Euro für wichtige Investitionen im Lande zur Verfügung. Nachdem die Flughafengesellschaft erklärt hat, dass sie die 2,5 Milliarden Euro Kosten für den Bau der dritten Bahn und der sonstigen dazu notwendigen Anlagen, beispielsweise des Satelliten, der praktisch als drittes Terminal eingebaut werden muss, selbst finanzieren könnte, dürfte es wohl auch möglich sein, 1 Milliarde Euro oder mehr an den Freistaat und die anderen Gesellschafter zurückzuzahlen.

Meine Damen und Herren, es ist auch nicht einsehbar, dass notwendige Verkehrswege, die die Luftfahrt braucht, aus allgemeinen Steuermitteln mitfinanziert werden, während zum Beispiel beim Straßenverkehr die Wege von den Nutzern selbst finanziert werden. Sie haben vor Kurzem in der Presse gelesen, dass die Einnahmen aus den Steuern, die die Straßenverkehrsteilnehmer zahlen, bei Weitem ausreichen, um diese Verkehrswege zu finanzieren. Der Luftverkehr zahlt keine Steuern für Kerosin. Er ist damit gegenüber anderen Verkehrsmitteln stark bevorzugt. Sie werden wahrscheinlich gleich auf das aktuelle Gutachten verweisen. Das habe ich schon gelesen: Ich sehe keinen direkten Zusammenhang zwischen diesem Gutachten und den heute von der Flughafengesellschaft veröffentlichten Prognosen, dass damit der Bedarf schon gewährleistet wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

- Danke, Herr Magerl. - Es sind nur Wachstumszahlen genannt, wobei Bayern ganz gut dasteht. Aber andere Länder, aus denen die Zubringerflüge kommen, wie

Südosteuropa oder Italien, werden weitaus weniger Wachstum verzeichnen. Wenn Sie sich die Gutachten genau anschauen, so erkennen Sie, dass es in unserer Region - natürlich wünsche ich mir, dass wir Wachstum haben werden - nicht zu einem weiteren Bedarf für die dritte Startbahn kommen wird. Die Fluggäste, die aus unserer Gegend kommen, werden durch eine dritte Bahn auch nicht mehr.

Eines sollte man auch einmal ganz deutlich sagen: Dieser Flughafen hat auch ohne diese dritte Bahn noch erhebliche Wachstumspotenziale und könnte nach dem jetzigen Stand mindestens weitere 100.000 Bewegungen und mindestens 15 Millionen Passagiere bewältigen, was noch einmal 10.000 Arbeitsplätze für unsere Region brächte. Der Flughafen München gehört jetzt schon zu den größten in Europa. Er hat eine höhere Kapazität - auch das ist nicht sehr bekannt - als derzeit Frankfurt. In Frankfurt werden immerhin 500.000 Bewegungen bei 50 Millionen Passagieren abgewickelt.

Der weitere Ausbau mit einer dritten Bahn dient dem Größenwahn, den größten oder einen der größten Flughäfen in Europa zu haben. Das ist genau derselbe Größenwahn, der sich bei der Planung des Transrapid oder beim unseligen Kauf der Hypo Alpe Adria oder beim Kauf der wertlosen amerikanischen Schrottpapire gezeitigt hat.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich kann Ihnen garantieren, dass die 2,5 Milliarden Euro, die für den Ausbau des Flughafens vorgesehen sind, sollte er durchgeführt werden, auch zulasten der bayerischen Steuerzahler gehen werden - über die Milliarden von Euro hinaus, die bisher in den Flughafen gesteckt worden sind.

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich an die Debatten zum Doppelhaushalt 2009/2010 im letzten Jahr. Sie haben sowohl in den Ausschüssen als auch im Plenum bei allen Vorschlägen der Opposition immer nach der Gegenfinanzierung gefragt. Erstaunlicherweise spielt diese Frage der Gegenfinanzierung bei der Steuerdebatte vor und nach der Bundestagswahl keine Rolle mehr.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann mich noch an eine Aussage des Ministerpräsidenten erinnern. Bei der Diskussion zur Finanzierung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes hat er schlicht und einfach gesagt: Wenn wir uns die 400 Millionen Euro Mindereinnahmen nicht leisten können, dann können wir gleich zumachen. - Dass diese Änderung der Steuergesetze natürlich auch zulasten der

Kommunen geht, und zwar erheblich, das ist übersehen worden. Man hat, wie auch in anderen Fällen, Verträge bzw. Gesetze zulasten der Kommunen gemacht.

Von den Damen und Herren Kollegen, die vor mir gesprochen haben, wird immer wieder behauptet, dass sich alles tragen und alles wieder reinkommen würde. Dazu ein Hinweis: Alle ernst zu nehmenden Finanz- und Wirtschaftswissenschaftler, aber auch Politiker wie Ihr geschätzter ehemaliger Bundesfinanzminister sagen deutlich, dass sich Steuerermäßigungen nur bis 30 %, höchstens bis zu 50 % refinanzieren ließen. Natürlich, um das klarzustellen, treten auch wir für Steuererleichterungen ein, aber bei allen diesen Maßnahmen muss das gesamtwirtschaftliche Gefüge im Fokus bleiben. Wenn auf der anderen Seite aufgrund der Steuermindereinnahmen die Investitionen nicht getätigt werden können, zum Beispiel zusätzliche Belastungen für Familien mit Kindern entstehen oder die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes beeinträchtigt wird, dann überwiegen die Nachteile gegenüber den Vorteilen.

Die Fraktion der Freien Wähler wird deshalb gezielt zum Nachtragshaushalt einige Änderungsanträge stellen, die genau in diese Richtung gehen - aber das ist keine Prioritätenliste -: Erstens, die Kommunen zu unterstützen, um Investitionen zu fördern und zusätzliche Belastungen von den Familien fernzuhalten; zweitens, Investitionen in die Bildung zu tätigen; drittens, die ländlichen Räume zu stärken, um die fortschreitende Ungleichbehandlung von verschiedenen Landesteilen zu stoppen; und viertens, die Familien nachhaltig zu stärken. Das alles und noch einiges mehr - ich werde nicht alles aufzählen; denn wir werden noch öfter Gelegenheit haben, über diesen Nachtragshaushalt zu sprechen - ist für die Zukunft unseres Landes unabdingbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Görlitz, trotz Ihrer positiven Aussagen muss ich Ihnen entgegenhalten: Den Kommunen stehen schwere Zeiten bevor. Das können Sie täglich der Presse entnehmen. Das höre ich auch bei zahlreichen Gesprächen mit Bürgermeistern, mit Land- und mit Bezirksräten. Und offenbar hat das inzwischen auch der Herr Ministerpräsident erkannt. Denn er sagt, man müsse den Kommunen helfen und gemeinsam mit dem Bund etwas tun. Aber zwischen Erkennen und Handeln ist ein weiter Weg.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Schon bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich war erkennbar, wie die Lage der Kommunen ist und wie sie sich weiterentwickelt. Doch man ist den Kommunen nicht entgegengekommen. Sie sagen, der Finanzausgleich liege mit circa 80 Millionen Euro weniger noch einigermaßen im Rahmen. Sie haben aber völlig über-

sehen, dass die Kommunen gewaltige Einbrüche bei der Einkommensteuer und bei der Gewerbesteuer verzeichnen. Im Finanzausgleich haben sie aber zunächst nichts zu tun. Diese rühren zum einen von der Wirtschaftskrise, zum anderen aber auch von den Steuerrechtsänderungen der letzten Monate und Jahre her. Das Entlastungsvolumen bei der Lohn- und Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer liegt im Vergleich zum Jahr 2008 bei annähernd 30 Milliarden Euro, was heute schon genannt wurde. Bei der Lohn- und Einkommensteuer sind die Gemeinden mit 15 % beteiligt. Dazu kommen auch noch die Änderungen bei der Gewerbesteuer. Das führt dazu, dass die bayerischen Städte und Gemeinden schon im Jahr 2009 circa 1 Milliarde Euro weniger eingenommen haben. Im Jahr 2010 werden es zwischen 1,5 und 2 Milliarden Euro sein. Diese geringeren Einnahmen führen auch dazu, dass die Umlagekraft der Gemeinden absinkt, was wiederum eine Spirale in Gang setzt, weil die Landkreise eine höhere Umlage erheben müssen, um die Leistungen erbringen zu können. Dann werden die Bezirke die Umlagen anheben müssen, was dazu führt, dass die Kreisumlagehebesätze - das ist keine Schauermär, die ich bei den Landkreisen erzähle -, zumindest in Oberbayern, bei 60 Punkten und mehr angekommen sein werden.

Hinzu kommen die ständig steigenden Belastungen durch Sozialausgaben - Sozialhilfe, Behindertenhilfe oder Jugendhilfe - bei den Bezirken und bei den Landkreisen. Für das Jahr 2010 hat man errechnet, dass für die Bezirke statt 580 Millionen Euro, wie es jetzt der Fall ist, 740 Millionen Euro gebraucht werden, um einigermaßen einen Ausgleich herbeiführen zu können. Dazu fehlen 160 Millionen Euro. Und Lücke wird weiter wachsen. Die Bezirke erklären, dass Sozialstandards aufgestellt werden, gegen die man nichts sagen kann, wie in Bezug auf das Personal der Einrichtungen und die Gestaltung der Einrichtungen. Man stellt Standards auf, aber über die Finanzierung wird nicht geredet. Deswegen haben die Bezirke einige Resolutionen erlassen.

Meine Damen und Herren, wir haben zum Finanzausgleich Tabellen von Ihnen, Herr Finanzminister, bekommen, die zeigen sollen, dass es den Gemeinden im Vergleich zum Staat gut geht. Zum einen enthalten diese Tabellen nur Durchschnittswerte, zum anderen sind diese Gemeinden - das muss man immer wieder deutlich sagen - in ein strenges haushaltliches Korsett gezwängt, das es Ihnen nicht ohne Weiteres ermöglicht, Kredite für notwendige Investitionen aufzunehmen. Die Gemeinden müssen, was grundsätzlich richtig ist und was ich nicht kritisiere, ihre Kredite, einschließlich Zins und Tilgung aus den laufenden Einnahmen finanzieren. Ziel aller Gemeinden ist es daher, wegen dieser Vorgaben ihre Schulden möglichst zu reduzieren. Sie verwenden daher im Gegensatz zum

Staat Haushaltsüberschüsse auch zur Tilgung von Schulden und legen in der Regel diese Gelder nicht auf die hohe Kante.

Es hilft jetzt auch nichts, wenn der Innenminister diese haushaltsrechtlichen Regelungen abändern will. Kredite können die Gemeinden nach wie vor nur dann aufnehmen, wenn sie auch in der Lage sind, einen ordentlichen Schuldendienst zu leisten. Es liegt ein gewisser Widerspruch darin, wenn man einerseits für den Staat immer einen ausgeglichenen Haushalt fordert, aber andererseits den Gemeinden sagt, nehmt halt Schulden auf.

Nachdem 65 % aller öffentlichen Investitionen von den Kommunen durchgeführt werden, ist aufgrund der prekären Haushaltslage vieler Kommunen ein erheblicher Rückgang dieser Investitionen zu erwarten. Davon ist vor allem auch die mittelständische Wirtschaft betroffen, die stark von den Aufträgen der Kommunen abhängt.

Dass hoher Investitionsbedarf besteht, haben wir schon am Konjunkturprogramm gesehen, das mehrfach überzeichnet war. Was passiert, wenn die Gemeinden kein Geld haben? Der Ausbau der Krippenplätze ist gefährdet, und die von der Bundesregierung gesetzten Ziele sind infrage gestellt. Die Gemeinden werden bei den Kindergärten die Gebühren erhöhen müssen, weil dort noch einiges an Leistungen der Gemeinden drinsteckt, für die bisher keine Gebühren erhoben wurden. Betroffen sind ferner Gebühren für Einrichtungen wie Schwimmbäder, Sportanlagen und Bibliotheken. Gerade den Eltern mit Kindern wird das Geld wieder aus der Tasche gezogen, das sie durch die Erhöhung des Kinderfreibetrags oder des Kindergeldes auf der anderen Seite eingenommen haben.

Der Rückgang der Steuereinnahmen betrifft alle Gemeinden. Die direkten Auswirkungen sind natürlich unterschiedlich, je nach dem, wie die Steuerkraft dieser Gemeinden ist. Besonders fatal ist für die schwächeren Gemeinden der Rückgang der Schlüsselzuweisungen; gegenüber dem Stammhaushalt sind es 127 Millionen, gegenüber dem letzten Jahr 80 Millionen. Diese Schlüsselzuweisungen kommen vor allem den finanzschwächeren Gemeinden zugute. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Abgeordneten der Regierungsparteien - ich muss das auch einmal sagen - mit ihren Presseerklärungen zur Verteilung der Schlüsselzuweisung auf die Wohltaten des Staates hinweisen. Tatsächlich ist es eben weniger geworden.

Der gemeindliche Anteil am allgemeinen Steuerverbund ist zwar von 11,94 auf 12 % erhöht worden. Das reicht aber bei Weitem nicht aus, um diese vorher genannten Einnahmeausfälle auszugleichen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir werden deshalb wie schon beim Stammhaushalt fordern, dass der Kommunalanteil auf 12,5 % erhöht wird, was auch den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände entspricht. Diese ca. 125 Millionen für die Gemeinden gleichen gerade einmal die Mindereinnahmen aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz aus. Diese Mittel sollen vor allem zur Erhöhung der Schlüsselzuweisungen und der Investitionspauschalen verwendet werden. Das würde dazu führen, dass die Schlüsselzuweisungen zumindest den Stand von 2009 erreichen.

Nach wie vor fordern wir auch, den Anteil am Kfz-Steuererwerb zu erhöhen, um vor allem den öffentlichen Nahverkehr und den gemeindlichen Straßenbau zu stärken. Nach wie vor zu niedrig ist auch der Anteil des Staates an den Schülerbeförderungskosten, selbst wenn jetzt eine geringfügige Erhöhung im Vergleich zu 2009 festgelegt worden ist, die allerdings zum Stammhaushalt 2010 eine Verminderung um 2 Millionen bringt. Die Schülerbeförderungskosten steigen aufgrund der Personal- und Betriebsmittelkosten ständig an, aber auch aufgrund der Zunahme der Zahl der Kinder, die zu den weiterführenden Schulen längere Wege haben.

Zur Unterstützung unserer Familien fordern wir weiterhin ein kostenfreies Kindergartenjahr. Es ist schon erstaunlich, dass sich dies das Land Kärnten von unserem Geld leistet,

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

aber auch andere Bundesländer, die vom Finanzausgleich profitieren - das reiche Bayern jedoch nicht.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Gerade die Förderung der Familien ist einer der Schwerpunkte unserer Politik, und dieses Geld kommt direkt bei den Eltern an, genauso wie das von Ihnen beschlossene Betreuungsgeld.

Ebenso fordern wir nach wie vor die Abschaffung der Studienbeiträge, also eine Regelung, wie sie auch andere Bundesländer und das Land Kärnten praktizieren.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Mit unserem Finanzausgleich!)

- Mit unserem Finanzausgleich: die anderen Bundesländer. Aber bei Kärnten haben wir einen anderen Finanzausgleich gemacht, den sogenannten indirekten Finanzausgleich.

(Beifall bei den Freien Wählern und der FDP)

Wir werden auch weiterhin die Erhöhung der Ausgleichszulage für Betriebe in der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten fordern, um auch hier die Chancengleichheit zu fördern und vor allem die kleinstrukturierte Landwirtschaft in unserem Alpen- und Voralpengebiet zu erhalten. Wir wissen alle, dass dies zum Erhalt unserer Landschaft dringend notwendig ist.

Ein besonderes Anliegen ist uns die regionale Wirtschaftsförderung. Dabei legen wir insbesondere darauf Wert, dass die Breitbandinitiative des Freistaats endlich zum Erfolg geführt wird. Jetzt sind all diejenigen Minister nicht da, die ich ansprechen wollte. Den Zukunftsprognosen zufolge werden wir vor allem in den Landkreisen im Osten und im Nordosten unseres Landes erhebliche Bevölkerungseinbußen hinnehmen müssen. Das sieht man jetzt schon am Rückgang der Bevölkerung in einzelnen Landkreisen. Hauptgrund für diese Rückgänge ist vor allem das Fehlen von Arbeitsplätzen. Vordringliches Ziel unserer Landespolitik muss deshalb sein, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dort Arbeitsplätze erhalten und weiter ausgebaut werden.

Ich möchte noch einmal - es ist ein Lieblingsthema von mir - auf den Flughafen zurückkommen: Es ist sinnvoller, die Milliarden, die für den weiteren Ausbau des Flughafens benötigt werden, in diese Randgebiete zu stecken, weil sich sonst einstellt, was jetzt schon zu sehen ist, dass nämlich die Bevölkerung in die Ballungsräume abwandert und das Fortbestehen dieser Gemeinden, die Heimatgemeinden dieser Leute, infrage gestellt wird. Die Gemeinden aber, in die die Leute zuwandern, haben mit der Aufnahme dieser Menschen Probleme mit der Infrastruktur.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

Das Ungleichgewicht der Entwicklung in Bayern wird gesteigert, wenn man alles in die Ballungsräume investiert.

Grundsätzlich zu begrüßen - also einmal etwas Positives - ist das Sonderprogramm für Nürnberg/Fürth, für das heuer 26 Millionen Euro ausgewiesen werden. Allerdings muss man auch sagen, dass die Strukturprobleme in dieser Region schon seit Längerem bestehen, nicht erst seit der Insolvenz von Quelle. Es hätte also bereits früher Anlass gegeben, hierfür Programme aufzulegen.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

Normalerweise macht man bei solch einer Haushaltseinbringung auch einen Ausblick in die Zukunft. Wenn ich in den Finanzplan schaue, sehe ich ein großes

schwarzes Loch. Das hat jetzt nichts mit politischer Couleur zu tun, sonst müsste ich schwarz-gelbes Loch sagen. Aber was die 3,4 Milliarden Konsolidierungsbedarf betrifft, die hier bestehen, meine ich, warten wir einmal die Mai-Steuerschätzung ab.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Ein Licht am Ende des Tunnels!)

Ich denke aber, da wird es nicht viel besser ausschauen, wenn wir auch hoffen, dass es besser wird. Das ist nicht nur in Ihrem, sondern auch in unserem Sinne. Es sind schon Spekulationen im Gange, wie dies der Finanzminister ausgleichen wird. Man hat schon drei Bereiche ins Auge gefasst, etwa die Kommunen, den Personalaufwand und Investitionen. Das sind also alles Dinge, die eigentlich nicht angetastet werden sollten. Gerade beim Personalaufwand entsteht durch die Abschaffung der 42-Stunden-Woche und Umwandlung in die 40-Stunden-Woche ein Mehraufwand. Ich kann mir nicht vorstellen, wie Sie da Einsparungen vornehmen wollen.

Ich komme zum Schluss. Ob wir diesem Haushalt zustimmen werden - das möchte ich heute noch nicht ausschließen -, werden wir natürlich davon abhängig machen, was Sie mit unseren Anträgen machen, ob Sie endlich auch einige Anträge akzeptieren, die sinnvoll und vernünftig sind, obgleich dies für alle Anträge zutrifft. Ich gehe nicht so weit wie der Kollege Halbleib, der gleich einen neuen Haushalt fordert. Ich glaube, das kriegen wir nicht hin. Vielleicht macht es der Finanzminister, weil er Ihnen einen Gefallen tun will. Ich will das nicht. Wir werden uns mit diesem Haushalt auseinandersetzen und in den Ausschüssen noch einige Diskussionen - auch in Bezug auf den Beschluss zum Haushalt - führen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Mütze hat sich schon auf den Weg gemacht, und das ist auch gut so. Er hat das Wort.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein großer Entwurf sieht anders aus. Herr Minister, ich denke, das wissen Sie auch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was hätte man denn von diesem Nachtragshaushalt erwarten können? - Man hätte einen Fingerzeig erwarten können, wie es in Zukunft vor dem Hintergrund der Finanzkrise weitergehen soll. Man hätte den Beginn einer Strategie erkennen wollen, wie man mit zwei Milliarden struktureller Verschuldung pro Jahr in den kommenden Jahren umzugehen gedenkt, eine Antwort

darauf, ob man Schulden machen will oder soll, um die vor uns liegenden Aufgaben schultern zu können, eine Antwort darauf, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie es mit den Haushalten in den nächsten Jahren überhaupt weitergehen soll, jetzt, nachdem wir doch keine Rücklagen mehr haben, nachdem die Privatisierungserlöse komplett aufgebraucht sind bis auf einen Teil, den uns der Minister im Lauf dieses Haushaltsjahres sicher einmal nennen wird, und die Kosten der BayernLB vor der Tür stehen. Zudem soll in fünf Jahren die Schuldenbremse greifen, die uns verbieten wird, Schulden aufzunehmen. Herr Minister, vor diesem Hintergrund reden Sie von soliden Grundlagen. Ich meine: Solide Grundlagen sehen anders aus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

All das, was ich jetzt aufgezählt habe, Herr Minister, hätte man erwartet, zumindest einen Hinweis darauf, wie die Probleme in Zukunft angepackt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nichts davon ist zu finden. Auch in seiner Einbringungsrede hat uns der Minister nur die altbekannten Lobhudeleien vorgetragen, die wir schon seit Jahren hören, dass sowieso alles gut ist, immer besser wird und nichts zu kritisieren sei. Statt der erwarteten Hinweise haben Sie uns erzählt, dass das Prinzip Hoffnung regiert. Gut, die Hoffnung stirbt zuletzt, heißt es. Von einem Finanzminister erwarte ich aber doch schon so etwas wie ein Konzept dafür, wie er seinen Haushalt in den nächsten Jahren durch die Krise führen will. Hoffnung heißt bei Ihnen doch nur, dass Sie auf Hilfe von außen setzen; von irgendwoher soll Hilfe kommen. "Von außen" heißt in Ihrem Fall: Sie setzen auf Steuermehreinnahmen. Sie hoffen, dass die Konjunktur anspringt, dass die Menschen das viele Geld, das sie jetzt durch Schwarz-Gelb im Bund angeblich in der Tasche haben werden oder haben sollen oder bald nicht mehr haben, weil die Gesundheitskosten höher werden, ausgeben können. Sie hoffen, dass das Wirtschaftswachstum so groß wird, dass es uns hilft, unsere Defizite zu finanzieren.

Herr Minister, wie viel bringt Bayern ein Prozent Wirtschaftswachstum? - 300 Millionen Euro? 500 Millionen Euro? Sie haben selbst, Kollege Halbleib hat es schon einmal aufgezählt, ein strukturelles Defizit in den nächsten drei Jahren in Höhe von 8 Milliarden eingeräumt. 8 Milliarden! Überlegen Sie einmal, welches Wirtschaftswachstum wir bräuchten, um das ausgleichen zu können. Sechs Prozent? Sieben Prozent? Dazu ein Kommentar aus der "FAZ" vom 27. Dezember 2009:

Um allein die Kosten des bizarren Wachstumsbeschleunigungsgesetzes zu kompensieren, wäre ein Wirtschaftswachstum von sieben Prozent nötig. Die reine Fiktion!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie wissen doch ganz genau, wann wir in Deutschland das letzte Mal ein Wachstum von über fünf Prozent hatten. Das war in den Jahren der Wiedervereinigung, 1989 und 1990, da waren es etwa um die fünf Prozent. Als es zum letzten Mal ein Wirtschaftswachstum von über sieben Prozent gab, Herr Minister, da sind wir beide, Sie und ich, gerade einmal in den Kindergarten gegangen; das war 1969, das war in den Wirtschaftswunderjahren. Ich glaube nicht, dass dieses Prinzip eine Grundlage ist, auf die man in den nächsten Jahren die Haushalte bauen kann.

Bleiben wir beim Wachstum. Da gibt es seit Dezember dieses Gesetz, das ich gerade erwähnt habe. Im Dezember haben Sie uns lang und breit erklärt, warum das kommen muss und warum unbedingt Steuern gesenkt werden müssen, um Wachstum zu kreieren: damit die Menschen mehr Geld im Portemonnaie haben. "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" haben Sie das genannt. Die Medien haben schnell durchschaut, worum es dabei ging; da war schnell die Rede von "Wahnsinnsbeschleunigungsgesetz" und von "Schuldenbeschleunigungsgesetz". Genau das trifft es. Herr Minister, Sie haben nämlich vergessen - oder Sie wollten es nicht hören oder Sie haben es einfach nicht erkannt -, dass uns hier in Bayern mit Ihren Steuersenkungsplänen Geld gestohlen wird - ich muss es so hart sagen -, das unser Haushalt dringend gebraucht hätte. Sie hatten schon vier Milliarden Steuermindereinnahmen, und Sie haben uns zusätzlich 360 Millionen Euro im Dezember geklaut, einfach so, und noch zusätzlich 300 Millionen Euro den Kommunen, die ohnehin schon stöhnen. Frau Kollegin Kamm wird dazu noch etwas sagen.

Nennen Sie das nachhaltige Finanzpolitik - Einnahmen wissentlich verringern und auf die Hoffnung setzen? Auch hier weiß die "FAZ": "Jeder weiß, dass sich die Steuergeschenke nicht selbst finanzieren werden, sie sind nichts anderes als Raub an unseren Enkeln." Sie haben also nicht nur den aktuellen Haushalt massiv geschädigt, sondern auch noch die Zukunft unserer Kinder verspielt, weil die natürlich die Schulden finanzieren dürfen. Aber Hauptsache, Sie haben nebenbei noch eine Lobby bedient. Ich liebe die "FAZ" für ihre Kommentare; leider ist der Herr Ministerpräsident nicht mehr da. Die Medien wissen, warum das so kommen musste:

Horst Seehofer setzte es durch in Berlin, offensichtlich, weil er damit irgendwas bei irgendwem absahnen kann. Irgendjemand hat den Nutzen. Der Schaden wird auf den Rest verteilt.

Danke, sagen die Hoteliers und streichen die eine Milliarde Förderung ein. Danke, sagen die Geschäftsrei-

senden, die ihr Frühstück jetzt zum Teil selbst zahlen müssen. Danke, sagen die Finanzämter, die jetzt noch mehr Arbeit haben, weil sie die Frühstückskosten nicht mehr so einfach wie früher abrechnen können. Reiner Bürokratieaufbau ist das.

Bürokratieabbau ist eine Aufgabe für Herrn Stoiber. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie meinen, ihm immer noch sein Europabüro finanzieren zu müssen. Ich habe heute ein Interview mit ihm gelesen, aus dem hervorgeht, dass er jetzt noch wichtiger wird und noch mehr Aufgaben übernehmen muss. Der Bayerische Staat finanziert ihm diese Aufgaben. Das kann es doch nicht sein! Gleichzeitig soll auch noch das Büro von Herrn Beckstein aufgestockt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit muss Schluss sein. Wer uns in Großmannssucht in Kroatien in das Abenteuer Hypo Alpe Adria gejagt hat, wer uns dort in die Miesen geritten hat und als Verwaltungsrat nicht aufgepasst hat, der muss zu einer Konsolidierung des Staatshaushaltes beitragen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und kann von uns nicht erwarten, dass wir ihm noch seine Arbeit finanzieren. Damit muss Schluss sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir bei der BayernLB. Herr Minister, Sie haben jetzt zum fünften Male in Folge behauptet, dass es netto null Neuverschuldung gibt. Habe ich da irgendetwas verpasst, oder haben Sie da ein Kurzzeitgedächtnis, Herr Minister? Haben Sie 2008 schon vergessen: zehn Milliarden Neuverschuldung wegen der BayernLB?

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sie argumentieren, das gehöre nicht zum Haushalt und belaste uns nicht. Das belastet uns sehr wohl, Herr Minister, auch wenn Sie das verschleiern wollen. Sie ziehen durch die Lande und erzählen - auch bei uns in Aschaffenburg, beim Neujahrsempfang der CSU -, dass wir die Hypo Alpe Adria jetzt los sind und damit die Probleme gelöst haben. Das stimmt eben so nicht.

Herr Minister, wie finanzieren Sie denn die Fonds, die einmal aus dem Eigenkapital der Landesbank gespeist wurden, den Denkmalschutzfonds, den Altlastensanierungsfonds, den Naturschutzfonds? Wie finanzieren Sie die Kosten für die Abschirmung der Risiken der LB in den nächsten Jahren? Wie finanzieren Sie die fehlende Dividende? Wie finanzieren Sie die fehlenden Zinszahlungen? Die sollten ja durch Gebühren ersetzt

werden. Das wird Ihnen die EU nicht erlauben. Woher kommt das Geld?

Ich stelle fest, Herr Minister: Uns liegt zum heutigen Tage ein unterfinanzierter Haushalt vor. Sie müssten eigentlich schon jetzt den nächsten Nachtragshaushalt mit Schulden vorlegen, wenn Sie wirklich ehrlich wären.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Einmal geben Sie zu, dass Sie Schulden machen müssen. Sie haben für 2011 schon jetzt 810 Millionen für die Kosten der LB eingestellt, wovon Sie sagen, das werden Sie finanzieren müssen. Dass das reichen wird, glauben Sie nicht und ich auch nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hätten, wie gesagt, Hinweise darauf erwartet, wie man auf zukünftige Anforderungen reagieren will. Wie aber agieren Sie in diesem Nachtragshaushalt? - Wie in den letzten Jahren, klein-klein, ein bisschen mehr hier, ein bisschen weniger da, Gießkannenprinzip - das kennen wir schon -, Haushaltssperre von zehn Prozent bei den Sachausgaben und Verwaltungsausgaben, Verschiebung von zugesagten Stellenhebungen. Das schätzen die Beamten, nachdem sie sich natürlich über die Rückführung ihrer Arbeitszeit auf die 40-Stunden-Woche gefreut haben, die in den Jahren 2012 und 2013 kommen soll. Liebe Beamtinnen und Beamte, ich werde Sie in zwei oder drei Jahren daran erinnern. Vielleicht wird Ihnen dann der Finanzminister sagen müssen, dass er sich das nicht leisten kann. Das wären 2.500 Stellen mehr. Ich bin gespannt, wie er die in diesem Zeitraum finanzieren will.

Herr Minister, Sie selbst haben Herrn Kollegen Halbleib auf seine mündliche Anfrage geantwortet, bezüglich neuer Projekte gebe es keine Spielräume mehr. Schauen Sie einmal in Ihren Haushaltsentwurf hinein. Dort sind neue Projekte zu finden, zum Beispiel das Kongresszentrum in Altötting. Ist es eine Aufgabe des Freistaates Bayern, ein Kongresszentrum zu mehr als 60 %, mit insgesamt neun Millionen Euro, zu fördern? Nein. Ist es Aufgabe des Freistaates, einem ehemaligen CSU-Granden für diesen Zweck ein teures Grundstück abzukaufen? Nein. Ist es Aufgabe der Staatsregierung, für Agro-Gentechnik zu werben? Nein. Ich dachte immer, die Staatsregierung sei gegen Agro-Gentechnik?

Ist es Aufgabe des Freistaates, den Nahluftverkehr zu fördern? Wir Unterfranken haben große Flughäfen in Frankfurt und in Nürnberg. Wir haben außerdem Geschäftsflughäfen in Großostheim und Haßfurt. Warum braucht Giebelstadt einen ausgebauten Flughafen?

Interessant finde ich, was Sie, Herr Minister, als Ihre Aufgabe ansehen. Als es um die Frage ging, wo Ein-

sparungen im Haushalt möglich sind, sind Ihnen als erstes die Rückstellungen zum Pensionsfonds für die Beamten eingefallen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor drei Jahren haben wir eine große Debatte über die Frage geführt, ob wir einen Pensionsfonds aufbauen sollten oder nicht. Einige Kollegen haben gemeint, dies mache keinen Sinn, solange wir Schulden hätten. Schließlich haben wir uns entschieden, diesen Pensionsfonds anzulegen, um die drohenden Pensionslasten zumindest untertunneln zu können.

Der erste Sparvorschlag, der Ihnen eingefallen ist, war, diesen Pensionsfonds um 35 Millionen Euro zu kürzen. Herr Ministerialdirigent Hüllmantel musste diese Maßnahme gestern im Ausschuss begründen. Als er das vorgelesen hat, hat er sich gewunden. Die Begründung muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sei gestört, deshalb sei diese Maßnahme nötig und möglich. Das glaube ich ihm. Aber Herr Minister, was stimmt denn jetzt eigentlich? Ist das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört oder steht der Haushalt auf einer soliden Grundlage, wie Sie uns das gerade erzählt haben?

Eines ist an dieser Geschichte noch perfider: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, wenn es stimmt, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist, warum haben Sie dann nicht auf die 39 Millionen Euro Spielgeld verzichtet, die Sie zur eigenen Verfügung haben? Der Verzicht auf dieses Geld wäre ein Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger gewesen. Damit hätten Sie klar gemacht, dass Sie sparen und dieses Geld nicht ausgeben wollen. Das wäre eine Einsparung im Haushalt gewesen. Davon habe ich von Ihnen jedoch noch nichts gehört. Vielleicht kommt noch ein entsprechender Einsparvorschlag von Ihnen. Zugegeben: Diese Mittel lagen im letzten Haushalt noch bei 150 Millionen Euro. Aber die Zeiten sind nun einmal schlecht.

Die Maßnahme, die Sie hinsichtlich des Pensionsfonds beschlossen haben, funktioniert relativ einfach. Sie legen diese Kürzung einfach fest. Wir gehen aber davon aus, dass auch die nächsten drei Jahre schwierig werden. Wer sagt uns denn, dass Sie dann keine weiteren Kürzungen vornehmen werden? Die Kollegen der Koalitionsparteien haben uns gestern im Ausschuss gesagt, dass das nie geschehen würde. Wir werden uns das Protokoll dieser Sitzung sehr gut aufheben, damit wir es herausziehen und Sie daran erinnern können.

Was ist in der Haushaltspolitik in den nächsten Jahren nötig? Wir müssen das strukturelle Defizit in Bayern beseitigen. Wir müssen ein weiteres Aufwachsen der Haushalte vermeiden. Wir müssen die Einnahmebasis stabilisieren und dürfen sie nicht selbst schmälern und wissentlich schädigen, wie Sie dies mit dem Wach-

tumsbeschleunigungsgesetz getan haben. Wir dürfen vor allem die Erbschaftssteuer nicht abschaffen, die uns Einnahmen in Höhe von 977 Millionen Euro verschafft, wie Herr Kollege Halbleib ausgeführt hat. Sie ist eine der wenigen Steuern, die in den letzten Jahren aufgewachsen ist. Diese Steuer dürfen wir uns nicht selbst wegnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich müssen wir Ausgaben auf den Prüfstand stellen. Allein der Subventionsbericht, der uns von Ihnen dankenswerterweise zur Verfügung gestellt wurde, weist Summen in Höhe von 2,8 Milliarden Euro aus. Hier müssen wir herangehen. Wir müssen bei unserer Investitionstätigkeit Schwerpunkte setzen und nachhaltig investieren. Wenn GRÜNE von nachhaltigem Investieren reden, wissen Sie, was damit gemeint ist. Wir müssen nachhaltiges Wirtschaften fördern und in Bildung und Köpfe investieren. Die Kolleginnen und Kollegen haben darauf hingewiesen, dass Sie hier kürzen. Sie nehmen Lehrkräfte aus der Hauptschule heraus. Deshalb können Sie nicht sagen, dass Ihnen Bildung wichtig wäre. Wir müssen außerdem in Forschung und nicht in den Straßenbau investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, was Sie mit den genannten 39 Millionen Euro tun werden. Für die Hälfte dieses Geldes werden sich einige Kolleginnen und Kollegen bei Durchschneideaktionen auf einem Foto wiederfinden. Bayern verfügt bereits über 13.000 Kilometer Staatsstraßen. Die Zahl der Schulabbrecher liegt jedoch immer noch bei 6 %. Wir haben zig Klassen mit über 30 Schülern. Verringern Sie die Klassenstärken und sorgen Sie dafür, dass die Schulabbrecherzahl zurückgeht. Sorgen Sie außerdem dafür, dass die genannten 13.000 Kilometer Staatsstraßen gepflegt werden, und sorgen Sie nicht für immer neue Straßenkilometer.

Sie haben in die energetische Sanierung der Gebäude - mit Hilfe des KP II - Milliarden investiert. Das ist eine starke Leistung, die ich nicht verhehlen möchte. Aber wie viele staatliche Gebäude warten in Bayern noch auf ihre Sanierung? Es sind Tausende. Wir warten immer noch darauf, dass Bayern seine Klimaschutzbestrebungen verstärkt. Hier setzen Sie in diesem Nachtragshaushalt keinen Schwerpunkt. Den einzigen großen Ausgabenschwerpunkt haben Sie mit 140 Millionen Euro auf die Kinderbetreuung gelegt. Die Betreuungsquote liegt jedoch nur bei knapp 10 %. Gefordert sind aber 35 %. Herr Minister, das bedeutet, dass uns noch 80.000 Krippenplätze fehlen. Hier hätten wir eher Millionen investieren sollen.

Eine Aufgabe der nächsten drei oder vier Jahre wird das Beenden des "Weiter so" sein. Herr Minister, Sie können nicht mehr so weitermachen wie bisher. Sie haben keine Rücklagen und keine Privatisierungserlöse mehr. Diese Zeiten sind vorbei. Herr Ministerpräsident Stoiber hat das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Herr Ministerpräsident Seehofer tut dies auch. Eine erste Maßnahme wäre zum Beispiel, dem Ministerpräsidenten ein Pflaster auf den Mund zu kleben, damit er keine Versprechungen mehr machen kann, die Sie dann wiederum bezahlen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Anträge zu diesem Haushalt zielen darauf ab, die Investitionen in die richtige Richtung zu lenken. Herr Minister, wichtiger ist aber - das ist Ihnen und Ihrem Haus auch bewusst -, dass wir von Ihnen ein Konzept erwarten, wie wir über die nächsten schwierigen Haushaltsjahre kommen. Ich bin auf die Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen gespannt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die FDP-Fraktion folgt als nächster Redner Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Welt, Europa, Deutschland und Bayern befinden sich in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit über 80 Jahren. Die Ausfuhren sind in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 um 24 % zurückgegangen. Der Auftragseingang ist um über 20 %, in manchen Branchen noch viel intensiver, faktisch weggebrochen, teilweise über Nacht. Die Wirtschaftsleistung ist nach allen Prognosen, die wir heute haben, im Jahr 2009 um 5 % geschrumpft.

Auch wenn die konjunkturelle Talsohle erreicht ist und wir positive Anzeichen haben, ist es doch wichtig festzuhalten, dass diese wirtschaftliche Situation spürbare Auswirkungen auf den bayerischen Haushalt hat. Ich bin verblüfft darüber, dass hier immer wieder der Eindruck erweckt wird, wir seien für diese Wirtschaftskrise verantwortlich. Aus dieser Kritik nehme ich Herrn Kollegen Halbleib ausdrücklich aus. Die geringeren Steuereinnahmen, mit denen der Staat infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise leben muss, sind von außen verursacht worden. Wir müssen damit fertig werden und tun dies auf die bestmögliche Art und Weise. Wir tun dies mit dem Ziel, auch im Jahr 2010 einen ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten.

Das ist eine gute Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger; denn es ist ein Zeichen dafür, dass wir unsere Probleme zunächst aus eigener Kraft stemmen, bevor

wir andere Personen und Beteiligte in die Pflicht nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben für 2010 weniger Steuereinnahmen im Umfang von 1,4 Milliarden Euro zu erwarten. Das ist nicht wenig; das ist eine Reduzierung um 5 %. Wir begegnen dem mit zusätzlichen Maßnahmen, die wir intern stemmen. Es ist richtig, das tut uns teilweise weh und das betrifft auch Gebiete, auf denen wir lieber nicht kürzen würden, aber kürzen müssen. Es geht unter anderem um die Ausdehnung der Sperre bei den sachlichen Verwaltungsausgaben auf eine Zusatzsperre. Auch die sachlichen Verwaltungsausgaben bleiben in dem Umfang gesperrt. Es geht um die Verschiebung der für das Jahr 2010 vorgesehenen kostenwirksamen Stellenhebungen im Rahmen des künftigen Dienstrechts. Die Verschiebung erfolgt vom 01.09.2010 auf den 01.01.2011. Außerdem geht es um den Versorgungsfonds. Auch das wurde schon erwähnt. Wir nehmen diese Teile heraus, um einen ausgeglichenen Haushalt vorzeigen zu können.

(Volkmar Halbleib (SPD): Vorzeigen - das ist gut!)

Wir haben aber die Zusage - das war heute ein wichtiger Beitrag des Finanzministers -, dass die eingeplanten Gelder der Landesbank kommen werden. Das ist ein wichtiges Signal nach außen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben 10 Milliarden Euro in die Hand genommen, um diese wichtige Stützungsaktion durchzuführen. Dafür sind wir kritisiert worden. Wir haben es trotzdem getan, weil wir es als wichtig für Bayern erachtet haben. Jetzt müssen wir aber zusehen, dass nicht weitere Schulden gemacht werden müssen. Hier gilt es, jede Möglichkeit zu nutzen. Ich verstehe nicht, wie Sie von der Opposition den Finanzminister an dieser Stelle kritisieren können.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich möchte zum Thema des ausgeglichenen Haushalts auf eines hinweisen. Sie tun so, als wäre das nur ein Hirngespinnst von uns. Ich wüsste allerdings gerne, wo wir heute stünden, wenn wir die Vorschläge, die Sie in der Diskussion zum Doppelhaushalt eingebracht haben, verwirklicht hätten. Ich nenne nur die Zahlen für 2010. Die Anträge der SPD hatten ein Volumen von 1,3 Milliarden Euro, die Vorschläge der GRÜNEN lagen bei 760 Millionen Euro - da sind übrigens die Vorschläge zum Einsparen schon berücksichtigt - und die Anträge der Freien Wähler bei 934 Millionen Euro. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie uns hier vorwerfen, wir würden keine solide Haushaltspolitik betreiben, dann möchte ich Sie fragen, was bei Ihnen solide Haushaltspolitik wäre.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Klein, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karsten Klein (FDP): Gegen Ende meiner Rede.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte?

Karsten Klein (FDP): Keine Zwischenfrage jetzt.

Zum Staatsstraßenbau haben die GRÜNEN einen sehr netten Vorschlag gemacht. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, wenn Sie den Leuten vor Ort erklären, warum wir keine Umgehungsstraßen mehr bauen können und warum zu wenig Lärmschutz betrieben wird, mit dem Sie uns in jeder zweiten Sitzung des Wirtschaftsausschusses traktieren. Wo wären diese Themen, wenn wir den Staatsstraßenbau so eindampfen würden, wie Sie das vorschlagen?

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der ausgeglichene Haushalt ist kein Selbstzweck, sondern ein erster Beitrag dieser Koalitionsregierung, um für Stabilität in der Krise zu sorgen. Unser zweiter Beitrag besteht darin, dass wir die Investitionen - das hat der Finanzminister zu Recht schon gesagt - in einer Höhe von 5,78 Milliarden Euro, also mit einer Quote von 13,8 %, die beispiellos in der gesamten Bundesrepublik ist, auf hohem Niveau halten. Das ist ein Beitrag dieser Koalitionsregierung. Der Durchschnitt im Westen liegt bei 11,11 %. Ich glaube, da könnten sich viele bei uns eine Scheibe abschneiden. Dabei steigen allein die Ausgaben in der Staatsbauverwaltung um 15 %. Unser Handeln ist ein entscheidender Beitrag zur Herstellung von Stabilität in der Krise. Wenn viele immer wieder über zukünftige Aktionen reden, möchte ich sagen, dass wir auch in der Gegenwart etwas tun. Wir blicken nicht nur in die Zukunft - das tun wir auch -, sondern arbeiten auch in der Gegenwart an Stabilitätsfaktoren für Bayern und Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Neben diesen Prozentzahlen und Milliardenbeträgen gibt es auch inhaltliche Punkte, die wir umsetzen, um mit diesem Haushalt die Erholung zu unterstützen. Wir haben nach den Prognosen, die ich vorhin schon erwähnt habe, in diesem Jahr eine leichte Erholung im Umfang von 1,6 % bis 2 % - je nach Institut - zu erwarten. Wir ergreifen Maßnahmen, die zur Erholung beitragen. Ich denke nur an das Krisenmanagement unseres Wirtschaftsministers Martin Zeil und an den Mittelstandsschirm. Wir haben in beiden Haushalten 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Damit konnten bereits über 1.900 kleine und mittelstän-

dische Unternehmen unterstützt werden, um besser durch die Krise zu kommen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Des Weiteren denke ich an das Strukturprogramm Nürnberg-Fürth. 115 Millionen Euro stellt die Staatsregierung hier zur Verfügung. Es ist ein wichtiger Schritt, in dieser doch etwas gebeutelten Region Akzente zu setzen. Ein weiterer Punkt ist die Regionalförderung. Hier halten wir mit derzeit im Haushalt angesetzten 131 Millionen Euro das hohe Niveau. Hinzu kommt der Ausbau anwendungsnahe Forschungsinfrastruktur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles sind Maßnahmen, die in der Gegenwart wirken, aber den Blick in die Zukunft richten, damit unsere Unternehmen und das Land Bayern gestärkt aus der Krise hervorgehen. Wir blicken mit den Investitionen nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Wir leisten einen weiteren Beitrag. In der Diskussion wurde der Punkt heute zum Teil etwas vorwurfsvoll vorgebracht. Der eine oder andere hat es für sich auch charmant beschrieben. Ich finde aber, dass es eine erhebliche Leistung ist, dass wir neben den konjunkturell bedingten 1,4 Milliarden Euro Steuermindereinnahmen auch noch die 360 Millionen Euro schultern, die Bayern aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes weniger an Einnahmen hat. Diesen Betrag schultern wir in diesem Haushalt und legen Ihnen einen ausgeglichenen Haushalt vor. - Und da höre ich nicht einmal ein Wort des Lobes. Liebe Opposition, an dieser Stelle wäre es wirklich angebracht gewesen, ein Lob auszusprechen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir sind absolut davon überzeugt, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der richtige Weg ist; denn bei allen positiven Anzeichen darf man nicht in Euphorie verfallen. Der Fall war tief, und gebremst wurde er durch eine expansive Geldpolitik und Konjunkturprogramme. Wir von der FDP-Fraktion sind davon überzeugt, dass der Weg aus der Krise über Wachstum führt. Er führt über die Kräfte der sozialen Marktwirtschaft und kann nicht vom Staat getragen sein. Es gilt deshalb, die Kräfte der sozialen Marktwirtschaft zu stärken. Genau das tun wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, auch wenn es Ihnen nicht passt.

(Beifall bei der FDP)

Wir sorgen für eine bessere Liquidität der Unternehmen und für die Basis von Zukunftsinvestitionen. Wir entlasten Familien und Bezieher geringer Einkommen. Ich

glaube, das sind hehre Ziele. Diese Gruppen werden im Übrigen auch von den Kommunen immer wieder in das Zentrum des Interesses gestellt.

Wenn wir schon bei den Kommunen sind, dann möchte ich sagen: Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass Herr Pointner die Sorgen der Kommunen hier vorbringt. Wir sind schließlich alle auch Vertreter der kommunalen Ebene. Das gilt für alle Fraktionen, auch die FDP. Ich bin selbst Stadtrat in Aschaffenburg wie auch der Kollege Mütze. Ich denke aber, auch die Kommunen müssen ein Stück weit ehrlich sein. Die Unterlagen, die Ihnen das Finanzministerium zur Verfügung gestellt hat, sprechen eine gewisse Sprache und beruhen auf Fakten. Man kommt nicht daran vorbei, dass die Kommunen gerade aufgrund der Steuerreform im Jahr 2005 und der sehr positiven wirtschaftlichen Entwicklung eine sehr erfreuliche Entwicklung bei den Einnahmen hatten, im Übrigen eine erfreulichere Einnahmementwicklung als der Freistaat Bayern. Das gehört zur Wahrheit, wenn man die finanzielle Situation der Kommunen anspricht.

Aufgrund der geschilderten Situation ist es selbstverständlich, dass die Kommunen dann, wenn die wirtschaftliche Entwicklung negativ verläuft und wir für eine Steuerentlastung bei den Bürgerinnen und Bürgern sorgen, ihren Teil tragen müssen. Das tut uns allen auf der kommunalen Ebene weh, aber es ist nun einmal so. Denn sonst müssten wir in wirtschaftlich besseren Zeiten den Betrag der Kommunen einfrieren. Das wäre die Konsequenz aus den Vorschlägen, die von Ihrer Seite kommen. Wir jedenfalls sehen die Finanzierung der Kommunen nicht so. Ich glaube, so sollten auch die Kommunen ihre Situation nicht sehen.

Der Finanzminister hat im Gespräch mit den Kommunen über die Finanzausgleichszahlungen einen sehr guten Kompromiss erzielt. Die Kommunen waren - zähneknirschend, keine Frage - einverstanden. Ich gehe davon aus, dass wir auch in Zukunft in dieser Regierung in Bayern mit den Kommunen partnerschaftlich umgehen werden. Dafür stehen CSU und FDP gemeinsam.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dann sage ich etwas, was ich auch bei uns zuhause sage. Ich meine die freie Spitze. Sicher sind es Durchschnittswerte, aber so, wie wir uns in Zukunft bei den freiwilligen Ausgaben an der Nase fassen müssen, werden auch die Kommunen nicht darum herumkommen. Die errechnete freie Spitze ist nicht unerheblich. Sie ist extrem angewachsen. Da sind in Krisenjahren Potentiale vorhanden, die die Kommunen angreifen müssen. Das müssen wir von den Kommunen auch erwarten. Eines ist auch klar: Sie fordern einen ausgeglichenen Haushalt, Sie fordern, dass wir uns nicht verschulden,

und das Geld, das die Kommunen fordern, liegt nicht im Banktresor, sondern dieses Geld müssen wir uns im Zweifel auch auf dem Finanzmarkt besorgen. Es ist so nicht vorhanden. Jetzt bitte Kollege Mütze.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Entschuldigung, das Wort erteile immer noch ich, Herr Kollege Klein. Bevor Herr Kollege Mütze eine Zwischenbemerkung machen kann, hat sich Herr Kollege Halbleib zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Volkmar Halbleib (SPD): Kollege Klein hat jetzt die zwei unterfränkischen Kollegen aus dem Haushaltsausschuss vor sich. Nach Gewicht geordnet beginne ich einmal.

(Georg Schmid (CSU): Nach Kilo oder nach politischem Gewicht? - Ernst Weidenbusch (CSU): Nicht Gewicht, sondern Masse!)

Kollege Klein hat mit Blick in die Runde des Hohen Hauses gefragt, wie denn die Opposition dazu komme, Änderungsanträge zu stellen. Er hat dabei von einer Größenordnung von einer Milliarde Euro gesprochen. Er hat dabei gefragt, ob es aus Sicht einer lebendigen Oppositionsfraktion nicht sinnvoller wäre, Anträge zu stellen, die Investitionen im Freistaat und Investitionen für die Menschen, also Investitionen für Bildung, Betreuung, Familie usw. nach sich ziehen, statt Steuerensenkungen auf Pump vorzunehmen. Rechnen Sie einmal beide Beträge zusammen - das, was die Landesbank 2010 an Zinsen und laufenden Belastungen verursacht, und das, was uns das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, die Steuerensenkungen, kostet. Sie kommen zusammen auf eine Belastung von 880 Millionen Euro. Dabei sind auch die Kommunen mit berücksichtigt. Die müssen Sie schon hinzurechnen, Herr Fahrenscho. Diese Belastungen für den Freistaat Bayern haben schließlich auch etwas mit dem kommunalen Finanzausgleich zu tun. Im nächsten Jahr werden aus diesen zwei Faktoren Belastungen in Höhe von etwa 1,8 Milliarden Euro entstehen. Deshalb müssen Sie einer Oppositionsfraktion auch zugestehen, dass sie Vorschläge macht, wie man dieses Geld sinnvoller ausgeben könnte, bevor sie die Fehler der Regierung akzeptiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Halbleib, es ist natürlich richtig, dass uns die Ausgaben für die Landesbank schmerzen. Das geht allen an der Regierung Beteiligten so. Natürlich ist es Ihr gutes Recht, Anträge zu stellen und Ihre Schwerpunkte klarzumachen. Wenn Sie aber von uns Haushaltsdisziplin fordern und selbst

keine Einsparvorschläge machen, müssen Sie uns auch zugestehen, dass wir Ihr Verhalten kritisieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Mütze hat jetzt auch noch eine Zwischenbemerkung.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Kollege Klein, Sie haben darauf hingewiesen, dass wir beide dem Aschaffener Stadtrat angehören. Am Montag hatten wir Haushaltsberatungen. Unser Kämmerer hat uns dabei die neuen Zahlen vorgestellt. Wir haben einen Haushalt, bei dem wir uns zum ersten Mal seit zehn Jahren mit über 9 Millionen Euro verschulden müssen. Der Grund dafür ist unter anderem natürlich auch die Steuergesetzgebung in Berlin, also auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Es schlägt bei uns in Aschaffenburg mit einem Minus von 3,4 Millionen Euro zu Buche.

Herr Klein, können Sie sich vorstellen, dass wir deswegen nicht in Jubel ausbrechen? Sie sagen, wir brächten keine Einsparvorschläge. Anders herum aber nahmen Sie bei der Haushaltsaufstellung im Dezember gemeinsam mit der CSU 360 Millionen Euro aus dem geplanten Haushalt heraus. Jetzt erwarten Sie von uns, dass wir Sie dafür loben. Können Sie sich vielleicht vorstellen, dass es als bizarr empfunden wird, wenn Sie sich einerseits selbst das Geld kürzen, andererseits aber auch noch darauf hoffen, diese Kürzungen mit Einsparvorschlägen seitens der Opposition ausgleichen zu können?

Karsten Klein (FDP): Ich will jetzt nicht auf die Bedingungen in Aschaffenburg eingehen. Es ist aber eine grundsätzliche Frage, wie wir im Verhältnis zwischen Staat und Bürgern stehen. Ich kann Ihnen sagen: Wir warten nicht auf Sparvorschläge von Ihnen, damit wir den Haushalt ordentlich aufstellen können. Wir sind der Meinung, dass die 360 Millionen Euro richtig angelegt sind. Wenn wir nur herumsitzen und darauf warten, dass etwas passiert, kommen wir nicht nach vorne. Wir müssen handeln und mutig zupacken. Das tun wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Es ist besser, mutig nach vorne zu gehen als dazusitzen, auf die Schlange zu schauen und zu warten, bis sie zubeißt.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Wir stehen am Abgrund und gehen mutig einen Schritt weiter! So ist es in der Politik!)

Die Maßnahmen, die wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz ergreifen, und die Zeichen, die wir damit setzen, zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Dabei muss man auch daran festhalten, dass Bayern

trotz allem im Vergleich zu anderen Ländern sehr positiv dasteht. Wir haben eine Arbeitslosenquote von 4,6 %. Bundesweit beträgt sie 7,8 %. Das ist der Stand vom Dezember 2009. Bayern hat eine Zinsquote von 2,7 %. In den restlichen Bundesländern beträgt sie 8 %. Wir leisten einen Beitrag zum Länderfinanzausgleich in Höhe von 3,4 Milliarden Euro. Allein diese drei Zahlen sprechen dafür, dass Bayern zwar in der Krise steckt, aber nicht am Boden zerstört ist. Wir haben eine gewisse Stärke und ein gewisses Potenzial. Dieses Potenzial gibt uns Chancen, und es ist gleichzeitig der Auftrag, dass wir unsere Vorreiterrolle in Deutschland wahren.

Allerdings dürfen wir bei allen diesen Zahlen nicht aus dem Blick verlieren, dass wir ein Defizit von zwei bis drei Milliarden Euro haben. An der Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass die 8 Milliarden Euro, von denen der Kollege Mütze gesprochen hat, nicht für jedes Jahr gelten. Es sind jedes Jahr zwei oder drei Milliarden Euro.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich bitte um Entschuldigung. Nachdem Sie vorhin so großzügig Herrn Kollege Mütze das Wort erteilen wollten, war ich der Meinung, Sie seien mit Ihrem Redebeitrag fertig. Darum habe ich die Zwischenbemerkungen zugelassen, die laut Geschäftsordnung normalerweise immer im Anschluss an einen Redebeitrag erfolgen. Darum war ich jetzt ein bisschen irritiert, weil Sie weitermachten.

Karsten Klein (FDP): Ich hatte gedacht, Kollege Mütze meldet sich zu einer Zwischenfrage.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sie haben vorhin aber gesagt, Sie lassen keine Zwischenfrage zu. Ich schlage vor, Sie führen Ihren Redebeitrag fort.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zu den Haushaltstricks kommen auch noch Redetricks! - Thomas Hacker (FDP): Er wollte eine Frage des Kollegen Mütze zulassen, und dieses Recht hat er, Herr Präsident!)

Karsten Klein (FDP): Wie gesagt, wir haben ein Defizit von zwei bis drei Milliarden Euro. Dieses Defizit müssen wir dieses Jahr natürlich auch in den Griff bekommen. Die mittelfristige Finanzplanung wurde in den letzten Tagen von der Presse schon sehr intensiv angesprochen. Der entscheidende Punkt wurde dabei aber immer vergessen. Der entscheidende Punkt der mittelfristigen Finanzplanung besteht darin, dass die Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt nur von einem Wachstum von 1,2 bis 2 % ausgehen. Das bedeutet für uns in Deutschland, aber auch in Bayern, dass das Defizit bleiben wird, und dass wir uns deshalb damit beschäftigen müssen. Wir von der FDP sind nicht der Meinung, dass sich die Einnahmen an den Ausgaben orientieren müssen. Wir sind der Meinung, dass wir eine Balance zwischen Staat und Bürgern brauchen.

Diese Balance ist nach sieben Jahren einer rot-grünen Regierung und nach fünf Jahren einer Großen Koalition aus den Angeln geraten.

(Beifall bei der FDP)

Wir steuern 2010 auf eine Staatsquote von sage und schreibe 49 % zu.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und auf die höchste Nettoneuverschuldung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das entspricht nicht mehr unserem Verständnis von einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Bürgern und Staat, welches der Kernpunkt einer sozialen Marktwirtschaft ist.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb müssen wir über diese Themen sprechen. Die FDP steht weiterhin kritisch, aber auch partnerschaftlich der Haushaltskonsolidierung gegenüber. Wir werden uns gemeinsam mit der Regierung mit dem Defizit beschäftigen. Wir wollen es in diesem Jahr in den Griff bekommen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, setzen Sie die Zwischenbemerkungen jetzt gedanklich an die richtige Stelle. Wir fahren fort mit dem Redebeitrag von Herrn Kollegen Winter für die CSU.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen, werte Kollegen! Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen. Der Haushalt für 2010 enthält viele gute Botschaften. Das Uninteressante an diesem bayerischen Haushalt könnte sein, dass er zu viele gute Nachrichten enthält und deswegen wenig Aufmerksamkeit findet.

(Ludwig Wörner (SPD): Bei Ihnen oder was?)

Ich bin sehr dankbar, Herr Kollege Wörner, dass Sie meinen Beitrag mitverfolgen. Das Erfreuliche ist, und das ist das Wesentliche für unsere Bürgerinnen und Bürger, dass es auf den Inhalt ankommt. Mit diesem Haushalt werden sich für viele Bürgerinnen und Bürger in Bayern positive Perspektiven ergeben. Es wird wichtige Investitionen geben, wie der Herr Staatsminister aufgezeigt hat, in den Bereichen Kinder, Bildung, Innovation und Infrastruktur.

An dieser Stelle sollten wir nicht vergessen, dass dieser Haushalt auch 42 Milliarden Euro Ausgaben enthält und der Freistaat Bayern der größte Arbeitgeber ist. Der Freistaat bietet 270.000 Menschen einen Arbeitsplatz. Ich denke, es ist eine wichtige Botschaft, dass wir die Personalquote nicht nur als Belastung sehen, sondern

dass wir sehen: Hier sind 270.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger für uns beispielsweise in der Bildung und der inneren Sicherheit tätig. Diese Bürgerinnen und Bürger nehmen wichtige Aufgaben wahr.

(Christa Naaß (SPD): Da spart Ihr doch 500 Millionen Euro ein!)

Das ist ein wichtiger Beitrag.

(Beifall bei der CSU)

Herr Finanzminister, es ist mir ein herzliches Anliegen, Ihnen zu danken. Sie legen auch im zweiten Jahr der Krise, und das ist ganz wichtig hervorzuheben, trotz der Stützungsmaßnahmen für die Landesbank - wir wollen nichts weglassen - einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vor.

(Zuruf von der SPD)

Herr Kollege Halbleib, wenn Sie sagen, hier würden Probleme in die Zukunft verschoben, so muss ich Ihnen entgegenhalten, dass gerade dieser ausgeglichene Haushalt ein Beitrag für die künftigen Generationen ist. Das meine nicht nur ich, sondern wir alle, die wir in der Vergangenheit für einen ausgeglichenen Haushalt gekämpft haben. Der ausgeglichene Haushalt ist das Gegenteil einer Lastenverschiebung. Es ist sehr schwer, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, und wir haben dafür auch viel Prügel eingesteckt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

In den letzten fünf Jahren war es doch so: Bei jeder Tat, die finanziell nicht möglich war, hieß es, daran sei der ausgeglichene Haushalt schuld. Ob ausgeglichener Haushalt oder Landesbank, es ist falsch, immer nach einem Sündenbock zu suchen. Das ist sowieso ein bewährtes Prinzip. Wer einmal in Afrika war, hat dort den Aberglauben kennenlernen können, dass immer jemand schuld ist. Wer, das steht schon vorher fest. Einmal ist es die Tante, dann der Schwager, dann der Onkel. Dafür gibt es genaue Rituale. Ich habe manchmal das Gefühl, dieses Ritual wird bei uns gerne fortgesetzt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Und das, was Sie machen, das ist doch Haushalts-Voodoo, da wenden wir auch Ihre Regeln an!)

Meine Damen und Herren, man kann natürlich fragen: Was ist im nächsten Jahr? Schön ist es aber, wenn wir feststellen können, dass es trotz geringerer Steuereinnahmen und trotz der Krise - immerhin die größte Krise, die nach Kriegsende eingetreten ist - gelingt, für 2009 und 2010 einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Das war aber nur möglich, weil bei uns hier in Bayern

in der Vergangenheit sorgfältig gewirtschaftet wurde. Es war möglich, Zukunftsinvestitionen in den Haushaltsentwurf aufzunehmen, und zwar ohne neue Schulden, um damit neue Perspektiven für die Zukunft zu schaffen. Herr Staatsminister Fahrenschon, ich darf Ihnen, aber auch Herrn Staatssekretär Pschierer und den Damen und Herren des Finanzministeriums, namentlich Herrn Dieter Knauer, der nach harten 20 Jahren eine neue Tätigkeit übernimmt, ganz herzlich danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte in meiner Rede keinen kritischen Punkt auslassen, deshalb werde ich gleich zu Beginn auf das Thema Landesbank eingehen und mich mit der Frage beschäftigen, wie die Chancen stehen, dass wir die solide Haushaltspolitik auch über das Jahr 2010 hinaus fortführen können.

Zum Thema Bank: Es ist wichtig, dass wir ein bisschen über den Tellerrand hinaussehen und uns fragen, wie es bei den anderen Landesbanken in Deutschland aussieht? Wie haben andere die Krise bewältigt, was haben sie dafür ausgegeben? Wie sieht die Situation der Länder und wie sehen deren Haushalte aus? - Man kann feststellen, die Größenordnung bewegt sich zwischen 13 und 17 Milliarden Euro, ob es um die WestLB oder um die HSH-Nordbank geht, obwohl diese beiden Banken wesentliche kleinere Bilanzsummen als die LBBW oder die BayernLB aufweisen.

Bayern bleibt, trotz der umfangreichen Kapitalmaßnahmen, die wir für die BayernLB schultern müssen, das mit Abstand solideste Land mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung. Sie betrug im Jahr 2009 2.600 Euro. Der Freistaat hat die geringste Zinslastquote in Höhe von 2,7 % und die höchste Investitionsquote mit 13,8 % der westlichen Flächenländer. Bayern steht damit in deutlichem Abstand zu dem auf Platz zwei nachfolgenden Baden-Württemberg. Baden Württemberg hat mit 5,4 % eine exakt doppelt so hohe Zinsquote wie der Freistaat. Die Investitionsquote in Baden-Württemberg ist einstellig und liegt bei 9,7 %, während wir uns bei 13,8 % bewegen. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Baden-Württemberg ist um 50 % höher als die in Bayern. Das ist die Situation, die wir uns vor Augen führen müssen. Wenn wir jetzt noch weiter nach Norden blicken, nach Nordrhein-Westfalen und zur WestLB oder nach Schleswig Holstein zur HSH Nordbank, dann können wir feststellen, dass dort die Pro-Kopf-Verschuldung und die Zinslastquote gleich dreimal so hoch wie im Freistaat sind. Es gibt also riesige Abstände. Damit soll nichts verniedlicht werden, aber unsere Bürger und Bürgerinnen sollen erfahren, wie es um unsere Finanzen steht und wie es um unsere Haushaltspolitik

einschließlich der genannten Stützungsmaßnahmen bestellt ist.

Ich möchte auch nicht weglassen, was diese Maßnahmen im Jahr 2009 gekostet haben. Das sind exakt 61,8 Millionen Euro. Und jetzt kommt die Klage, weil das Unternehmen Minus macht. Die 61,8 Millionen Euro sind die Haushaltsbelastung aus diesem Ereignis in 2009. Was wir bei unserer Betrachtungsweise aber oft übersehen ist die Tatsache, dass in den 15 Jahren zuvor eine Milliarde Euro an die Eigentümer, also an den Freistaat Bayern und die Sparkassen, ausgeschüttet wurden. Ich habe vorhin gesagt, wir müssen uns fragen, ob wir Unternehmer sein wollen oder nicht. Diese Frage stellt sich in der nächsten Zeit im Hinblick auf die Bank, aber auch bei anderen Dingen immer wieder.

Die SPD ist oft schnell bei der Hand und sagt, dies und das soll der Staat machen. In diesem Fall ist es aber schon interessant, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir im Jahr 2007 nach Abzug der Steuern eine Nettoausschüttung in Höhe von 96 Millionen Euro bei der Bank verbuchen konnten. Das stand aber nie groß in der Zeitung, darüber hat sich auch nie jemand beschwert. Darüber wurde auch keine Debatte geführt. Jetzt reden wir aber von 61,8 Millionen Euro. Im Haushalt 2010 reden wir von 83 Millionen Euro. Es hat aber niemanden aufgeregt, dass wir im Jahr 2006 aufgrund der Ausschüttung eine Nettoeinnahme in Höhe von 107 Millionen Euro hatten. Es hat sich auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand darüber beschwert, dass die Bank im Jahr 2005 an ihre Eigentümer 100 Millionen Euro netto ausgeschüttet hat. In den Jahren 2005, 2006 und 2007 hat die Bank also mehr ausgeschüttet als die Beträge, die wir im letzten Jahr oder jetzt im Jahr 2010 für die Bank aufbringen müssen. Man sollte wissen, ein Unternehmen ist immer ein Risiko. Deshalb sollte man sich beide Seiten genau anschauen und nicht nur dann, wenn eine Sache einmal nicht so gut läuft. Ich habe diese Zahlen hier vorliegen. Das kann jeder gerne nachlesen. Das ist eine Statistik, die sehr viel Mühe gemacht hat, die meine Aussagen aber schwarz auf weiß belegt.

Zum Nachtragshaushalt: Sie haben es mitverfolgt, der Nachtragshaushalt steigt um 2,1 % an. Es ist wichtig, dass wir trotz 5 % weniger Steuereinnahmen den Haushalt ausgleichen können. Das können wir, wie schon gesagt, weil wir in den letzten Jahren die vielen Wünsche und Anträge immer abgelehnt haben. In der Presse war dann immer zu lesen, wir hätten die Anträge "abgeschmettert". Ohne das Nein zu den vielen Wünschen hätten wir heute aber nicht die Rücklage, um den Haushalt ausgleichen zu können.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wir haben doch noch nicht einmal ansatzweise soviel gefordert! Bleiben Sie doch bei der Sache!)

- Herr Kollege Dr. Beyer, ich habe davon gesprochen, welche Belastungen es ganz konkret im Jahr 2009 gegeben hat, denn wir beraten heute den Haushalt. Mich interessiert immer das "Ist". Wenn Sie in Ihren Geldbeutel hineinschauen, dann interessiert Sie auch nur das "Ist". Im Geldbeutel gibt es kein "Soll".

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ich habe von eurem schlechten Wirtschaften bei der Landesbank gesprochen! Jeder hat sein Thema!)

- Sie wissen ganz genau, es geht nicht darum, hier etwas zu rechtfertigen. Es ist ein Unternehmen, und da gibt es Plus und Minus. Es gibt positive Entscheidungen und falsche Entscheidungen. Die Frage, ob man vorher schon hätte sehen können, dass es eine falsche Entscheidung war, wird jetzt untersucht. Herr Kollege Güllert ist vor Ort und sieht sich das an.

(Zuruf: Und Kreuzer auch!)

- Herr Kollege Kreuzer ist auch dabei. Wir sind dafür, dass diese Fragen wirklich aufgeklärt werden. Sie wissen genau, dass wir an der Aufklärung interessiert sind, denn die Aufklärung ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass wir im Jahr 2013 wieder die Wahlen gewinnen können. Deshalb sind wir so nachhaltig an Aufklärung interessiert.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

Das muss man hier ganz offen zugeben und ansprechen. Das ist unser Anliegen, und das sind wir auch den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Lassen Sie mich nun meine Rede zum Haushalt fortsetzen. Es kam bereits zum Ausdruck, was uns hier in Bayern auszeichnet: Das ist die hohe Investitionsquote von 13,8 %. Prozentrechnen ist immer so eine Sache. Wir haben gelernt, Prozent hängt immer von Hundert ab. Es gab noch eine Steigerung zum Wahljahr 2008. Zum Jahr 2009 kommen wir jetzt mit einer dritten Steigerung auf 5,8 Milliarden Euro, die allein dieser Haushalt an Investitionen bringt. Er kurbelt zum Beispiel die Bereiche Städtebau und Dorferneuerung an. Hier können wir den Multiplikator dazurechnen, denn wir wissen, dass ein Euro, den wir reinstecken, oft das Fünf-, Sechs- oder Siebenfache bewirkt. Insofern ist das ein wichtiger, notwendiger Riesenimpuls, ein Wachstums- garant für unseren Mittelstand.

Gelegentlich wird vom "Kaputtsparen" geredet. Aber wenn man sieht, was wir investieren, kann man davon nicht reden, ganz im Gegenteil: Wir sind hier wirklich

mutig unterwegs, wie es der Kollege Klein gesagt hat. Selbst auf Ereignisse wie die Pleite bei Quelle in Nürnberg können wir mit einem Strukturprogramm antworten; dazu haben wir die Kraft und die Fähigkeit. Das war im Interesse der betroffenen Menschen notwendig und ist auch gut angekommen.

Letztes Jahr hatten wir eine große Debatte anlässlich des Zukunftsprogramms "Konjunkturpaket II". Es wurde darüber diskutiert, ob das schnell genug geht, ob wir es anders machen müssen, Riesenbedenken und Riesen-zweifel wurden damals vorgetragen, zwar nicht von Ihnen, Herr Kollege Halbleib, sondern von Ihrer Kollegin. Aber heute können wir erfreulicherweise feststellen, dass schon zum Stand November 2009 1,5 Milliarden Euro der Mittel aus dem Konjunkturpaket II bewilligt sind; insgesamt umfasste das Paket 2 Milliarden. Das heißt: 75 % des Konjunkturpakets II sind bei uns auf dem Weg und sind bereits in der Investition. Denn die Bewilligung der Mittel kommt nach der Baufreigabe. Die Dinge sind voll im Laufen; die Umsetzung klappt. Die Bedenken der Opposition haben sich in Luft aufgelöst.

Kommen wir zur Bildung. Kollege Eisenreich ist da. Ich habe dazu nur einen einzigen Satz notiert, nicht weil das Thema nicht wichtig wäre, sondern weil ich an dieser Stelle dem Kultusminister einen Glückwunsch aussprechen möchte. Sein Etat hat die Rekordmarke von 9,47 Milliarden Euro im bayerischen Haushalt erreicht. Er hat eine Steigerung von knapp 4 %. Das ist ein großartiger Beleg dafür, was uns Bildung wert ist.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Gegenüber dem Stammhaushalt ist das eine Kürzung, Herr Kollege! Das müssen Sie schon auch sagen!)

- Nein. Ich habe die Zahlen 2009 angeschaut und mit der Tabelle Nachtrag 2010 verglichen.

(Georg Schmid (CSU): Das kann der Haushaltsausschussvorsitzende schon!)

9,47 sind mehr als 8,9. Und darum sage ich, dass das mehr ist. Wir haben noch Gelegenheit, darüber zu sprechen.

(Zurufe von der SPD)

Wir machen da schon die richtigen Vergleiche. Die Debatte, Herr Kollege Halbleib, können wir gerne fortsetzen.

Lassen Sie mich zu einem ganz wichtigen Punkt neben der Bildung kommen: Kinder sind unsere Zukunft. Hier können wir wirklich Großartiges vorweisen. Das kann man sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch gut einprägen. Wir haben hier die höchsten Zuwachsraten im

Haushalt; Frau Staatsministerin ist anwesend. Beim Vollzug des neuen Gesetzes haben wir im vergangenen Jahr zusätzlich 140 Millionen Euro drauflegen müssen, um der Nachfrage gerecht zu werden, sodass wir jetzt im Haushalt 2010 820 Millionen Euro für die Kinderbetreuung eingestellt haben. Das ist auch für Oliver Jörg wichtig, weil er ein junger Familienvater ist. Interessant ist, was herauskommt: Die Betriebskostenförderung im Kinderbereich beträgt 820 Millionen, die Investitionen in die Krippen umfassen 82 Millionen, das Landeserziehungsgeld 100 Millionen - das macht zusammen eine Milliarde Euro; das lässt sich leicht addieren. Wir geben in Bayern allein eine Milliarde Euro für die Betreuung von Kindern aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wichtig ist auch das Angebot für die Kinder unter drei Jahren. Da war die Frage, ob Bayern Schlusslicht ist und was Bayern hier tut. Es gab kritische Anmerkungen vom Herrn Oberbürgermeister und anderen Vertretern der Landeshauptstadt München. Erfreulicherweise lässt sich feststellen, dass wir da wirklich super vorankommen. Der Fördersatz beträgt zwischen 60 und 80 %. Hier haben wir gemeinsam mit dem Bund ein Programm in der Größenordnung von 440 Millionen Euro aufgelegt. Zielmarke war, dass wir bis 2010 175 Millionen Euro ausgeben. Tatsächlich sind wir bereits bei 250 Millionen Euro angekommen. Die Umsetzung klappt also toll. Damit haben wir auch einen Spitzenwert vor Nordrhein-Westfalen und vor Baden-Württemberg erreicht, die mit 230 und 94 Millionen nach uns rangieren. Die Umsetzung läuft gerade in dem wichtigen Aufgabenbereich der Betreuung der Kinder unter drei Jahren hervorragend und klappt.

Die nächste Frage war, wie es mit der Konsolidierung aussieht. Auch dieser Frage wollen wir uns stellen. Da ist es gut, wenn man sich damit befasst, wie es bisher gelaufen ist. Denn früher gab es auch Jahre, in denen nicht so viel an Steuern eingenommen worden ist, wie wir an Ausgaben aufgeschrieben haben bzw. an Bedarf vorhanden war. Die Statistik weist hier ganz andere Zahlen aus. Denn häufig ist von den Kommunen die Rede, Herr Kollege Pointner, und davon, wie schlecht es ihnen geht. Herr Pointner, Sie als ehemaliger Bürgermeister und Landrat haben das angesprochen; wir Kommunalpolitiker können das nachverfolgen und nachvollziehen. Interessant ist, dass sich bei den Kommunen per Saldo der Einnahmen und Ausgaben im Schnitt von zehn Jahren in Bayern ein Plus von 360 Millionen pro Jahr ergibt; in zehn Jahren sind das 3,6 Milliarden. Die Kommunen haben über die letzten Jahre hinweg mehr Einnahmen als Ausgaben gehabt. Von daher haben sie also eine solide Grundlage. Das lässt sich auch in der Schuldenstatistik auf der kommunalen Ebene nachvollziehen.

Wie sieht es beim Freistaat Bayern aus? - Das interessiert uns heute ganz besonders beim Haushalt 2010. Interessant ist, dass wir hier große Abweichungen hatten. Im Jahr 2003 hatten wir bei den Steuern zwischen den Einnahmen und Ausgaben ein strukturelles Defizit und einen Konsolidierungsbedarf von 2,7 Milliarden. Trotzdem ist es gelungen, auch solche Schwierigkeiten zu meistern. Diese Aufgabe war ähnlich der, die uns jetzt bevorsteht. Das ist uns gelungen, ohne die Verschuldung übermäßig zu erhöhen. Wir haben es im Schnitt über die Jahre gesehen geschafft, solche Schwankungen auszugleichen. 430 Millionen weniger pro Jahr sind eine Größenordnung, die man bei einem Haushalt von 42 Milliarden Euro schaffen kann; man kann das Gesamtproblem zwar nicht in einem einzigen Jahr schaffen, sondern man muss den Zeitraum etwas länger betrachten. In den zehn Jahren ist dies gelungen. Wir haben in den vergangenen Haushaltsjahren von 1999 bis 2008 ganze vier Milliarden neue Schulden gemacht.

Die Sorge mit dem Kaputtsparen brauchen wir uns nicht zu machen. Wer hier im Plenarsaal ein Land nennen kann, das beim Kaputtsparen erwischt worden ist, möge sich melden. Mir ist keines eingefallen. Ich weiß nicht, ob irgendein Kollege ein Beispiel kennt von jemandem, der sich beim Kaputtsparen den Tod geholt hat. Ich glaube, es gibt andere Beispiele, aber in diese Richtung ist mir noch keines unter die Augen gekommen. Vielleicht kann uns jemand einen Hinweis geben zu diesem neuen Schlagwort. Meine Damen und Herren, wichtig waren die Rücklagen. Sie belegen die solide Politik. Herr Kollege Halbleib hat gesagt, wir betrieben keine solide Haushaltspolitik. Wenn man keine neuen Schulden macht und Rücklagen hat, wird geklagt, dass die Rücklagen irgendwann zu Ende sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Da kann man doch nur sagen: Wer Rücklagen hat, hat solide gewirtschaftet.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe Ihnen hier eine Liste mitgebracht; der Ausschuss-Vize bekommt diese Liste und kann das anschauen, wie die Zahlen rauf- und runtergehen. Die Vergangenheit war einmal genauso wie die Zukunft, die vor uns liegt. Hier ist ein wichtiges, interessantes Blatt, das ich hier vorzeige, Herr Kollege Beyer. Das ist mal eine interessante Lektüre.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Gerne!)

Dieses Blatt befasst sich mit dem Länderfinanzausgleich und mit dem Umsatzsteuerausgleich.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Meinen Sie den mit Kärnten? Die 3,7 Milliarden? Ja, darüber müssen wir reden!)

- Nein. Schauen Sie, jetzt habe ich Ihnen das Blatt gezeigt, und trotzdem wissen Sie nicht, was draufsteht. Bayern hat als Geberland im Jahr 2009 3,4 Milliarden geleistet. Das muss man sich einmal vor Augen halten. Das Nehmerland war Berlin unter Wowereit, unter einer rot-roten Regierung; die brauchen 2,9 Milliarden von uns, um überleben zu können, allein beim Länderfinanzausgleich.

Jetzt machen wir die Gesamtrechnung auf: Bayern hat in der gesamten Nachkriegszeit bis zum heutigen Tage 9,4 Milliarden erhalten. Wir haben mittlerweile 34 Milliarden einbezahlt. Das heißt: Wir haben zwischenzeitlich 25 Milliarden Euro mehr abgeliefert, als wir einst bekommen haben.

(Georg Schmid (CSU): Hört, hört! - Peter Winter (CSU): Das soll uns erst mal jemand nachmachen!)

Meine Damen und Herren, mit diesen 25 Milliarden hätten wir alle Schulden, die Bayern in den letzten sechzig Jahren von 1947 bis 2007 gemacht hat, locker tilgen können.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist eine Milchmädchenrechnung! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Jetzt wird es unangenehm für Sie; ich habe es schon gemerkt. Herr Kollege Halbleib, Sie kennen doch die vertraglichen Regelungen, mit denen wir den Länderfinanzausgleich so gestaltet haben, dass wir da rauskommen. Es ist doch klar, dass diejenigen, die davon profitieren, uns nur entlassen werden, wenn es unbedingt sein muss.

Bleiben wir beim Thema und kommen zum Umsatzsteuerausgleich. Es wird gelegentlich vergessen, dass aufgrund eines Urteils die Länder, die unterdurchschnittliche Steuereinnahmen haben, profitieren müssen. Das ist nicht anders als beim Länderfinanzausgleich. Für den Umsatzsteuerausgleich haben wir im vergangenen Jahr zwei Milliarden Euro durch Umschichtung abgegeben. Wir haben also nicht nur für den Finanzausgleich 3,4 Milliarden Euro aufgewendet, sondern auch zwei Milliarden Euro für den Umsatzsteuerausgleich. Der Gesamtblick ist interessant. Neben den 25 Milliarden Euro Länderfinanzausgleich wurden seit 1995 zusätzlich 21 Milliarden Euro zu unseren Lasten beim Umsatzsteuerausgleich umgeschichtet. Zusammen sind das 46 Milliarden Euro von Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier können wir Träume anmelden. Mit den 46 Milliarden Euro hätten wir alle Schulden zahlen können und all das, was wir für die Stützung der BayernLB aufbringen mussten und aufbringen werden, übernehmen können. Wir hätten den Konsolidierungsbedarf für die nächsten drei Jahre zahlen können, und es wäre sogar noch etwas für den "FBI" übriggeblieben. Dies alles könnten wir mit den 46 Milliarden Euro, die wir beim Länderfinanzausgleich und Umsatzsteuerausgleich in Netto abgeliefert haben, leisten.

Damit wird deutlich, was Bayern ist: ein leistungsfähiges, ein starkes Land mit guter solider Haushaltspolitik, leistungsfähiger Wirtschaft und mit Weitblick.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und bitte den Präsidenten, dass ich das zu Ende bringen darf.

Die Zukunftsfähigkeit, die Generationengerechtigkeit und die Perspektiven für die Jugend sind uns eine wichtige Leitlinie bei der Umsetzung und Gestaltung der künftigen Haushaltspolitik. Das zeichnet Bayern aus und darum beneiden uns andere. Die schöne Landschaft habe ich nicht aufgeschrieben,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die habt ihr auch gemacht!)

aber zehn weitere Punkte: sehr hohe Investitionsquote, niedrige Zinslast, geringste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer West, eine Milliarde Euro für Kinder, großes Engagement für die Bildung - 9,5 Milliarden Euro -, zwei der drei Eliteuniversitäten befinden sich in Bayern, Spitzenwerte bei der inneren Sicherheit, Spitzenstellung bei erneuerbaren Energien in Deutschland, große Nachfrage und hochwertiges Angebot in der Gesundheitswirtschaft, hoher Exportanteil und Hightechprojekte.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Uns freut es immer, wenn man schon eine Minute vor Ende der Redezeit gefragt wird und nicht erst danach. Als letzter Rednerin in dieser Debatte darf ich Frau Kollegin Kamm für die Fraktion der GRÜNEN das Wort erteilen. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach den Milliarden-Visionen des Kollegen Winter möchte ich auf den Tagesordnungspunkt 2 a der heutigen Tagesordnung zurückkommen. Dieser Gesetzentwurf der Staatsregierung markiert meiner Meinung nach eine

Wende im bayerischen Finanzausgleich. Von dieser Wende haben weder Herr Finanzminister Fahrenschon noch Herr Winter oder Frau Görlitz gesprochen. Vielmehr wurde so getan, als ginge es beim Finanzausgleich nach wie vor nur um die Frage, wie welche Investitionszuschüsse geregelt werden sollen. Ich meine, dieser Gesetzentwurf ist ein Markierungspunkt, weil durch ihn der Finanzausgleich gekürzt werden soll. Begründet wird dies damit, dass dem Freistaat das Geld fehle, der Freistaat Haushaltsprobleme habe und die Landesbank-Probleme ihn drückten.

Neu ist, dass die Kommunen in Bayern nicht mehr für die steigenden Ausgaben, die sie wegen der steigenden Aufgaben in der Jugendhilfe, der Sozialpolitik, wegen der Eingliederungshilfe der Behinderten und der Zunahme der Pflichtaufgaben haben, entschädigt werden. Nebenbei bemerkt: Der Städtetag hat darauf verwiesen, dass sich die Pflichtaufgaben der Kommunen seit 1991 mehr als verdoppelt hätten. Weder bei der Einrichtung von Ganztagsklassen noch beim Ausbau von Kinderkrippenplätzen, die 2013 nach gesetzlicher Vorgabe auf 35 % aufgestockt werden müssen, können die vorgegebenen Ziele erreicht werden. Dafür muss noch sehr viel getan werden. Trotzdem erhalten die Kommunen keinen zusätzlichen Ausgleich, sondern der Finanzausgleich soll gekürzt werden, weil dem Land Geld fehlt und das Land Probleme mit der Landesbank hat.

Sie behaupten beschönigend, um die Kürzung des Finanzausgleichs rechtfertigen zu können, dass es den Kommunen in Bayern besser ginge als dem Land, und sie führen als Beleg ein paar recht fragwürdige Charts aus dem Hause des bayerischen Finanzministeriums an. Fragwürdig an den Charts ist nicht nur der Vergleich zwischen den Kommunen und dem Freistaat bezüglich des Zeitraums. Das Jahr 2008 war wirklich ein Ausnahmehjahr, das man nicht heranziehen sollte. Sie hinterfragen nicht die Berechnung der freien Spitze. Sie fragen nicht, ob das der richtige Maßstab ist.

Das größte Problem ist die Ausblendung der unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten in den bayerischen Kommunen. Sie vergleichen große mit kleinen Kommunen, gewichten nicht strukturschwache und strukturstarke Regionen, sondern Sie werfen alles in einen Topf. Sie differenzieren nicht nach der örtlichen Situation.

(Zuruf von der CSU: Das stimmt nicht!)

- Aber ja.

Zu dem Thema "strukturschwach-strukturstark" habe ich heute nichts gehört. Ich meine, das Thema müsste man wesentlich entschiedener angehen, als das im Finanzausgleichsentwurf angezeigt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie blenden in Ihrer "wunderbaren" Betrachtung, die im Jahr 2008 endet, aus, dass die Kommunen laut Steuerschätzung 2009 bereits im Jahr 2009 10 % der Einnahmen verlieren werden und im Jahr 2010 noch zusätzlich 4 % also überproportional mehr als Land und Bund. Hinzu kommt - das wurde mehrfach angesprochen - die Folgewirkung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, das bei den bayerischen Kommunen ebenfalls überproportional zur Einnahmeminderung führen wird. Erschwerend kommt hinzu, dass das alles gegen den ausdrücklichen Willen der Kommunen und die ausdrücklichen Aussagen der kommunalen Spitzenverbände vom Bund und vom Land durchgesetzt worden ist. Sie haben gesagt, Herr Schäuble wolle mit den Kommunen reden. Ich sage, Herr Schäuble und vor allem Sie hätten vorher mit den Kommunen reden und sich erkundigen müssen. Sie hätten die Entscheidungen, wie Sie sie wollen, nicht zulasten der Kommunen durchdrücken dürfen.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz führt zu Einnahmeminderungen bei den bayerischen Kommunen im dreistelligen Millionenbereich. Zudem haben die Einkommens- und Gewerbesteueränderungen in den Konjunkturpaketen I und II sowie das Bürgerentlastungsgesetz ebenfalls zu Mindereinnahmen bei den bayerischen Kommunen in dreistelliger Millionenhöhe geführt. Irgendwann ist die Schmerzgrenze überschritten.

Sie versuchen die Einnahmeminderungen ausschließlich als Folge des Konjunkturerinbruchs darzustellen und zu verkaufen. Das ist nur zum Teil richtig. Mindestens ein Drittel ist Folge der Steuerrechtsänderungen, die Sie beschlossen haben.

Herr Klein, Sie haben das Wachstumsbeschleunigungsgesetz damit gerechtfertigt, dass Sie die Familien entlasten wollen. Ich finde diese Behauptung unerträglich. Insbesondere die Familien, die Geld am dringendsten bräuchten, bekommen keine zusätzliche Kindergelderhöhung. Das sind nicht wenige Familien. Man muss nicht meinen, dass das eine Randgruppe wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In vielen Städten sind es 10 bis 20 % der Haushalte mit Kindern, die nichts bekommen. Auch in dem Landkreis, aus dem Herr Winter kommt, sind es 7 % der Familien mit Kindern, die nicht vom Wachstumsbeschleunigungsgesetz profitieren. Diese Familien schieben Sie zur Seite und behaupten, Sie hätten die Familien entlastet, erwähnen aber nicht, dass diejenigen, die es am dringendsten bräuchten, ausgeklammert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Kommunen kommt erschwerend hinzu, dass die Milliardenverluste der Landesbank auf die Sparkassen durchschlagen werden. Sie müssen gemäß ihrem Anteil am Eigenkapital der Landesbank 200 Millionen Euro abschreiben. Daneben droht die Abschreibung der stillen Einlagen, die sie noch weit härter treffen würde. Ich möchte an dieser Stelle Herrn Fahrenschon zitieren. Herr Fahrenschon, Sie haben gesagt: Der Staat kann die Kommunen nicht von den Folgen der Wirtschaftskrise freistellen. Wir aber sagen: Der Staat sollte den Kommunen in dieser schwierigen Situation auch nicht zusätzlich Knüppel zwischen die Beine werfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Landauf, landab erreichen nicht nur uns, sondern auch Sie Resolutionen von Gemeinderäten, Stadträten, Landkreistagen und Bezirkstagen, in denen beklagt wird, dass die Schulen nicht ausreichend saniert werden können, dass die Fördermittel zu schleppend bezahlt werden, dass der Zustand der Gemeindestraßen weit miserabler ist als der der Staatsstraßen und dass vor allem viele Aufgaben nicht erfüllt werden können, dass Sport- und Kultureinrichtungen reduziert werden, dass der ÖPNV und die Kindergärten teurer werden.

Ich denke, Letzteres ist ein Vergleich mit Kärnten wert. Bei uns werden die Kindergärten teurer, während sie dort umsonst sind.

Bei uns werden die Gebühren erhöht. Oft wird auch die Erhöhung der Hebesätze von Gewerbe- und Grundsteuer neu diskutiert.

Trotzdem reicht dies alles oft nicht, die Haushalte auszugleichen. Viele kommunale Haushalte stehen derzeit zur Genehmigung an. Viele haben erhebliche Schwierigkeiten. Offenbar sind die Regierungen derzeit geneigt, bei der Genehmigung der Haushalte alle Hühneraugen zuzudrücken, nicht genau hinzusehen und ziemlich abenteuerliche Haushaltsentwürfe - ich habe davon einige gesehen - mit höchst unrealistischen Einnahmeschätzungen und erheblichen Schuldenaufnahmen durchzuwinken, um in der derzeitigen Situation nur ja nicht zu viel Staub aufzuwirbeln. Wie die grandiosen Defizite, die im Jahr 2010 eintreten werden, später ausgeglichen werden sollen, ist Ihnen heute egal. Ich finde so eine Politik unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern: Sichern Sie das verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltungsrecht. Ziehen Sie den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/3081 zurück. Sichern Sie den bayerischen Kommunen über den Bundesrat auch eine angemessene Beteiligung des Bundes an den Wohngeldkosten. Und schaffen Sie die Grundlagen für einen ausreichenden Kindertages-

tättenausbau. Es ist notwendig, für die bayerischen Kommunen Handlungsspielräume zu erhalten. Es dürfen nicht Probleme schöngeredet werden, um sich von ihnen wegzustehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Gemäß § 148 der Geschäftsordnung werden die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Damit sind die Voten einstimmig übernommen. Der Landtag übernimmt diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Unser Plenum ist bis 19 Uhr vorgesehen. Ich richte einen Appell an alle Redner, sich kurz zu fassen. Dann schaffen wir vielleicht sogar alle Anträge.

Ich rufe als ersten den

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Renate Will u. a. und Fraktion (FDP)

Residenzpflicht lockern und Sachleistungsprinzip überprüfen (Drs. 16/3250)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD)

Residenzpflicht aufheben Die Selbstständigkeit von Asylbewerbern stärken (Drs. 16/3274)

auf.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Brigitte Meyer für die FDP-Fraktion.

Brigitte Meyer (FDP): Verehrter Herr Präsident, verehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht werden Sie sich denken: Schon wieder ein Antrag zur Asylpolitik. Davon gab es in der Vergangenheit schon mehrere, ohne dass sich wirklich etwas erkennbar bewegt hat. Ich habe Verständnis, wenn Sie so denken, auch Verständnis für eine Ungeduld bei den Betroffenen und den Wohlfahrtsverbänden.

Wir haben dieses Thema heute aufgegriffen, weil es sich dabei um etwas handelt, was unserer Fraktion sehr am Herzen liegt. Wir sehen darin ein sehr zentrales Thema. Ich verspreche Ihnen: Auch wenn es in langsamen Schritten vorangeht, werden wir in diesem Bereich erst dann locker lassen, wenn wir grundlegende Verbesserungen für die Flüchtlinge in Bayern erreicht haben.

(Beifall bei der FDP)

Heute geht es um die Residenzpflicht und das Sachleistungsprinzip. Diese Residenzpflicht ist in der Europäischen Union einmalig. Sie existiert nur in Deutschland. Ich sage Ihnen ganz direkt: Ich halte sie in der jetzigen Form nicht für menschenwürdig. Deshalb muss sie aus unserer Sicht gelockert werden. Der Besuch bei Verwandten, zum Beispiel anlässlich des Auswärtsspiels einer Fußballmannschaft, oder möglicherweise der Besuch eines Gottesdienstes in einer Nachbargemeinde, dies alles sind für uns Selbstverständlichkeiten. Für Asylsuchende sind sie ein Wunsch, für dessen Erfüllung sie unter Umständen auch noch teuer bezahlen müssen. Wir machen diese Menschen, die als Bittsteller auftreten müssen, um für einen Nachmittag zum Beispiel von Dachau nach München fahren zu können, zu Menschen zweiter Klasse. Das ist mit dem Menschenbild der FDP nicht vereinbar.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb muss etwas geschehen. Aus unserer Sicht gibt es keinen einzigen vernünftigen Grund, diese Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit derart zu beschränken. Als Gegenargument wird immer wieder vorgebracht, die Flüchtlinge müssten erreichbar sein. Ich frage mich aber, wodurch diese Erreichbarkeit gefährdet sein soll, wenn ein Flüchtling aus Dachau nach München fährt, um dort seine Verwandten zu besuchen.

Kurzum, die Residenzpflicht muss gelockert werden. Wir werden dafür kämpfen und nicht locker lassen.

Auch das Sachleistungsprinzip entspricht nicht unseren Vorstellungen. Die ausschließliche Sachleistungsgewährung schränkt in unseren Augen den individuellen Spielraum für die Lebensgestaltung von Asylbewerbern in erheblichem Maße ein.

(Beifall bei der FDP)

Seit Langem liegen Zahlen vor, die besagen - das drücke ich an dieser Stelle ganz bewusst sehr vorsichtig aus -, dass die ausschließliche Gewährung von Sachleistungen nicht in jedem Fall die kostengünstigste Form der Grundleistungsgewährung und der Hilfen zum Lebensunterhalt ist. Wenn in manchem vielleicht nachfolgenden Redebeitrag das Gegenteil angesprochen werden sollte, bitte ich bereits jetzt darum, die Behauptung, dass es teurer sei, mit aussagekräftigen Zahlen zu belegen. Ich sage Ihnen auch - das ist für uns ganz wichtig -: Für uns ist diese Frage primär keine Kostenfrage, sondern eine Frage des Menschenbildes. Denn die Wirklichkeit der individuellen Lebensgestaltung ist für uns ein Ausdruck von Menschlichkeit.

(Beifall bei der FDP)

In dieser Debatte sollte man auch nicht vergessen, dass die Vergabe von Wertgutscheinen und Geldleistungen einen ganz wichtigen Beitrag für die gesellschaftlich-kulturelle Integration der Flüchtlinge darstellen kann. Dies wollen wir schließlich alle. Integration - das hören wir zur Genüge - möchten wir wirklich alle.

Abschließend ein paar Bemerkungen zu dem nachgezogenen Antrag der SPD, der natürlich viel weiter geht als unserer. Wir sind Realisten. Wir halten es schon für einen ganz großen Erfolg, wenn wir es schaffen, dass sich Asylsuchende demnächst in ganz Bayern frei bewegen können. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Wie ich bereits eingangs sagte, wird die FDP-Fraktion mit dem Thema Asylpolitik wieder kommen. Ich muss aber zugeben, dass ich mich heute wirklich sehr gefreut habe, dass unser Koalitionspartner gestern Abend noch mit einer Presseerklärung zum Thema Gemeinschaftsunterkünfte an die Öffentlichkeit gegangen ist. Es gibt nunmehr ein Positionspapier, mit dem beide Fraktionen arbeiten können, um eine gemeinsame Position für die Diskussionen zu schaffen, die wir jetzt führen wollen.

Ich bin zuversichtlich, dass die Entwicklung der letzten zwei Tagen der Trend in eine andere Richtung der Asyl-

politik in unserem Bayernland ist. Ich verspreche Ihnen, wir werden auch in den nächsten Jahren für eine Asylpolitik in Bayern stehen, die den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern nichts wegnimmt, aber den Flüchtlingen in unserem Land sehr viele Verbesserungen bringen soll.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. - Für die SPD spricht die Abgeordnete Frau Weikert.

Angelika Weikert (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Meyer, Ihre Antragsbegründung findet in vielen inhaltlichen Punkten bei uns, aber auch bei den anderen Parteien Zustimmung. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass ich das gewählte Verfahren etwas merkwürdig finde.

Sie als FDP-Fraktion stellen im Bayerischen Landtag, in dem Sie sich in einer Koalition mit der CSU befinden, einen Antrag und fordern die Bundesregierung auf, wo ebenfalls Schwarz-Gelb regiert, etwas zu tun, was Sie wollen. Sie werden mir wohl zustimmen, wenn ich sage, dass dieses Verfahren ein wenig ungewöhnlich ist.

(Beifall bei der SPD)

Denn eigentlich kann es nur den Hintergrund haben, den Sie auch angedeutet haben, dass Sie sich innerhalb dieser Koalition sowohl in Bayern als auch im Bund schwer tun, mit Ihren ursprünglichen Themen wie Freiheit und Menschenrechten durchzukommen. Der Hintergrund ist, dass sich die FDP in dieser Koalition letztlich nicht durchsetzen kann.

Sie haben angekündigt, es gebe ein Positionspapier der CSU zu der laufenden Diskussion darüber, wie wir in Bayern bezüglich des Aufnahmegesetzes weitermachen. Wir haben eine bayerische Regelung. Wir sind sehr darauf gespannt. Frau Meyer, wir warten aber immer noch auf die Terminierung im sozialpolitischen Ausschuss. Alle Parteien außer der CSU haben sich zu diesem Thema positioniert.

Auf den von Ihnen angesprochenen Antrag, gehe ich gern ein. Frau Meyer, Sie haben zu Recht bemerkt, dass der Antrag der SPD der weitergehende ist. Ich meine - das sage ich jetzt einmal ein wenig flapsig -, der Antrag, den Sie stellen, ist weder Fisch noch Fleisch, sondern er ist Quatsch.

(Beifall bei der SPD)

"Residenzpflicht lockern" - diesen Satz haben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Das muss ich Ihnen vorhalten. Dieser Satz steht wörtlich so drin. Aber

warum erfolgt dann dieser Antrag? Darauf will ich aber jetzt nicht weiter herumhacken.

Was heißt "Residenzpflicht lockern"? Inhalt der Residenzpflicht ist nichts anderes als eine Gängelung von Asylbewerbern in ihrem unmittelbaren Alltagsleben. Er ist nichts anderes als der Aufbau einer völlig unnötigen Bürokratie. Er beschäftigt die zuständigen Ausländerbehörden und hat sachlich keinerlei Hintergrund. Die Residenzpflicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde eingeführt, weil man Bedenken hatte, wenn sich ein Asylbewerber in Nürnberg beim Sozialamt meldet, er am gleichen Tag nach München fährt und sich dort noch einmal anmeldet. Das war der tiefere Hintergrund für diese Residenzpflicht.

Dieses ist aber längst nicht mehr möglich. Durch die Identifikation eines jeden Menschen, der unser Land an der Grenze betritt, mit dem Fingerabdruck und mit all diesen Möglichkeiten, die es gibt, ist das längst ausgeschlossen. Es ist also eine völlig überflüssige Regelung im Asylverfahrensgesetz. Und dass Sie hineinschreiben, dass die Wohnsitzbeschränkung erhalten bleiben solle, ist doch genauso Quatsch, Frau Meyer. Jeder, der in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnt, kann gar nicht woanders hinziehen. Jeder, der über das Sozialamt der örtlichen Gemeinde Sozialhilfe, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezieht, ist an einen Wohnort gebunden. Es ist also Quatsch.

Man kann mit dieser Residenzpflicht nur eines machen: sie abschaffen. Das wäre wirklich ein Akt der Menschlichkeit. Das würde letztlich auch viele Strafverfahren verhindern, weil sich sehr viele Ausländerverfahren auf diese Residenzpflicht beziehen. Sie würden die Gerichte entlasten. Sie würden damit einen Beitrag zum Bürokratieabbau und zu einem Stück mehr Menschlichkeit leisten. Der Antrag ist sachlich völlig ungerechtfertigt.

Ich komme zu einem zweiten Punkt, dem Sachleistungsprinzip. Es muss weiterentwickelt werden - damit haben Sie völlig recht -, aber wir fügen hinzu: mit dem Ziel der eigenständigen Lebensführung der Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Das muss das Ziel sein. Wir werden uns bei Ihrem Antrag der Stimme enthalten. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die CSU-Fraktion erteile ich Kollegen Seidenath das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor, die sich mit der sogenannten Residenzpflicht beschäftigen, also mit der räumlichen Beschränkung der Aufenthaltsgestattung.

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist es - darüber sind wir uns in diesem Hohen Haus einig -, Flüchtlingen, die in einer elementaren Notlage zu uns kommen, Schutz und Obdach zu gewähren. Getreu unserem christlichen Menschenbild müssen und werden wir mit Flüchtlingen menschlich und human umgehen.

Wir hatten am 23. April 2009 eine längere Anhörung im Landtag, in der Verbände und Betroffene ihre Sorgen und Nöte vorgetragen und insbesondere an der Residenzpflicht Kritikpunkt geübt haben. Es hat sich unisono durch fast alle Beiträge gezogen, dass eine Lockerung dieser Residenzpflicht eine humane Aufwertung unseres Umgangs mit Asylbewerbern in unserem Land bedeuten würde, wenn man auch mal in den Nachbarlandkreis fahren, wenn man Freunde und Verwandte besuchen und wenn man auch von Dachau aus in die angrenzende Stadt München fahren könnte, was bis jetzt vom Gesetz her nicht möglich ist. Die Residenzpflicht zu lockern, ist also ein großes Petikum.

Andererseits ist es notwendig - das darf man nicht unterschätzen -, für das Asylverfahren die Asylbewerber greifbar zu haben, denn wir wollen das Verfahren schnell abwickeln. Es ist im Interesse aller, das Asylverfahren möglichst zu beschleunigen.

Deshalb ist das Ganze bundesgesetzlich in §§ 56 ff des Asylverfahrensgesetzes geregelt. Dort wird die Aufenthaltsgestattung räumlich beschränkt, aber es gibt schon jetzt Ausnahmemöglichkeiten im Gesetz. In § 58 Absatz 6 des Asylverfahrensgesetzes heißt es: "Um örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, können die Landesregierungen durch Rechtsverordnung bestimmen, dass sich Ausländer ohne Erlaubnis vorübergehend in einem die Bezirke mehrerer Ausländerbehörden umfassenden Gebiet aufhalten können."

Schon jetzt gibt es also die Möglichkeit, diese Residenzpflicht zu durchbrechen. Genau das wollen wir, meine Damen und Herren, tun. Wir wollen auf diese Weise unserer humanitären Verpflichtung nachkommen. Wir wollen künftig von diesen bundesgesetzlich eingeräumten Möglichkeiten großzügig Gebrauch machen.

(Christa Steiger (SPD): Das wollen Sie jeder Ausländerbehörde vorschreiben?)

Nur noch in der Hälfte aller Landkreise und kreisfreien Städte existiert überhaupt eine Gemeinschaftsunterkunft. Es ist auch so, dass wir in unserem Land ver-

schieden große Städte haben und sich die Residenzpflicht deswegen auf verschieden große Bereiche bezieht. Auch deswegen wäre es eine unbillige Härte, diese Residenzpflicht nicht grundsätzlich zu lockern.

Deswegen - darauf hat sich die CSU-Fraktion geeinigt und der Fraktionsvorstand hat das gestern Abend abgesehen - soll die erforderliche Zustimmung der angrenzenden Ausländerbehörde außer bei offensichtlicher Missbrauchsgefahr grundsätzlich erteilt werden. Das wird kommen. Das schafft die Staatsregierung auch aus eigener Kraft bereits durch die bundesrechtlich eingeräumten Möglichkeiten.

Der Dringlichkeitsantrag der FDP, den wir unterstützen werden, formuliert darüber hinaus auch einen Antrag auf Bundesebene. Das gilt vor allen Dingen mit Blick auf die EU-Aufnahmerichtlinie, die kommen wird. Sie wird möglicherweise auch Handlungen des Bundes erfordern. Für diesen Fall ist im Dringlichkeitsantrag ganz klar ausgesagt, dass hier einerseits eine hinreichende Mobilität, andererseits aber weiterhin Wohnsitzbeschränkungen möglich sein sollen, um das Verfahren effektiv und rasch gestalten zu können. Das ist also der Kompromiss, wie wir ihn auch in Bayern umsetzen werden.

Aus diesem Grund - Lockerung der Residenzpflicht - werden wir dem FDP-Antrag zustimmen. Die Residenzpflicht kann aus den Gründen, die ich genannt habe, nicht vollständig aufgehoben werden. Deswegen werden wir den SPD-Antrag ablehnen.

Dass wir das Asylbewerberleistungsgesetz im Hinblick auf das Sachleistungsprinzip evaluieren werden, ist schon im Koalitionsvertrag auf Bundesebene festgehalten. Wir werden also seine Folgen überprüfen, wir werden es weiterentwickeln. Das ist auch schon in den letzten Jahren in einigen Teilen geschehen. So ist zum Beispiel ein Bestellsystem für die Versorgung der Asylbewerber mit Lebensmitteln eingeführt worden. Daran sieht man, dass dieses Sachleistungsprinzip bereits modifiziert worden ist. Diese Evaluation wird weitergehen.

Bei dieser Evaluation müssen wir auch - das ist heute etwas kurz gekommen - die Argumente beachten, die gegen eine Aufhebung des Sachleistungsprinzips sprechen. Zum Beispiel sollten wir keinen Anreiz bieten, dass sich Asylbewerber ihre Leistungen vom Munde absparen, um beispielsweise an Schlepper oder Verwandte im Heimatland Geldzahlungen zu leisten. Das darf nicht sein; denn die Leistungen sollen beim Asylberechtigten, beim Asylbewerber direkt ankommen und nicht bei anderen, die ihn vielleicht unter Druck setzen oder die daran ein besonderes Interesse haben. Diese

Argumente gelten im Übrigen auch für ein Gutscheinsystem.

Deshalb wird, wie in dem Dringlichkeitsantrag festgehalten, das Sachleistungsprinzip evaluiert und überprüft. Dabei ist, wie gesagt, auch das Bestellsystem zu sehen. Das ist eine positive Entwicklung. Deshalb von unserer Seite Zustimmung zum Antrag der FDP, Ablehnung des Antrags der SPD.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Fraktion der Freien Wähler darf ich nun dem Kollegen Hanisch das Wort erteilen. Bitte schön.

Joachim Hanisch (FW): Sehr geehrte Damen und Herren! Ein echter Dringlichkeitsantrag sieht bei uns anders aus.

(Christa Steiger (SPD): Das stimmt!)

Als wir den Antrag gelesen haben, waren wir sofort dafür; denn er klingt so gut. "Residenzpflicht lockern", das wollen wir; "Sachleistungsprinzip überprüfen", das wollen wir auch.

(Brigitte Meyer (FDP): Also Zustimmung!)

Als wir dann näher hingesehen haben, haben wir festgestellt, dass die Bayerische Staatsregierung all das, was sich die FDP wünscht, schon seit Jahren machen könnte, so sie denn wollte.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zuruf von der FDP)

- Ja, natürlich! Wenn ich Mitglied dieser Regierung bin, muss ich doch nicht den Weg gehen, hier im Bayerischen Landtag einen Schaufensterantrag zu stellen, sondern dann kann ich das im Ministerrat oder wie auch immer klären und entsprechende Regelungen beschließen.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

- Herr Kollege Schmid, wenn es jetzt zum politischen Handwerk der CSU gehört, dass man das auch noch decken muss, dann ist das ein neuer, aber kein guter Weg.

Nein, meine Damen und Herren, dazu gibt es gesetzliche Regelungen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Kennen Sie den Unterschied zwischen Exekutive und Legislative?)

- Natürlich. Aber wenn ich als Legislative auch in der Exekutive bin, Herr Kollege, dann ist es ein Armutszeugnis, wenn ich diesen Weg eines Schaufensterantrags gehen muss.

(Beifall bei den Freien Wählern, der FDP und der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ich wollte es nicht sagen, aber einer Ihrer Kollegen - vielleicht erinnern Sie sich daran -, hat hier vor einigen Monaten gesagt: "Man muss nicht in Berlin anrufen, wenn man es zu Hause erledigen kann." Und wir sind hier in Bayern, wir sind in München zu Hause und können das selber erledigen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Meine Damen und Herren, wie sieht die Sache im Einzelnen aus? Mehr Mobilität bei der Residenzpflicht haben wir. Wenn Sie nachschauen, stellen Sie fest, dass in § 58 Absatz 6 des Asylverfahrensgesetzes diese Möglichkeit eingeräumt ist. Davon hat das Land Hessen seit Jahren Gebrauch gemacht. Davon wird das Land Brandenburg Gebrauch machen. Dieses Land hat angekündigt, dass es die Residenzpflicht innerhalb des Landes Brandenburg aufhebt.

Meine Damen und Herren von der CSU, wenn Sie das in dieser Konsequenz wollen, dann können Sie das bereits jetzt tun. Dann müssen wir heute dem Antrag der FDP nicht zustimmen, sondern diese Möglichkeit haben wir schon, wenn wir denn wollen.

Das zweite Anliegen ist, das Sachleistungsprinzip zu evaluieren. Selbstverständlich erwarten wir dazu einen Bericht der Bayerischen Staatsregierung; denn hier geht es darum: Was für Erfahrungen damit haben wir hier in Bayern gemacht?

Ich darf aus einem Gutachten, das zu dieser Angelegenheit erstellt worden ist, zitieren:

Mit einer Rechtsverordnung können die Landesregierungen die Beschränkung auf Landkreisebene aufheben und mit einer weiteren Rechtsverordnung die Residenzpflicht gänzlich innerhalb des Landes aufheben.

Machen Sie davon Gebrauch!

Der Antrag der SPD geht uns zu weit. Bevor wir eine Evaluierung durchgeführt und einen Erfahrungsbericht gehört haben, sind wir zum jetzigen Zeitpunkt dagegen. Dem Antrag der FDP werden wir, obwohl wir in der Sache dafür sind, deshalb nicht zustimmen, weil wir der Auffassung sind, dass es dieses Antrages nicht bedarf, da das von der Staatsregierung geregelt werden kann.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Die nächste Rednerin ist für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Kollegin Scharfenberg. Bitte schön.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ein begrüßenswerter Antrag von der FDP in Sachen Asylrecht, aber in Bezug auf die Strategie möchte ich Ihnen sagen, dass er eigentlich in sich zusammenfällt. Herr Hanisch hat das gerade richtig dargestellt. Ich bedauere, dass Sie sich nicht vorher darüber einigen konnten. Herr Seidenath hat ganz moderate Töne angeschlagen, ganz ungewohnt in diesem Hause. Aber da hätten Sie sich wirklich vorher einmal zusammensetzen und Ihre Hausaufgaben machen können. Sie können auf diesem Gebiet auf Landesebene sehr viel erreichen.

Über die Residenzpflicht können Sie mit Ihrer Regierungsmehrheit entscheiden, sofern die Länder für die Umsetzung des Bundesrechts zuständig sind. Besonders restriktiv wird die Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Asylverfahrensgesetzes in Bayern praktiziert - und das seit Jahren und Jahrzehnten. Ich schlage vor: Machen Sie als Regierungsparteien hier vor Ort erst einmal Ihre Hausaufgaben! Das wäre richtiger.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Diesbezüglich sind nämlich andere Länder wie Nordrhein-Westfalen, Hessen usw. schon viel weiter. Diese Länder haben die Residenzpflicht schon gelockert, und zwar auf dem Verordnungswege. Landesweit kann man eine ganze Menge erreichen. Dafür ist eine Linie vonnöten, die Sie als Regierungsmehrheit nicht haben, meine Damen und Herren. Deswegen kommt es zu solchen Anträgen. Bitte schön, sorgen Sie dafür, dass diese Regierungsmehrheit dort ausgenutzt wird, wo sie abgefragt wird, nämlich hier im Bayerischen Landtag.

Ich frage Sie auch, meine Damen und Herren von der FDP: Warum gehen Sie mit diesem Antrag über den Bundesrat? Das haben Sie doch überhaupt nicht nötig. Sie sind hier an der Regierung, Sie sind auf Bundesebene an der Regierung, dann nutzen Sie um Gottes Willen doch auch diese Mehrheiten. Sie haben alle Macht der Welt. Seien Sie sich gewiss: Wir unterstützen Sie.

Was meinen Sie mit der Formulierung, "... die Residenzpflicht so ausgestaltet wird, dass eine hinreichende Mobilität möglich ist"? Sagen Sie, was Sie darunter verstehen! Das ist mir wirklich zu gummiartig. Eine räumliche Beschränkung des Aufenthaltes gehört ab-

geschafft, meine Damen und Herren, und nicht gummiartig ausgestaltet.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Es kann doch wirklich nicht sein, dass Asylbewerber, wenn sie ihren Wohnort verlassen wollen, einen Reiseantrag stellen müssen. Dabei ist es ein ungeschriebenes Gesetz, dass maximal zwei Reiseanträge pro Vierteljahr gestellt werden dürfen. Das Kreisverwaltungsreferat München genehmigt erfahrungsgemäß nicht mehr. Ein Jugendlicher hat schlechte Karten, wenn er von der Gemeinschaftsunterkunft in München zum Beispiel nach Fürstenfeldbruck zum Ballettwettbewerb fahren möchte. Dort organisiert man für die Integration von Flüchtlingskindern oftmals Workshops und versucht, zum Beispiel für den 13-jährigen Jugendlichen namens Eddi, über den in der "Süddeutschen Zeitung" berichtet wurde, ein Auftrittsrecht zu ermöglichen, was aber nicht geht, weil er der Residenzpflicht unterliegt. Liebe FDP, gestalten Sie es nicht aus, sondern schaffen Sie es ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das hat man nach der Anhörung im Bayerischen Landtag zum Leverkusener Modell erkannt. Es ist viel wirtschaftlicher, vom Sachleistungsprinzip weg und hin zur Bargeldauszahlung zu gehen, da die Verwaltungs- und Personalkosten viel zu hoch sind. Jedenfalls spart man in Leverkusen Geld damit, vom Versorgungsprinzip abzurücken - ganz abgesehen von der Menschenwürde, gegen die das Versorgungsprinzip auch verstößt. Sie wissen das doch: Sobald die Leute zwangsweise versorgt werden - arbeiten dürfen sie auch nicht -, verdammt man sie zu inaktivem Verhalten und degradiert sie zu Leistungsempfängern. Das wollen die Menschen gar nicht. Blanker Zynismus ist es in diesem Zusammenhang, dass man, wenn die Menschen nach kurzer Zeit eventuell einer Arbeit nachgehen dürfen, hohe Gebühren für die Unterbringung in völlig heruntergekommenen Massenunterkünften verlangt. Da gibt es kein Entkommen für diese Menschen.

Diese Praxis geht aber auch auf Kosten der bayerischen Gesellschaft, meine Damen und Herren. Es ist in der Konsequenz billiger, vom Sachleistungsprinzip abzugehen. Die Wohnsitzbeschränkung soll unberührt bleiben. Meine Damen und Herren von der FDP-Fraktion, Sie sollten einfach einmal die aktuelle Rechtsprechung beachten: Wohnsitzbeschränkende Auflagen für anerkannte Flüchtlinge sind rechtswidrig nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Koblenz aus dem Jahr 2009. Hier wird gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und das Europäische Fürsorgeabkommen verstoßen. Das wollen wir nicht und die FDP sicherlich

auch nicht; denn auch sie hält die Bürgerrechte immer hoch. Tun Sie auch etwas dafür, dass die Wohnsitzbeschränkung gestrichen wird. Sie sollte nach Ihrem Antrag unberührt bleiben. Das wollen wir im Grunde auch abschaffen.

Dieser Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion geht aber in die richtige Richtung. Deswegen unterstützen wir ihn auch, weil er für die Asylsuchenden und für die Flüchtlinge steht, die wir in unserem Staat unbedingt brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Für die Bayerische Staatsregierung erteile ich nun Herrn Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in Bezug auf die Residenzpflicht nur einige Anmerkungen machen. Das, was insbesondere von SPD und GRÜNEN zu diesem Thema beigetragen wurde, kann wirklich nicht so stehen bleiben.

Ich darf darauf hinweisen, dass es in den Koalitionsverträgen der Koalitionen von CSU und FDP hier, und von CDU/CSU und FDP in Berlin, klare Absprachen gibt. Diese gelten und werden wir auch umsetzen. Für Bayern heißt das, wir werden prüfen, ob der Vollzug der Residenzpflicht für geduldete Ausländer gelockert werden kann. Das werden wir prüfen und werden sehr rasch in nächster Zeit zu konkreten Ergebnissen kommen. Dann setzen wir das auch um. Im Koalitionsvertrag des Bundes heißt es: "Die Residenzpflicht soll so ausgestaltet werden, dass eine hinreichende Mobilität insbesondere im Hinblick auf eine zugelassene Arbeitsaufnahme möglich ist; Wohnsitzbeschränkungen bleiben unberührt." Das gilt, und genauso werden wir weiter agieren. Wenn vonseiten der SPD und der GRÜNEN der Vorschlag ins Gespräch gebracht wird, die Residenzpflicht restlos zu beseitigen, so kann ich Ihnen nur sagen: Sie sind illusionär und völlig blauäugig oder in der Tat unverantwortlich gegenüber der Situation in unserem Land insgesamt. Ich darf darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass nach wie vor über zwei Drittel aller Asylbewerber, die in unser Land kommen, vom zuständigen Bundesamt abgelehnt werden.

(Angelika Weikert (SPD): Na und?)

Wir können doch nicht jedem, der einfach in unser Land kommt und "Asyl" schreit, gleich erlauben, dass er sich in der gesamten Bundesrepublik Deutschland beliebig aufhalten kann. So kann es wirklich nicht gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen findet erst einmal ein geordnetes Verfahren statt. Mit solchen Fragen wie der Lockerung von Aufenthaltanordnungen etc. müssen wir uns beschäftigen, wenn zum Beispiel jemand dauerhaft nicht abgeschoben werden kann, weil ein Abschiebehindernis oder dergleichen besteht. Das ist völlig richtig. Aber ihm einfach mir nichts dir nichts jedem zu erlauben, dass er sich aufhalten kann, wo er möchte, während er sich im ersten Aufnahmeverfahren befindet und sich für die Behörden, das Verfahren, eventuell für das Gerichtsverfahren zur Verfügung halten muss, kann ich nicht akzeptieren und das werden wir auch nicht tun.

Im Übrigen möchte ich noch anmerken: Die SPD war auf Bundesebene bekanntlich bis vor einem halben Jahr an der Regierung beteiligt; die GRÜNEN immerhin sieben Jahre lang. Interessanterweise hat man dazu nie etwas gehört. Es wäre nämlich unverantwortlich gewesen, diese Residenzpflicht restlos zu beseitigen. Das stand auch damals während der rot-grünen Regierungszeit niemals auf der Tagesordnung.

(Beifall bei der CSU)

Aber jetzt kommen Sie - Entschuldigung - mit einem solchen unverantwortlichen Unfug daher? - Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CSU - Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine letzte Bemerkung. Ich möchte nicht in die Zuständigkeit der Kollegin Sozialministerin eingreifen, was das Sachleistungsprinzip angeht, worüber wir uns völlig einig sind. Aus meiner Sicht und aus der Wahrnehmung, wie Rot-Grün über dieses Thema diskutiert, ist es schon etwas merkwürdig: Wenn es um das Betreuungsgeld für Eltern und ihre Kinder geht, wird darüber diskutiert, ob es nicht sehr "gefährlich" sei, dass die Eltern das ganze Geld versaufen könnten; es sei doch höchst problematisch, denen einfach Geld auszuzahlen. Man müsse über Sachleistungen reden.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Angelika Weikert (SPD): Was ist das denn für ein Vergleich?)

Und wenn es um Asylbewerber geht, die in unser Land kommen, dann sei es plötzlich nicht mehr menschengerecht, denen Sachleistungen zu gewähren. Ich halte das schon für eine sehr verschobene Art, solche Diskussionen zu führen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, zuerst eine Zwischenfrage, oder sind Sie mit Ihrer Rede am Ende? - Dann erteile ich zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, Sie behaupten, Sie hätten nie etwas gegen die Residenzpflicht gehört. Haben Sie denn nichts von Leuten, die gegen die Residenzpflicht sind, gehört? Haben Sie die Protestresolutionen, die Kundgebungen und Veranstaltungen bisher nicht zur Kenntnis nehmen können?

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Ich bin von Ihrem Redebeitrag erschüttert. Sie kennen offenbar nicht die Lebenswirklichkeit der Asylbewerber, deren Anträge bei den Kreisverwaltungsbehörden, zum Beispiel wenn sie etwa einen erkrankten Verwandten besuchen wollen, außerordentlich selten genehmigt werden?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Wenn Sie von meinen Redebeiträgen erschüttert sind, dann muss ich das gelassen hinnehmen, liebe Frau Kollegin. Ich habe es auch nicht sehr viel anders erwartet.

Im Übrigen werden wir - ich sage es Ihnen noch einmal - in unserer Koalition sehr sachlich darüber sprechen. Ich stehe zu dem, was in den Koalitionsverträgen steht, dass nämlich eine vernünftige angemessene Lockerung, dort, wo es vertretbar ist, stattfindet. Das werden wir in absehbarer Zeit umsetzen. Darüber bin ich mit der Kollegin Haderthauer völlig einig. Doch das, was Sie fordern, nämlich die völlige Abschaffung der Residenzpflicht, wird es - und dabei bleibe ich - mit uns nicht geben.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung darf ich der Kollegin Weikert das Wort erteilen.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Minister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zwei Bemerkungen voranstellen, bevor ich Ihnen eine konkrete Frage stelle. Erstens, wir hatten alle gehofft, dass wir aufgrund der sachlichen Diskussionen, die wir hier geführt haben, und dieser Anhörung, die wir gemeinsam durchgeführt haben, gerade zu diesem Thema andere Töne anschlagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Minister, das Thema Ausländerfeindlichkeit entsteht - das muss ich Ihnen vorwerfen - auch durch

solche unüberlegte Bemerkungen von Politikern, gerade von Ministern. Dies muss ich als Bemerkung loswerden.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Auf welchen Satz von mir bezieht sich das, bitte schön?

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die Kollegin Weikert hat das Wort.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich habe eine Zwischenintervention und zwei Minuten Zeit.

Zweitens. Ich will als Bemerkung voranstellen, dass wir uns als SPD von Ihnen, Herr Minister, in Sachen "gesetzliche Regelung von Zuwanderern" keine Nachhilfe geben lassen müssen. Da könnte man nämlich weit in die historische Kiste hineingreifen. Auch in Sachen "Aufrechterhaltung des Asylrechts in Deutschland" brauchen wir von Ihnen keine Nachhilfe, um das deutlich festzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, als Drittes müssen Sie mir zur Problematik, die in Sachen Asyl vorhanden ist und die Sie leider mit für mich unverständlichen Worten angerissen haben, eine konkrete Frage beantworten, nämlich zur Residenzpflicht, die bedeutet, dass sich ein Mensch nicht mehr als 20 Kilometer am Tag bewegen darf, solange die Sonne scheint. Was hilft Ihnen dieser Passus bei der ganzen Problematik, die Sie aufgeworfen haben? Nennen Sie mir nur ein konkretes Beispiel; Sie können es mir auch schriftlich zukommen lassen. Ich wäre Ihnen dafür dankbar. Alle zuständigen Ausländerbehörden sagen, das sei nichts anderes als Bürokratie. Genau in den Punkten, die Sie angesprochen haben, hilft Ihnen dieser Passus überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Kollegin, da sind Sie leider völlig auf dem Holzweg, ebenso mit den vorherigen Bemerkungen. Ich bitte nochmals zur Kenntnis zu nehmen - darum habe ich für Ihre Art der Darstellung überhaupt kein Verständnis -, dass ich ausdrücklich bekräftigt habe, was in den Koalitionsverträgen steht. Die beiden Koalitionsverträge sind in meiner Anwesenheit mit mir so ausgehandelt worden und sie werden auch so umgesetzt. Ich habe mich ausdrücklich dazu bekannt, dass in Zukunft

in der Tat bei einer Reihe von Fällen Lockerungen und eine großzügigere Praxis möglich sind. Das habe ich Ihnen ausdrücklich gesagt. Bitte drehen Sie mir jetzt nicht das Wort im Mund um, als hätte ich hier irgendeine Absolutheitsposition formuliert - im Gegenteil. Die Absolutheitsposition haben Sie hier vertreten, nämlich die gesamte Residenzpflicht restlos abzuschaffen. Ich habe Ihnen deutlich gesagt, das ist nicht meine Position, und das ist nicht die Position dieser Koalition, übrigens auch nicht die Position der Koalition in Berlin. Die Koalition in Berlin hat sich vielmehr klipp und klar zum Fortbestand der Residenzpflicht, aber zu einer gelockerten Form bekannt. Und genau dieses werden wir umsetzen. Dieses habe ich Ihnen unmissverständlich gesagt, damit klar ist, worüber wir in Zukunft reden. Ich bin weit davon entfernt, Ihnen in Sachen Asylrecht Nachhilfe erteilen zu wollen.

(Angelika Weikert (SPD): Das brauchen Sie wirklich nicht! - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich weiß seit jeher, dass das in der Tat völlig zwecklos ist. Umso konsequenter werden wir unsere Linie weiterführen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 16/3250 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der GRÜNEN. Gegenprobe; wer stimmt nicht zu? - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Frau Dr. Pauli hatte sich enthalten.

(Christa Naaß (SPD): Frau Dr. Pauli war dagegen!)

Entschuldigung, Frau Dr. Pauli war dagegen. Enthaltungen? - Die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag der FDP-Fraktion angenommen.

Nun kommen wir zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/3274. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Gegenprobe. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler und Frau Abgeordnete Dr. Pauli. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Georg Schmid, Eberhard Rotter, Renate Dodell u. a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Dr. Franz Xaver Kirschner, Tobias Thalhammer u. a. und Fraktion (FDP)
Mittel aus dem Planungskostenbudget für die TEN-Strecke Neu-Ulm - München - Mühldorf - Freilassing sowie die Strecken Nürnberg - Hof und Regensburg - Hof (Drs. 16/3251)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FW)
Finanzierung des Schienenverkehrs für dringende Infrastrukturmaßnahmen in Bayern (Drs. 16/3276)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache.

Erster Redner ist Herr Kollege Rotter. Vielen Dank, dass Sie schon nach vorne gekommen sind. Bitte schön.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der vergangenen Woche hat die angebliche Streichliste der Bahn für große Aufregung, insbesondere auch im bayerischen Chemiedreieck, gesorgt. Projekte, die selbst im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans enthalten sind, sollen auf dieser Streichliste stehen, wie beispielsweise die Strecke München - Mühldorf - Freilassing. Aber auch wichtige außerbayerische Güterverkehrsstrecken wie der viergleisige Ausbau der Oberrhein-Strecke zwischen Karlsruhe und Basel sowie die sogenannte Y-Trasse nördlich von Hannover mit Verzweigung nach Hamburg und nach Bremen sollen angeblich bis 2025 nicht finanzierbar sein.

Ich zweifle nicht an der Aussage von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, dass diese Liste nicht mit ihm diskutiert und schon gar nicht mit ihm abgestimmt worden sei. Dennoch bin ich mir sicher, dass es diese ominöse Liste als bahnhinterne Aufstellung gibt, und zwar nicht erst seit der vergangenen Woche, sondern diese Liste ist bereits im Herbst des vergangenen Jahres für den neuen Bahnchef Rüdiger Grube erstellt worden. In dieser Liste hat die Bahn selber Projekte aufgelistet, bei denen es wehtut, wenn sie nicht finanziert werden können. Die Bahn hat gesagt, diese Projekte seien nicht mit finanziellen Mitteln hinterlegt. Die Bahn pokert hier natürlich um mehr Mittel und will auf die politisch Verantwortlichen, insbesondere im Bund, entsprechenden Druck ausüben.

Es ist eine Tatsache, dass der Bundesverkehrswegeplan seit Jahrzehnten unterfinanziert ist, und zwar unabhängig von der jeweiligen Bundesregierung. Da können sich alle selber an die Brust klopfen. Dies gilt

sowohl für die Bundesfernstraßen als auch für die Schieneninfrastruktur.

Bei der Schiene kommt erschwerend hinzu, dass sie auch von kurzfristigen Mittelerrhöhungen, die es im Bundeshaushalt immer wieder einmal gibt, nicht profitieren kann und auch in der Vergangenheit nicht profitieren konnte, weil die Bahn keine Schubladenplanungen hat, wie das beispielsweise im Straßenbau der Fall ist. Daher konnte dieser Bereich aus den Konjunkturpaketen I und II auch nur sehr geringe Mittel bekommen, und zwar nur für den bereits in Planung beziehungsweise in Realisierung befindlichen zweigleisigen Ausbau der Strecke Mühldorf in Richtung Ampfing. Da war man bereits so weit, dass man bauen konnte. Deswegen kamen hierfür zusätzliche Mittel. Aber ansonsten war selbst für diese wichtige Ausbaustrecke ABS 38 in den Konjunkturpaketen nichts enthalten. Stattdessen geht es um Zugzielanzeiger und um ein bisschen Kosmetik an den Bahnhöfen. Auch das ist durchaus wichtig. Auch diese Maßnahmen konnten mit diesen Mitteln finanziert werden, aber eben nicht die großen Streckenausbauten. Denn die Bahn plant erst dann, wenn die Finanzierung auch des Baus dieser Strecken komplett abgesichert ist. Erst dann nehmen die Planer der Bahn den Griffel in die Hand. Dann gibt es sehr, sehr lange Planungszeiträume. Und wenn die Planungen dann endlich abgeschlossen sind, gibt es häufig gerade nicht die Mittel, die notwendig wären, um die Strecken zügig zu bauen. Daher fordert die Bahn und fordern wir seit Jahren mehr Planungssicherheit. Wir fordern bei den Planungen der Schienenwege Nachhaltigkeit.

Wir haben hier im Bayerischen Landtag schon oft Diskussionen darüber geführt, ob nicht der Freistaat Bayern zumindest die Planungen für wichtige Projekte vorfinanzieren könne, wobei dieses leider aus Mitteln des Landeshaushalts im größeren Umfang nicht darstellbar ist. Daher mussten wir erst vergangene Woche im Wirtschaftsausschuss wiederum einen Antrag aus Oberfranken ablehnen, in dem es darum gegangen ist, Planungsmittel in Höhe von rund 30 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist fatal!)

- Natürlich ist das fatal. Aber es gibt nur eine Lösungsmöglichkeit. Diese Lösungsmöglichkeit hat der Bayerische Landtag in großer Einigkeit quer durch alle Fraktionen bereits im vergangenen Jahr im Einklang mit der Staatsregierung gefordert, nämlich auf den Bund einzuwirken, ein Planungskostenbudget aufzulegen, aus dem dann quasi Vorratsplanungen der Bahn finanziert werden können. Erfreulicherweise hat die christlich-liberale Koalition in Berlin in ihrem Koalitionsvertrag die Einrichtung eines solchen Planungskostenbudgets auf Bundesebene vereinbart.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier setzt nun unser Antrag an, mit dem wir die Staatsregierung auffordern, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass für eine sofortige Planungsaufnahme von Projekten der Schieneninfrastruktur in Bayern ausreichend Mittel aus diesem Planungskostenbudget zur Verfügung gestellt werden. Unserer Überzeugung nach muss dies vor allem für die TEN-Strecke Neu-Ulm - München - Mühldorf - Freilassing sowie für die Elektrifizierung der Strecken Nürnberg - Hof und Regensburg - Hof gelten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere daran, dass sämtliche vier Varianten des Gutachtens zur verbesserten Schienenanbindung an den Flughafen München wesentliche Ausbauten gerade entlang der Strecke München - Mühldorf - Freilassing voraussetzen. Das ist ein Abschnitt der TEN-Strecke Paris - Bratislava. In Frankreich wird demnächst der Ausbau bis Straßburg fertiggestellt. Der TGV fährt dort mit 300 km/h und muss auf der Strecke zwischen Neuoffingen - das liegt bei Günzburg - und Dinkelscherben - das ist im Landkreis Augsburg - auf 80 km/h heruntergebremst werden. Man kann sagen: Blumenpflücken während der Fahrt ist erlaubt. Das kann es natürlich nicht sein. Deshalb ist es dringend notwendig, zumindest einmal mit den Planungen bald beginnen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Im folgenden Streckenteil zwischen Augsburg und München wird der viergleisige Ausbau Ende 2011 fertiggestellt sein. Dann geht es eingleisig auf einer Dieselstrecke weiter über Mühldorf nach Freilassing. So kann es nicht sein. Das ist für die chemische Industrie im Chemiedreieck wettbewerbsverzerrend. Daher wird von dort seit Langem gefordert, dass der Masterplan Schiene eingehalten wird. Dieser Antrag ist auch ein deutliches Signal an das Chemiedreieck, dass wir zu unseren Aussagen stehen und alles dafür tun, was der Bayerische Landtag hier tun kann.

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere daran, dass von dem Streckenausbau entlang der ABS 38 neben dem Fern- und Regionalverkehr natürlich auch der Güterverkehr profitiert. Es ist seit Langem unsere berechtigte Forderung, mehr Güter auf die Bahn zu setzen. Daher müssen wir die entsprechenden Strecken dafür zur Verfügung stellen.

Vergleichbares gilt dann natürlich auch für die Elektrifizierung der Strecken Nürnberg - Hof und Regensburg - Hof, wobei ich mich im Falle der Strecke Nürnberg - Hof ausdrücklich nicht für die eine oder andere Variante ausspreche, sondern wir sind natürlich dafür, dass man versucht, beide Varianten zu planen. Das ist Teil der Franken-Sachsen-Magistrale. Regensburg - Hof ist als direkte Nord-Süd-Achse insbesondere für den Güter-

verkehr von ganz zentraler Bedeutung. Daher müssen umgehend Mittel für die Planung bereitgestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag und gehe davon aus, dass das parteiübergreifend erfolgen wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung nehme ich gleich noch zum nachgezogenen Antrag der Freien Wähler Stellung; dann brauche ich mich nachher nicht mehr zu Wort zu melden.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Sie sollten Ihren Fraktionsvorsitzenden wegen der Redezeit anschauen.

Eberhard Rotter (CSU): Das geht sehr schnell. Ziffer 1 ist ohnehin vom CSU-Antrag beschrieben; dem stimmen wir natürlich zu. Soweit Sie in Ziffer 2 weitere Haushaltsmittel seitens des Bundes dafür fordern, sind wir natürlich auch dafür, wobei man der Ehrlichkeit halber das Wort "notfalls" streichen sollte; denn wir werden zusätzliche Haushaltsmittel brauchen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Rotter. Für die Freien Wähler hat sich Herr Pohl zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FW): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der CSU-Fraktion, die Mittel aus dem Planungskostenbudget für diese vorrangigen Strecken zur Verfügung zu stellen, ist richtig und wird von uns unterstützt.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Herr Kollege Rotter, das ist auch der Grund dafür, dass wir diesen Antrag in unseren nachgezogenen Dringlichkeitsantrag aufgenommen haben.

Wir haben des Weiteren - und ich freue mich über den Konsens - beantragt, dass sich die Staatsregierung dafür einsetzt, dass auch die Realisierung dieser Planungsmaßnahmen zeitnah erfolgt. Wir halten es für dringlich und wichtig, weil wir nicht einfach in Berlin anrufen und sagen können: Macht mal. Wir halten es auch für dringlich und wichtig, weil Sie offensichtlich in der Vergangenheit auch nicht die Möglichkeit hatten, in Berlin anzurufen und zu sagen, "Macht mal", obwohl Sie die Bundesregierung gestellt haben.

Ich hoffe - und das sage ich jetzt ohne jede Polemik -, dass sich durch den Wechsel im Bundesverkehrsministerium etwas ändert. Ich setze auch durchaus Erwartungen in den neuen Verkehrsminister, der sehr deutlich von der Notwendigkeit eines Aufbaus West ge-

sprochen hat. Ich möchte das unterstreichen: Wir brauchen in der Tat jetzt einen Aufbau West, und wir brauchen in der Tat eine Offensive in Bayern zur Verkehrsinfrastruktur. Wir alle wissen, dass das Geld, das in den Haushalten hierfür zur Verfügung steht, deutlich zu wenig ist.

Da muss ich schon eine kritische Anmerkung machen. Sie haben in der Vergangenheit auf das falsche Pferd gesetzt. Sie haben gemeint, wir müssten auf Teufel komm raus den Transrapid bauen und dafür Bundesmittel erhalten. Das war der falsche Weg. Hätten Sie rechtzeitig auf das richtige Pferd gesetzt, dann hätten wir möglicherweise jetzt schon einen Fortschritt bei dringenden, wichtigen Infrastrukturmaßnahmen.

Natürlich gibt es außer diesen drei Maßnahmen der Elektrifizierung der Strecken Nürnberg - Hof und Regensburg - Hof und der TEN-Strecke Neu-Ulm - München - Mühldorf - Freilassing auch noch andere, dringende und wichtige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, und zwar im Schienenverkehr und im Straßenverkehr. Deswegen richte ich an alle hier im Hause den Appell: Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten, sich in Berlin dafür einzusetzen, dass bei notwendigen Sparmaßnahmen nicht an der Verkehrsinfrastruktur gespart wird, und schon gar nicht in Bayern. Genau das Gegenteil ist notwendig; denn diese Haushalte sind chronisch unterfinanziert.

Wir werden Sie beim Wort nehmen, wenn Sie bei den Neujahresempfängen in Industrie- und Handelskammern in den Regionen große Versprechungen machen, dass dieses und jenes vorangetrieben werden müsse. Wir werden Sie daran erinnern und fordern: Setzen Sie es um, schaffen Sie die Voraussetzungen, verhandeln Sie mit Ihrem Parteifreund in Berlin geschickt, sodass der Freistaat Bayern endlich die notwendigen Mittel bekommt.

Der Freistaat Bayern ist ein Flächenstaat. Wir Freien Wähler haben es uns zur Aufgabe gemacht, dass alle bayerischen Regionen gleichberechtigt entwickelt werden und nicht nur die großen Zentren. Arbeiten Sie mit uns zusammen, damit wir in dieser wichtigen Sache einen Schritt weiterkommen. Wenn der Bundesverkehrsminister, der von der CSU gestellt wird, ein offenes Ohr für die Belange in Bayern hat, dann bin ich mir sicher, dass wir noch in dieser Legislaturperiode bei den wichtigen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen einen wesentlichen Schritt weiterkommen.

Wir werden den Antrag der CSU unterstützen und wollen natürlich Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Pohl. Für die SPD hat Herr Dr. Wengert ums Wort gebeten.

Dr. Paul Wengert (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beide Anträge sprechen in der Tat bedeutende Schieneninfrastrukturprojekte in Bayern an. Weitere ebenfalls bedeutende Projekte - Kollege Pohl hat schon darauf hingewiesen - hätten aber ebenfalls Aufnahme in diese Anträge verdient, etwa die gerade für Ostbayern so wichtige Strecke Nürnberg - Passau - Wien. Dem Bund gegenüber Forderungen zu stellen, hat in Bayern Tradition und ist auch nicht grundsätzlich falsch.

Aber die Schieneninfrastruktur ist nicht nur in Bayern unterfinanziert. Herr Kollege Rotter hat dankenswerterweise festgestellt, dass dies bereits zu Zeiten der alten Bundesbahn der Fall gewesen ist. Ich möchte an dieser Stelle jedoch feststellen, dass vom Bund noch nie zuvor für Verkehrsprojekte, ob für Straßen- oder Schienenprojekte, so viel Geld zur Verfügung gestellt wurde wie in den vergangenen Jahren, als die Sozialdemokraten den Verkehrsminister stellten.

(Lachen und Widerspruch bei der CSU)

- Wenn Sie der Addition mächtig sind, können Sie das nachrechnen.

Angesichts der bestehenden und unbestrittenen Unterfinanzierung könnte Bayern, um seine Forderungen zu unterstreichen, zur Vorfinanzierung dringender Planungen durchaus in die eigene Tasche greifen. Stattdessen haben CSU und FDP in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses unseren Antrag abgelehnt, mit dem gefordert wurde, für die Vorplanung der Elektrifizierung der Strecke Nürnberg - Hof, die Teil der Franken-Sachsen-Magistrale ist, mit 20 bis 25 Millionen Euro in Vorlage zu gehen. Bayern macht sich jetzt gegenüber dem Bund für diese Strecke stark.

Dies wäre mehr als eine bloße Forderung ein deutliches Signal an Berlin für diese Strecke gewesen. Die Begründung, dieses Geld könnte verloren sein, wenn die Strecke doch nicht realisiert würde, war sehr faden-scheinig. In Sachsen hat die Vorfinanzierung der Vorplanungen zur Elektrifizierung des Teilstücks Reichenbach - Hof dazu geführt, dass noch in diesem Jahr damit begonnen wird.

Nach dem Bild, das der Herr Finanzminister vorher vom bayerischen Haushalt gezeichnet hat, strotzen wir vor Kraft. In diesem Fall wären diese paar Millionen Euro nur Peanuts.

Erfreulich ist, dass im schwarz-gelben Koalitionsvertrag die Schaffung eines Planungskostenbudgets enthalten

ist. Mehr Geld für die Schiene wird durch diese Maßnahme allerdings nicht erreicht. Im Gegenteil: Wir befürchten, dass für die Schiene künftig weniger Geld als bisher zur Verfügung stehen wird; denn im Koalitionsvertrag gibt es noch andere Festlegungen. Ich nenne zum Beispiel die Festlegung auf der Seite 27, wo es heißt, dass die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft weiterentwickelt würde, unter anderem mit der Prüfung der Herstellung eines Finanzierungskreislaufs Straße unter direkter Zuweisung der Lkw-Maut an diese Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft. Weiter heißt es, dass verkehrsträgerbezogene Finanzierungskreisläufe gestärkt würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies widerspricht dem bislang erfolgreich verfolgten Ziel einer integrierten Verkehrspolitik und konterkariert einen ausgewogenen Ausbau unseres Gesamtverkehrssystems unter Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutzziele.

(Josef Miller (CSU): Das ist ein Missverständnis!)

Einen verkehrsträgerbezogenen Finanzierungskreislauf Straße zu schaffen, bedeutet doch die Abkopplung der Maut vom Bundeshaushalt und von der Finanzierung der anderen Verkehrsträger. Das wäre die Abkehr von der notwendigen Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene. Selbst Herr Staatsminister Zeil hat kürzlich vorsorglich die vollständige Verwirklichung von Bahnprojekten in Bayern angemahnt. Hat er möglicherweise ebenfalls von einer Streichliste gehört, über die Herr Minister Ramsauer und der Bahnchef, Herr Grube, allerdings nicht gesprochen haben wollen? Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Ihr Antrag scheint mehr der mangelnden innerparteilichen Kommunikation geschuldet zu sein: denn Ihre Forderung richtet sich nicht an irgendjemanden in Berlin, sondern an Ihren eigenen CSU-Verkehrsminister Peter Ramsauer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie es aus eigener Kraft nicht schaffen, dass er und sein Haus in die Puschen kommen, helfen wir gerne parteiübergreifend mit und stimmen Ihrem Antrag freudig zu. Das gilt auch für den in der Ziffer 1 gleichlautenden Antrag der Freien Wähler. Wir tragen auch die in Ziffer 2 dieses Antrags enthaltene Forderung nach entsprechenden Realisierungsmitteln mit, hoffen allerdings, dass uns die Freien Wähler auch unterstützen werden, wenn wir nachfragen, wo denn das Geld geblieben ist.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kollegen Dr. Runge das Wort.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! In der gewohnten Kürze:

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

- Ein kleiner Scherz muss zu so später Stunde sein.

Erstens. Wir unterstützen den Antrag auf Drucksache 16/3251, Mittel aus dem Planungskostenbudget für die TEN-Strecke Neu-Ulm - München - Mühldorf - Freilassing sowie die Strecke Nürnberg - Hof und Regensburg - Hof. Dieser Antrag verfolgt ein wichtiges Anliegen gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die wir im letzten Jahr machen durften.

Zweitens. Den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke München - Mühldorf - Freilassing fordern wir seit Jahren quer durch alle Parteien, oder besser gesagt, seit mehreren Jahrzehnten. Wichtig ist uns auch die Elektrifizierung der Strecken Nürnberg - Hof und Regensburg - Hof. Zur Klarstellung möchte ich feststellen, dass dabei dezidiert die Strecke Nürnberg - Bayreuth enthalten ist. Das habe ich mit dem Antragsteller vorhin besprochen.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Es kann nicht angehen, Bayreuth von der Frankensachsen-Magistrale abzuhängen.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Drittens. Herr Kollege Dr. Wengert hat bereits angesprochen, dass es etwas armselig ist, dass Sie nicht den direkten Weg über Ihre Bundesregierung und Ihren Bundesverkehrsminister gehen können, sondern nur aus Bayern einen Antrag stellen, der weitgehend appellativen Charakter hat.

Viertens. Wir haben immer wieder über die Unterfinanzierung des Bundesverkehrswegeplans diskutiert. Diese Finanzierung wird aber nicht besser, solange sie auf jedem Unsinnprojekt beharren. Ich nenne zum Beispiel das Projekt Stuttgart 21 oder das milliarden-teure bayerische Projekt der Rennstrecke von Nürnberg durch den Gottesgarten und den Thüringer Wald nach Erfurt. Das Projekt Y-Trasse wäre ebenfalls zu nennen, das in dieser Streichliste dabei ist. Diese drei Projekte machen bereits mehr als zehn Milliarden Euro aus. Das ist noch vorsichtig gerechnet. Wahrscheinlich werden sie sehr viel mehr kosten. Wenn Sie es nicht schaffen, endlich Prioritäten zu setzen, werden wir bei Projekten, die uns wichtig sind, nie weiterkommen.

In der Begründung des Antrags werden zwei Projekte miteinander verquickt, die nicht miteinander verquickt werden sollten. Ich spreche zum einen von der Strecke München - Mühldorf - Freilassing und zum anderen von der Flughafenanbindung. Die Strecke München - Mühldorf - Freilassing sollte bald realisiert werden. Bei der Flughafenanbindung, wie sie von den Gutachtern vor-

geschlagen wurde, steht unseres Erachtens der Nutzen in keinem Verhältnis zu den Kosten.

Herr Kollege Rotter, Sie haben von der Streichliste und von einer großen Aufregung gesprochen. Das ist nur ein Viertel oder ein Fünftel der Wahrheit. Man muss sich wundern, welche Sau wie oft durchs Land getrieben werden kann. Wie kann etwas gestrichen werden, was noch nie drinstand? Für die Strecke München - Mühldorf - Freilassing ist im Jahr 2003 die Finanzierung weggefallen. Sie können sich vielleicht noch daran erinnern, wie Herr Staatsminister Dr. Wiesheu zum einen über den Verkehrsdurchführungsvertrag und zum anderen über die Zehn-Jahres-Rahmenvereinbarung mit der DB AG berichtet hat. In diesem Bericht ist von einem Top-Projekt und der ersten Priorität die Rede. Etwas weiter unten heißt es:

Das Projekt ist finanziell nicht mehr abgesichert. Ein konkretisierter Zeitplan muss ersetzt werden durch eine Absichtserklärung.

Das bedeutet, dass wir uns alle um eine Verbesserung des Status quo bei der finanziellen Absicherung der Projekte im Bundesverkehrswegeplan kümmern müssen.

Ich möchte zwei Sätze zur Vorfinanzierung sagen. Dies ist eine Frage der politischen Prioritäten. Der Freistaat Bayern muss auch einmal selbst Geld in die Hand nehmen, um das eine oder andere Projekt zu befördern. Wir GRÜNEN sind der Auffassung, dass der Freistaat Bayern wenigstens dort in Vorleistung treten sollte, wo Projekte in der Realisierung finanziell abgesichert sind. Ich nenne nur das Sonderprogramm zum behindertengerechten Umbau von Bahnhöfen. Wir haben neulich erfahren, dass dafür Geld vorhanden wäre, aber keine Planungen. Es gibt viele Beispiele, bei denen der Freistaat Bayern in die Vorfinanzierung gegangen ist. Ich nenne nur Ulm 21 oder die Stoiber-S-Bahn, also die Verlängerung der S-Bahn nach Geretsried. Hier wurde die Planung vom Freistaat nicht nur vorfinanziert, sondern sogar konkret in Auftrag gegeben. Oder das unsägliche Transrapid-Projekt. Auch hier hat uns die Planung sehr viel Geld gekostet. In der Summe hat allein das bayerische Transrapid-Abenteuer einen dicken dreistelligen Millionenbetrag an Steuergeldern - zugegebenermaßen nicht nur bayerische - gekostet.

Fazit: Es liegt auch an uns, über die Festsetzung von Prioritäten weiterzukommen bei den Projekten, die uns wichtig sind. Die namentlich genannten Strecken, nämlich München - Mühldorf - Freilassing sowie Nürnberg - Hof und Regensburg - Hof einschließlich der Trasse über Bayreuth sind uns wichtig. Deshalb sollten wir klar sagen, auf welche Projekte wir von bayerischer Seite verzichten, um Geld einzusparen. Ich könnte Ihnen

gleich eine Reihe von Vorhaben nennen. Sie wissen schon, welche ich meine, beispielsweise auch in München.

Wir sollten es wirklich gemeinsam anpacken, indem wir beide Anträge unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich bitte jetzt Herrn Dr. Kirschner für die FDP nach vorn.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Strecken Nürnberg - Hof - Reichenbach und München - Mühldorf - Burghausen - Freilassing stehen immer wieder auf der Tagesordnung. Um das Ganze abzukürzen: Auch wir von der FDP stimmen dem Antrag der Freien Wähler zu.

Wenn man sich im Wirtschaftsausschuss mit diesen Themen beschäftigt, kommt man relativ schnell zu dem Ergebnis, dass wir nicht nur eine Unterfinanzierung haben, sondern einen Wunschkatalog, der sich über den gesamten ländlichen Raum von Passau bis Ulm und von Burghausen bis Hof erstreckt und der aus heutiger Sicht in der Summe nicht finanzierbar ist. Es gibt aber trotzdem Strecken, die errichtet werden müssen. Ich könnte hier Strecken ansprechen, die Herr Dr. Runge auch schon angesprochen hat; denn in diesem Punkt sind wir uns völlig einig. Ich selbst bin ein B-12-Fahrer und weiß, was gerade aus Burghausen auf die Straße verlagert wird, weil die Bahn völlig inakzeptabel ist. Der überwiegende Teil des Schwerlastverkehrs findet auf der Straße statt. Wenn man seit 35 Jahren zeitweise sogar zweimal die Woche mit dem Auto die B 12 fährt, muss man im Grunde genommen froh sein, wenn man noch lebt. So viel dazu.

Darum bitte ich, die Strecke München - Mühldorf - Burghausen - Freilassing vorrangig zu behandeln. Natürlich ist aber auch das Thema Nürnberg, das wir letzte Woche im Ausschuss behandelt haben, eine dringende Angelegenheit. Hier liegen wir alle auf einer Linie. Wir werden uns mit Nachdruck bei der neuen Bundesregierung dafür einsetzen, dass diese Strecken nicht vom Tisch kommen oder in einer Streichliste erscheinen, sondern dass sie vorrangig behandelt werden.

Ich komme zu Herrn Dr. Wengert. Herr Dr. Wengert, ich muss Ihnen ausdrücklich widersprechen, wenn Sie der Auffassung sind, dass in den letzten zehn Jahren in Bayern besonders viel passiert ist. Wenn das so sein sollte, dann rührt das noch aus der Zeit Anfang der Neunzigerjahre, als der Bau der ICE-Trassen angestoßen wurde, insbesondere die Strecke von München Richtung Nürnberg. Zwischenzeitlich ist aber im Grunde relativ wenig passiert.

(Beifall bei der FDP)

Das Thema der Anfinanzierung haben wir im Wirtschaftsausschuss behandelt. Für die FDP sage ich ganz klar: Wir haben mit der Vergangenheit und mit dem, was vor zehn oder 15 Jahren an Planung anfinanziert worden ist, nichts zu tun. Es kann nicht sein, dass wir in der Situation, in der wir uns befinden, Steuergelder - und wenn es nur 25 Millionen Euro zur Anfinanzierung einer möglichen Planung sind - investieren, wenn nicht gewährleistet ist, dass diese Planung nicht irgendwo im Papierkorb verschwindet. Das kann nicht sein. Wir müssen Sicherheit haben, wenn wir Geld in die Hand nehmen, selbst wenn es nur fünf oder zehn Millionen Euro sind.

Herr Dr. Runge, wir streiten uns darüber, ob die Finanzierung im Fall der Strecke Nürnberg - Hof 70 Millionen Euro kostet. Laut Wirtschaftsministerium ist hier die komplette Finanzierung gemeint. Ich habe nachgesehen, die Kosten sind seit 1998/1999 mit circa 500 oder 600 Millionen Euro in der Planung. Wir wissen genau, wie sich die Kosten in den letzten zehn Jahren entwickelt haben. Wir reden wahrscheinlich heute über 800 oder 900 Millionen Euro. Wenn wir hier die Tür aufmachen für die Übernahme der Vorplanungskosten, dann hat jeder den Anspruch, in die Vorplanung gehen zu dürfen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Kirschner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Runge?

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Ja, bitte.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Runge!

Dr. Martin Runge (GRÜNE): 2,8 Milliarden, das sind die aktuellen Zahlen der Bahn, statt 900 Millionen. Aber meine Zwischenfrage betrifft etwas anderes.

Nachdem Sie gerade die Historie bemüht und erklärt haben, wann was geleistet wurde möchte ich Sie fragen: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass beispielsweise unter der rot-grünen Bundesregierung die Regionalisierungsmittel um 200 Millionen im Jahr erhöht worden sind und die Regionalisierungsmittel gerade in Bayern zu nicht unerheblichen Teilen in Investitionsmaßnahmen geflossen sind, während sie jetzt vom Bund wieder eingedampft wurden? - Tatsächlich ist hier unter der rot-grünen Bundesregierung einiges besser geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Herr Dr. Runge, ich nehme das zur Kenntnis und sehe nach, ob richtig ist, was Sie uns gerade erzählt haben.

Um auf mein Thema zurückzukommen: Wenn wir die Tür für die Übernahme von Vorplanungskosten öffnen, dann gilt das nicht nur für die Strecken Nürnberg - Hof und München - Burghausen, sondern dann besteht ein Anspruch für alle Strecken in Bayern. Denn warum sollte man sich eine Strecke herauspicken?

Herr Dr. Runge, wenn gesichert ist, dass die Vorhaben durchgeführt werden, dann können wir uns gern darüber unterhalten. Da haben Sie mein Wort. Das gilt, wenn die Sache sicher ist und relativ zeitnah realisiert werden kann.

Das wäre es schon. Ich bedanke mich für die Zustimmung aller Fraktionen zu den Anträgen.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die Staatsregierung hat Frau Staatssekretärin Hessel um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns alle einig, dass der Bundesverkehrswegeplan chronisch unterfinanziert ist und dass selbst bei vorfristigem Bedarf, der angemeldet ist, in absehbarer Zeit kein Baubeginn möglich ist. Sie haben im Sommer sehr deutlich gesehen, was passiert, wenn es keine Vorratsplanung gibt. Das heißt, kurzfristig zur Verfügung stehende Mittel können nicht verwendet werden.

Die Vorratsplanung auf Bundesebene war notwendig. Wir haben uns sehr dafür eingesetzt, dass wir sie bekommen. Sie ist in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Die Vorratsplanung ist jetzt im Aufbau. Darum ist es sehr wichtig, dass es schon Vorgespräche darüber gibt, welche Vorhaben dringend verwirklicht werden müssen. Die drei angesprochenen Strecken sind von zentraler Bedeutung. Es ist sehr gut, dass sie in die Vorratsplanung aufgenommen werden. Es gab auch schon erste Vorgespräche zwischen Wirtschaftsminister Zeil und Verkehrsminister Ramsauer in Berlin, was diese Projekte angeht. Da wir gemeinsam an diesem Ziel arbeiten, können wir nur hoffen, dass es nach der Vorratsplanung auch den Masterplan für ein Schienennetz in Bayern gibt und dass endlich auch die nötigen Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden, dass die Infrastrukturmaßnahmen, die für unsere Wirtschaft wichtig sind, umgesetzt werden können. Dementsprechend freue ich mich über die Zustimmung zu den Anträgen.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Dem Präsidium liegen keine weiteren Wortmeldungen zu den Dringlichkeitsanträgen vor. Wir können deshalb in die

Abstimmung eintreten. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

(Unruhe)

Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/3251 - das ist der interfraktionelle Antrag der CSU und der FDP - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Dr. Pauli. Die Zustimmung war also einstimmig. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/3276 - das ist der Antrag der Fraktion der Freien Wähler - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Dr. Pauli. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir haben ein kleines, aber wirklich nur ein kleines Problem. Bis 19.00 Uhr ist geladen. Gleichzeitig haben die Fraktionen Redezeiten, die weit über diesen Zeitpunkt hinausreichen. Dennoch ist gewünscht, mit der Beratung des dritten Dringlichkeitsantrags fortzufahren. Wenn wir also bis 19.00 Uhr die Aussprache nicht abschließen können, müssen wir die Abstimmung in den Ausschuss verweisen.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Der Vierte kommt aber nicht mehr dran!)

- Das hängt davon ab, ob die Fraktionen jetzt nur eine Minute pro Antrag reden, gleichzeitig aber darauf bestehen, den vierten Antrag auch noch aufzurufen. Dann hätten wir eine Situation, die Ihre Anwesenheit erforderlich machen würde. Ich glaube aber fast sagen zu können, dass Sie hierbleiben, weil Sie uns gern haben, so dass Sie mit uns bis zum Schluss durchstehen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld u. a. und Fraktion (SPD)
Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen, Einführung einer internationalen Transaktionssteuer (Drs. 16/3252)

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a.
und Fraktion (CSU),
Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Tobias
Thalhammer u. a. und Fraktion (FDP)
Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen, einen
Beitrag der Finanzinstitute zur Aufarbeitung der
Lasten der Krise einfordern (Drs. 16/3271)**

Zunächst aber habe ich eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung zum weiteren Vorgehen.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Ich erlaube mir nur eine Anmerkung zu machen. Wenn wir beim Haushalt, bei dem sehr vieles redundant war, nicht 30 Minuten geredet, sondern uns auf 25 Minuten oder 20 Minuten beschränkt und auf das Wesentliche konzentriert hätten, hätten wir es auch geschafft; dafür hätten wir jetzt mehr Zeit.

(Hubert Aiwanger (FW): Ein guter Tipp, aber zu spät!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Das war jetzt mehr eine Anmerkung als ein Beitrag zum Fortgang der Tagesordnung. Ich nehme sie zur Kenntnis.

Die erste Wortmeldung für die SPD-Fraktion kommt von Herrn Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die sanften Ermahnungen verstanden und werde mich bemühen, ihnen Rechnung zu tragen, damit wir das Antragspaket noch behandeln können. Eine Bemerkung vorab: Das Budgetrecht ist das höchste Recht, das der Landtag hat. Daraus sind auch die Parlamente entstanden.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine schon, dass der Nachtragshaushalt ein wichtiger Punkt ist, über den eine intensive Debatte zu führen ist. Als Parlamentarier sollten wir uns darüber einig sein.

Der Dringlichkeitsantrag, den wir zur Finanztransaktionssteuer eingereicht haben, passt ganz gut zu den Haushaltsberatungen. Bei den Haushaltsberatungen ist deutlich geworden, dass wir in einer tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise stecken, die ihre Ursachen hatte, und dass wir in den öffentlichen Haushalten und darüber hinaus deren Folgen bekämpfen müssen. Deshalb müssen wir uns fragen, wer für die Folgen der Krise aufkommt und wie wir in Zukunft solche Erscheinungen vermeiden können. Wir müssen uns fragen, wie wir die Probleme, die in den öffentlichen Haushalten entstanden sind, lösen können. Wir müssen darüber

intensiv diskutieren, wir brauchen aber auch eine klare Orientierung.

Der Antrag meiner Fraktion zielt auf eine klare Auseinandersetzung des Bayerischen Landtags mit diesem Thema und auf ein Bekenntnis zur internationalen Finanztransaktionssteuer ab.

Für eine solche Steuer gibt es fünf Gründe. Einen Grund habe ich schon genannt, es sind die Kosten, die die Finanzmarktkrise hervorgerufen hat und die von den öffentlichen Kassen getragen werden müssen. Es kann nicht sein, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also die normalen Lohn- und Einkommensteuerzahler für diese Krise aufkommen. Wir müssen auch die an der Finanzierung beteiligen, die zu den Profiteuren des Finanzmarkts gehören und die die Krise mit verursacht haben. Soweit der erste Punkt.

Zweitens. Der Antrag betrifft auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik. Eine ganz elementare Frage lautet: Wie schaffen wir ein gerechtes Steuersystem unter Berücksichtigung dieses Aspektes?

Wir müssen dringend die öffentliche Infrastruktur finanzieren. Das ist heute aus den Ausführungen des Finanzministers zu den Perspektiven deutlich geworden. Unsere Haushalte sind unterfinanziert. Darüber sollten wir uns fraktionsübergreifend einig sein.

Wir müssen Instrumente finden, mit denen wir künftig Spekulationskrisen verhindern können. Auch dazu ist die Finanztransaktionssteuer ein wirksames Instrument.

Last but not least müssen wir die Verschuldung abbauen, denn sie ist eine Gefahr für die Gestaltungskraft der Politik.

Das sind die fünf Gründe, die eindeutig für eine Finanztransaktionssteuer sprechen. Die Vorteile gegenüber der Tobin-Steuer sind klar. Die Finanztransaktionssteuer ist eine sehr breit angelegte Steuer. Sie umfasst außerbörsliche Transaktionen von Wertpapieren, aber auch alle börslichen Transaktionen, Anleihen, Derivate und alle Devisentransaktionen. Der Vorteil gegenüber der Börsenumsatzsteuer, die es schon einmal gab, besteht darin, dass auch alle außerbörslichen Geschäfte einbezogen werden. Der gesamte Finanzmarkt wird mit einbezogen. Damit bekommen wir eine breite Bemessungsgrundlage. Eine solche Steuer ermöglicht uns auch einen niedrigen und vernünftigen Steuersatz. Wir belasten damit nicht die einfachen normalen Anleger am Aktienmarkt, sondern diejenigen, die massiv stündlich mit den Schwankungen spekulieren und permanent Transaktionen durchführen. Das ist ein sinnvolles Ziel. Belastet werden sollen vor allem das kurzfristige Zocken und Spekulationen. Das hätten wir damit erreicht.

Wir wollen, dass Reden und Handeln in der Politik übereinstimmen. Wir wollen ein klares Bekenntnis zum Instrument der Finanztransaktionssteuer. Alles wohlfeile Gerede in diese Richtung, das wir gehört haben, ist nur Populismus, wenn den Reden keine Taten folgen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Halbleib, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Kirschner?

Volkmar Halbleib (SPD): Das machen wir zum Schluss.

Wir haben ein klares Stufenkonzept. Wir wollen international erfolgreich sein. Dafür kämpfen wir auch. Wenn aber eine internationale Lösung nicht möglich ist, wollen wir ein klares Bekenntnis dazu, dass wir uns auf EU-Ebene massiv für eine solche Steuer einsetzen. Wenn diese Einigkeit auf EU-Ebene, was vielleicht auch schwierig ist, nicht erzielt werden kann, wollen wir auf nationaler Ebene ein klares Bekenntnis dazu. Wir wollen mit dieser Steuer ernst machen. Wir wollen nicht nur darüber reden, sondern damit ernst machen. Dazu gehört auch ein klares Bekenntnis. Wenn es international scheitern sollte, wollen wir auf nationaler Ebene die Finanztransaktionssteuer.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe darauf gehofft, dass diesem Antrag, der wirklich vernünftig formuliert ist, insbesondere von Seiten der CSU zugestimmt wird. Leider wird von Ihnen ein eigener Antrag vorgelegt, der das Verhalten der CSU etwas infrage stellt. Aufgrund dieses Antrags gehe ich davon aus, dass die CSU zusammen mit der FDP unserem Antrag nicht zustimmen wird. Deshalb müssen wir Fragen an Sie stellen. Mit diesem nichtssagenden, windelweichen Antrag, den Sie, CSU und FDP gemeinsam, gestellt haben, ist überhaupt keiner Diskussion über eine Finanztransaktionssteuer gedient. Nach seinen Äußerungen ist der Ministerpräsident für eine solche Steuer. Wir stellen aber fest, dass dies wieder nur wohlfeile Worte statt konkreter Konzepte gewesen sind. Sie klingen populistisch sehr gut, haben aber keine Konsequenzen für die politische Arbeit. Außerhalb des Parlaments reden Sie so, innerhalb des Parlaments anders. Damit untergraben Sie unsere Glaubwürdigkeit. Deshalb sind wir davon enttäuscht, dass unser Antrag bei Ihnen nicht auf breite Zustimmung stößt.

Abschließend noch zu Ihrem Antrag: Ich kann keinen Ansatz dafür erkennen, dass Sie einen konkreten Vorschlag für eine Beteiligung der Finanzmärkte an der Bewältigung der Krise machen. Sie sprechen von geeigneten Instrumenten, nennen aber keine. Sie reden nur von Beiträgen der Finanzinstitute und der Banken. Das ist schön und gut und auch richtig. Wir wollen aber auch diejenigen mit einbeziehen, die mit Aktienspeku-

lationen gewinnen. Das sind nicht nur die Banken, sondern das sind genauso die Anleger. Insofern verstehen wir die Verhaltensweise der CSU nicht.

Wir hätten uns gefreut, wenn Sie die Kraft gehabt hätten, auch hier im Parlament gegenüber dem Koalitionspartner klar Position für eine Finanztransaktionssteuer zu beziehen. Insofern schließt sich der Kreis, denn jetzt bin ich bei Ihnen, Herr Kirschner. Wir bedauern es sehr, dass die SPD nicht nur in der Wirtschafts- und in der Steuerpolitik, sondern auch in diesem wichtigen Punkt, in der Finanzmarktpolitik, ihre Klientelpolitik weiter betreibt. Es ist ein Hohn, wenn Sie den Arbeitnehmern Steuerentlastungen versprechen. Diese müssen die Lasten tragen, weil Sie sich weigern, auch diejenigen an der Krise zu beteiligen, die sie verursacht und die an ihr verdient haben. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Aus den genannten Gründen werden wir gegen den gemeinsamen Antrag der CSU und der FDP stimmen. Er ist kein Beitrag zu irgendeiner Diskussion. Es ist bedauerlich, dass die CSU nicht die Kraft besitzt, sich gegenüber der FDP durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Halbleib, bleiben Sie bitte hier. Es folgt eine Zwischenintervention von Herrn Dr. Kirschner.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Herr Kollege Halbleib, Sie haben zu mir gesagt, der Kreis schließt sich. Ich nehme diese Bemerkung ganz kurz auf. In der Sache bin ich völlig bei Ihnen. Wir wollen uns hier und heute aber nicht festlegen, weil wir uns nicht festlegen können, weil die Finanztransaktionssteuer kein deutsches und auch kein europäisches, sondern ein internationales Problem ist. Wir können uns nicht abkoppeln. Ich frage mich, was eine Transaktionssteuer sein soll. Unser finanzpolitischer Sprecher, Herr Prof. Barfuß, wird gleich darauf zu sprechen kommen. Wir sind ganz klar für einen Fonds, der über Jahrzehnte aufgebaut wird und in die Hand des Bundes kommt. Das nächste Problem wird nämlich kommen, das sage ich Ihnen schon voraus. Es wird nicht nur ein kleines Problemchen kommen, sondern wir werden wieder ein großes Problem haben. Bekanntermaßen sind die Steuern dann aber weg. Wir von der FDP plädieren für einen Fonds. Deshalb frage ich Sie ganz konkret, was mit der Steuer passiert? Wird diese Steuer angelegt oder soll sie irgendwo im Haushalt verschwinden?

Volkmar Halbleib (SPD): Aus meiner Sicht ist ein Fond bei den Banken zwingend erforderlich, um die Kräfte der Banken zu stärken, damit diese mit den Krisen selbst fertig werden. Das andere aber ist eine Beteiligung derjenigen, die Finanztransaktionen vornehmen, an der allgemeinen Finanzierung des Staates, an den

Haushaltslöchern und an den Steuerausfällen, die durch die Finanzmarktkrise entstanden sind.

(Beifall bei der SPD)

Das sind doch zwei Aspekte, die gleichberechtigt nebeneinander stehen. Was ich Ihnen vorwerfe, das ist, dass Sie weder zu dem einen noch zu dem anderen Stellung nehmen. Sie sprechen von einer Beteiligung der Kreditinstitute, aber Sie nennen keinen einzigen konkreten Vorschlag, wie Sie es schaffen wollen, dass auch in Bezug auf die allgemeinen Steuereinnahmen ein Beitrag geleistet wird. Das ist nach meiner Auffassung zwingend erforderlich, auch und gerade, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also die normalen Leute, zu entlasten.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die CSU bitte ich jetzt Graf von und zu Lerchenfeld nach vorne. Bitte schön.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Herzlichen Dank, liebe Frau Präsidentin. Hohes Haus! Herr Kollege Halbleib hat dargestellt, die weltweite Finanzkrise hat die öffentlichen Haushalte in massivster Art und Weise belastet. Alleine die Bundesrepublik Deutschland hat für die Stabilisierung des Finanzsektors auf Bundesebene fast 480 Milliarden Euro bereitgestellt, für die auch die Bundesländer teilweise mithaften müssen. Die Folgen der Finanzmarktkrise, die durch unverantwortliche Spekulation ausgelöst worden ist, können wir auch dadurch spüren, dass die Gesamtwirtschaft getroffen wurde und dass wir mittlerweile erhebliche Einnahmeeinbrüche bei den Steuern haben. Es kann deshalb nicht sein, dass diejenigen, die die Finanzkrise verursacht haben, sich aus der Verantwortung stehlen, mittlerweile wieder Milliardengewinne machen und nichts zur Konsolidierung der Haushalte beitragen.

(Beifall bei der CSU)

Es kann nicht sein, dass Verluste verstaatlicht werden, während die Gewinne wieder in die Taschen der unverantwortlichen Spekulanten zurückwandern. Es kann und darf auch nicht sein, dass schon heute internationale Banken wieder große Gewinne machen und Milliarden an Boni zahlen, gleichzeitig aber keinerlei Vorsorge getroffen wird, dass eine neue Blase im Finanzmarkt platzt, so dass wir dann wieder mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben. Wir können und dürfen die Banken nicht aus der Verantwortung entlassen.

(Christa Naaß (SPD): Okay, und was tun Sie dann?)

Das ist nicht nur eine Frage der Finanz- oder der Haushaltspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern das ist auch eine Frage der Ethik in der Wirtschaft. Das ist eine Frage der Verantwortung für unser Gemeinwesen und des moralischen Handelns in einer Wirtschaft. Ich bin deshalb unserem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er schon zu Beginn der Koalitionsverhandlungen bei der Bundesregierung auf die Bundeskanzlerin eingewirkt hat, dass die Verantwortlichen der Finanzmarktkrise entsprechend zur Kasse gebeten werden.

(Christa Naaß (SPD): Und was passiert?)

Sie müssen daran mitwirken, die Löcher in den öffentlichen Haushalten zu stopfen, die letzten Endes von ihnen verursacht worden sind. Der Ministerpräsident hat dabei, wie man überall nachlesen konnte, schon frühzeitig darauf hingewiesen, dass eine internationale Besteuerung von Finanztransaktionen auch ein Mittel für einen gerechten Beitrag der Finanzinstitute und der Anleger für die von Ihnen verursachten Lasten der öffentlichen Hand darstellt. Bereits auf dem G-20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 wurde die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer diskutiert, für die auch die Bundeskanzlerin bekannterweise die Unterstützung Deutschlands angekündigt hat. Dort wurde ein Prüfauftrag an den internationalen Währungsfond gegeben, Konzepte zur Beteiligung des Finanzsektors insgesamt an den Kosten der Krisenbewältigung zu erarbeiten und dabei auch die globale Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen zu prüfen.

Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, fordern uns in Ihrem Dringlichkeitsantrag dazu auf, die Bundesregierung davon zu überzeugen, dass die Finanztransaktionssteuer nützlich ist. Ich kann nur sagen: Vielen Dank, Sie sind endlich aufgewacht. Das hat sogar die Opposition im Bundestag schon erkannt und dort eingebracht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Entschuldigen Sie mal, das war ein Vorschlag von Peer Steinbrück und von niemand anderem! Das wissen Sie ganz genau!)

Die Finanztransaktionssteuer kann aber nur ein Schritt sein, um die Probleme auf den Finanzmärkten tatsächlich in den Griff zu bekommen. Die Gefahren einer neuen weltweiten Finanzkrise lassen sich mit dieser Steuer allein nicht lösen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Halbleib?

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Ich glaube, in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich meine Rede zu Ende führen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie ist nur ganz kurz!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Halbleib, möchten Sie eine Zwischenintervention machen?

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein.)

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Ich wiederhole: Die Finanztransaktionssteuer kann nur ein Schritt sein, die Probleme auf den Finanzmärkten in den Griff zu bekommen. Die Gefahren einer weltweiten Finanzkrise lassen sich nicht allein mit dieser Steuer lösen. Hier sind weitere international abgestimmte Maßnahmen notwendig. Wir sollten dabei genau aufpassen, dass die Einführung dieser Steuer nicht zu einem Bumerang für Deutschland wird. In der Regierungserklärung vom 17. Dezember 2009 hat die Bundeskanzlerin deshalb zu Recht einen nationalen Alleingang oder eine Beschränkung auf die Europäische Union kategorisch ausgeschlossen. Wenn Deutschland diesen Schritt alleine gehen würde, würden die Finanzplätze in anderen Staaten davon profitieren. Ich glaube, hier müssen wir besonders aufpassen: Auch die Finanzaufsicht in Deutschland würde bei ihren Aufgaben davon beeinträchtigt werden. Ich fürchte außerdem, dass durch diese Hintertür eventuell eine Besteuerungskompetenz für die EU oder für andere internationale oder übernationale Organisationen eingeführt werden könnte.

Eine internationale Finanztransaktionssteuer muss eine nationale Steuer bleiben, wenn sie auch nach einem international harmonisierten Konzept erhoben werden muss. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass von so einer Steuer nur die Länder profitieren, die wirklich große interessante Finanzplätze haben. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat ermittelt, dass Großbritannien wahrscheinlich das aus einer Transaktionssteuer sechsmal so viel an Steuern wie Deutschland einnehmen wird. Wenn man also will, dass sich die Banken an den Kosten der Krisenbewältigung in allen Staaten beteiligen, dann muss man auch dafür sorgen, dass ein gerechtes Verteilungssystem für diese Steuer zwischen allen Staaten ermöglicht wird.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat darüber hinaus eine Schätzung auf der Grundlage des Jahres 2008 vorgenommen, nach der in Deutschland etwa zwischen 10 und 55 Milliarden Euro eingenommen werden könnten, je nachdem, wie diese Steuer ausgestaltet wird. Diese Größenordnung ist aber nur dann realistisch, wenn diese Transaktions-

steuer tatsächlich international eingeführt wird und damit keine Ausweichmöglichkeiten gegeben sind. Das Beispiel von Schweden hat gezeigt, dass bei einem nationalen Alleingang nur ein Bruchteil der erwarteten Steuern tatsächlich eingenommen wird. Schweden hat im Jahr 1985 die Börsenumsatzsteuer wieder eingeführt. Man hat damals geschätzt, dass etwa 1,5 Milliarden Schwedische Kronen eingenommen werden. Weil Schweden diese Steuer aber allein eingeführt hat, sind bis heute jährlich nur etwa 50 Millionen Schwedische Kronen im Durchschnitt zu erzielen. Das zeigt sehr deutlich, dass ein nationaler Alleingang nichts bringt. Wir sollten uns deshalb davor hüten, Vorfestlegungen zu treffen, die uns binden und die zum Nachteil für Deutschland internationale Vereinbarungen erschweren würden.

(Beifall des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Deshalb, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, werden wir dem Antrag der SPD nicht zustimmen. Ich bitte sie sehr darum, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch kurz stehen. Herr Kollege Halbleib, wollen Sie jetzt eine Zwischenintervention machen?

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein, angesichts der kurzen Zeit! - Georg Schmid (CSU): Philipp, der traut sich nicht mehr!)

- Danke schön, Herr Kollege. Ich rufe für die Freien Wähler Frau Schweiger auf. Bitte.

Tanja Schweiger (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema, über das wir sprechen, ist gerade sehr "in". Herr Obama spricht von der internationalen Transaktionssteuer, Frau Merkel spricht sich dafür aus, Herr Seehofer hat sich schon dafür ausgesprochen. Die SPD im Bund ist dafür, die GRÜNEN ebenfalls. Mittlerweile sitzen wichtige Herren und Damen in Davos zusammen und sprechen über dieses Thema. Heute haben auch wir in den letzten Minuten dieser Plenarsitzung noch die Gelegenheit, uns im Bayerischen Landtag über dieses wichtige globale Thema zu unterhalten.

Es ist mittlerweile auch "in", über die Banken schlechthin zu schimpfen. Es ist sehr einfach, immer zu sagen "die" haben alles verkehrt gemacht, "die" sind an allem schuld, "die" sind für alles verantwortlich.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ja, wer denn sonst?)

Ich möchte in diesem globalen Zusammenhang schon das eine oder andere ausdifferenzieren. Wir müssen uns heute mit den Folgen der Landesbankkrise auseinandersetzen, weil eine Landesbank irgendwann auf dem US-amerikanischen Markt Papiere gekauft hat, zu einem Zeitpunkt, als der Markt eigentlich nicht mehr florierte und die Leute, die sich auskennen und das Geschäft verstehen, das Ganze schon eher wieder abgestoßen haben. Da ist die Landesbank aufgesprungen und hat diese Papiere gekauft. In diesem Zusammenhang bringt uns eine internationale Transaktionssteuer auch nichts mehr.

(Hubert Aiwanger (FW): Eine Dummensteuer hätten wir gebraucht!)

- Danke. Gegen ein solches Vorgehen ist noch kein Kraut gewachsen. Ein kleiner Teil der Banken hat keine Staatshilfen in Anspruch genommen. Sie haben ein ordentliches Risikomanagement und sie haben ihr Geschäft verstanden; sie haben die nötige Verantwortung und Vorsicht walten lassen. Ich möchte mich dagegen verwahren, dass alle in einen Topf geworfen werden, weil es im Moment schön ist, alle in einen Sack zu stecken, draufzuhauen und zu sagen: Man erwischt keinen Verkehrten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es ist immer wichtig, zu unterscheiden, ob es sich um eine staatliche Bank handelt, bei der ich den Bürgern gegenüber in der Verantwortung bin, die sich nicht wehren können, oder ob es sich um eine Geschäftsbank handelt, bei der ein Aktionär sagen kann: Ich kaufe die Aktie, weil ich mit dem Geschäft, das hier gemacht wird, einverstanden bin. Ein weiterer Teil der Banken hat einen Rettungsschirm bekommen. Da muss man genau hinschauen und man muss sie in die Verantwortung nehmen, denn wenn der Staat nicht eingegriffen hätte, wäre die eine oder andere Bank pleitegegangen.

Graf Lerchenfeld, Sie haben gesagt, man muss schauen; es geht nicht, dass diese Banken zuerst Verluste gemacht haben, jetzt aber wieder Gewinne machen und sich an den staatlichen Kosten weiterhin nicht beteiligen. Ich glaube, wir müssen steuerrechtlich überprüfen, ob solche Banken ihre Verluste weiterhin mit künftigen Gewinnen verrechnen können und der Staat dabei leer ausgeht für die nächsten Jahre, vielleicht auch Jahrzehnte, weil zunächst einmal überhaupt keine Steuern bezahlt werden. Man sollte da vielleicht zusätzliche Konditionen einführen. Das wäre eine Möglichkeit. Denn hier wird immer davon gesprochen, dass die Banken an den Kosten der vergangenen Krise, die sie schließlich ausgelöst haben, beteiligt werden sollten. Eine internationale Transaktionssteuer ist auf die Zukunft gerichtet. Wer sich in der Vergangenheit etwas

zuschulden hat kommen lassen, - - Das passt für mich nicht zusammen. Ich finde es schön, dass Sie hier nicken und dass wir uns über diese Vorgehensweise vielleicht doch noch unterhalten können. -

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist das Ziel?)

- Das kommt noch. Ich habe noch 17 Minuten Redezeit.

(Georg Schmid (CSU): Lass dir Zeit, es pressiert nicht!)

Es ist klar, worum es bei dem Ganzen geht: Es geht doch nicht um irgendeine Bankenkrise; mittlerweile haben wir eine gesellschaftliche Krise. Diese können wir nicht mit einer internationalen Transaktionssteuer beheben. Es geht darum, dass in unserer Gesellschaft keiner mehr Verantwortung übernehmen möchte, dass wir nur noch fehlende Verantwortung haben, dass Werte und Tugenden wie Seriosität und Kontinuität überhaupt nicht mehr im Mittelpunkt unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns stehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es geht darum, dass nur noch der persönliche Vorteil im Mittelpunkt steht, der kurzfristige Gewinn und der Egoismus, und dass keine gesamtgesellschaftliche Verantwortung mehr da ist. Dieses Verhalten hat uns in diese Krise geführt, in der wir jetzt sind. Da ist die internationale Transaktionssteuer ein Mittel, wie Sie schön gesagt haben, Kollege Graf Lerchenfeld, aber nicht die heilbringende Lösung in diesem ganzen Desaster. - Ich wollte das nur noch einmal für mich deutlich machen.

Zu den Anträgen: Dem Vorschlag der Transaktionssteuer werden wir uns selbstverständlich anschließen. Herr Halbleib hat vorhin so schön gesagt, er wolle ein klares Bekenntnis aus Bayern haben. Dem wollen wir uns nicht verwehren; keine Frage. Es ist eine sinnvolle Möglichkeit, zusätzliche Steuern zu generieren. Wie gesagt, sie ist ein Mittel. Aber es ist wichtig, das international einzuführen. Es geht nicht, das nur national oder in Europa zu machen. Damit schwächen wir unseren eigenen Börsenplatz, unsere eigenen Finanzplätze. Jeder weiß: Kapital ist flüchtig wie ein scheues Reh. Man geht dann lieber dorthin, wo man sich wohl und sicher fühlt. Deswegen können wir das nicht national sehen.

Wir alle haben schmerzlich erfahren müssen, dass wir uns in einer globalisierten Welt bewegen. Deswegen können wir hier nicht mit nationalen Vorschriften vorgehen.

Ich finde es sehr positiv, dass nicht nur Börsengeschäfte, sondern auch außerbörsliche Geschäfte einbezogen

gen werden sollen. Das ist auf jeden Fall notwendig. Fraglich ist allerdings - Sie haben es in Ihrem Vortrag anders begründet; aus dem Antrag ist es so nicht hervorgegangen -, ob hier denn wirklich jeder einzelne Investmentsparplan berücksichtigt sein sollte. Sie haben vorhin von Anleihen gesprochen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich frage mich, ob es Sinn macht, auch den kleinen Sparer mit seiner Bundesanleihe damit zu belasten oder ob man nicht fragen sollte, wenn es um einen Mitarbeiter geht, der Belegschaftsaktien hat, ob das so sinnvoll ist. In diesem Zusammenhang geht es vor allem auch um Derivate. Die Problematik ist da natürlich, dass wir einen sehr großen, teilweise einen tausendfachen Hebel haben: eigentlich einen kleinen Einsatz und ein Riesengeschäft, das dahinter steht. Auch da trifft man nicht genau dorthin, wo man möchte, wenn man nur die Transaktion besteuert. Aber das gebe ich in die Hände derer, die sich dann mit der Ausgestaltung auseinandersetzen müssen.

Im Grunde wird dieses sehr sinnvolle Anliegen von uns unterstützt. Wir möchten auch ein klares Bekenntnis nach Berlin geben. Ich habe vorhin schon mit der SPD gesprochen; wir beantragen, über die vier Punkte des Antrags einzeln abzustimmen, weil wir nicht für eine nationale Lösung sind, aber grundsätzlich die Punkte 1 und 2 mittragen.

Der Antrag der CSU schadet nicht, tut nicht weh, er bringt aber auch nicht viel. Wir werden auch hier zustimmen. Wie gesagt, wir sehen das als klares Bekenntnis, nicht mehr und nicht weniger. Das Thema ist auch nicht unbedingt ein bayerisches. Inwieweit die Inhalte und die Ausgestaltung realisierbar und machbar sind, wird sich nicht hier herinnen entscheiden. Aber wir sollen auf keinen Fall daran schuld sein, wenn das Ganze scheitert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin. Wir haben uns im Ältestenrat darauf geeinigt, die Sitzung um 19 Uhr zu beenden, weil wir uns um 20 Uhr zur Gedenkveranstaltung treffen wollen. Wir haben noch drei Wortmeldungen vorliegen. Die Abstimmung zu diesen beiden Anträgen werden wir nicht mehr durchführen können. Sie werden in dem dafür zuständigen Ausschuss erfolgen. Sie werden aber auch verstehen, dass ich aus Gleichbehandlungsgründen die verbleibenden Redner, die sich zu Wort gemeldet haben, nicht auffordern werde, zu verzichten. Wir haben im Ältestenrat ebenfalls vereinbart, dass Redebeiträge nicht zu Protokoll gegeben werden. Deswegen überlasse ich es den noch ausstehenden Rednern, Herrn Hallitzky von den GRÜNEN, Herrn Dr. Barfuß und

Herrn Staatsminister Fahrenschon, ob sie ihre Wortbeiträge wahrnehmen wollen. Als Nächster hat das Wort Herr Hallitzky. Bitte.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Wenn wir alle drei verzichten, könnten wir abstimmen!)

Eike Hallitzky (GRÜNE): Es wäre direkt schade, wenn ich jetzt nicht reden könnte. Im Übrigen, Frau Heckner, ich will Ihnen ein Vergnügen bereiten. Bis acht Uhr schaffen Sie es schon, und bis sieben schaffen wir es auf keinen Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Botschaft des heutigen Antrags zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist ja nicht, dass die SPD glaubt, sie hätte diese Idee neu geboren. Sie hat auch im politischen Geschäft nicht die Urheberschaft; das ist bekannt. Wir hatten beispielsweise vor einem Jahr im Bundestag einen solchen Antrag gestellt.

Die Botschaft des heutigen Antrags ist auch nicht die, dass die SPD glaubt, man könne mit der Finanzumsatzsteuer alle Probleme, die zur Bankenkrise und zur Finanzmarktkrise geführt haben, auf einmal erschlagen. Das ist uns allen klar. Das wissen die SPD-Mitglieder genau, das wissen die GRÜNEN genau, und das wissen vermutlich auch die einen oder anderen Kollegen aus der Regierungsfraktion. Wir brauchen sehr viel mehr; das ist bekannt. Es geht um den Ausbau und die Stärkung der nationalen und europäischen Finanzdienstleistungsaufsicht, die Neuordnung der Bundesbanken, eine Kapitalunterlegung in Abhängigkeit von der Größe der Institute, um so eine Antwort auf die Marktmachtkonzentration und das Argument "Too big to fall" zu geben. Es geht auch um den automatischen Informationsaustausch über Kapitalerträge und viele andere Dinge.

Fakt ist: Es gibt sehr, sehr viele Aufgaben, es gibt aber auch sehr, sehr wenig Handeln bei der Bundesregierung und bei der Staatsregierung.

Deswegen ist die Botschaft, die hinter dem Antrag der SPD eigentlich steht - jetzt sollten alle zuhören, denn jetzt kommt der kulturpolitische Teil meiner Rede -, doch jene, die in Goethes "Faust" schon vermutlich damals bereits in Kenntnis der dramatischen Untätigkeit der Schwarz-Gelben in Sachen Finanzmarktkrise geglottet hat. Diese im Blick habend, steht im "Faust":

Der Worte sind genug gewechselt,
Lasst mich auch endlich Taten seh'n!
Indes ihr Komplimente drechselt,
Kann etwas Nützliches gescheh'n.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Reden, Lippenbekenntnisse von Seehofer bis Merkel, von Schweiger bis Graf zu Lerchenfeld - um jetzt die ganz Wichtigsten zu nennen -, nützen niemandem etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen. Viel versprochen hat die Kanzlerin, aber wenig gehalten. Mit der Aussage, wir schieben das auf die internationale Ebene wie bei der Besteuerung des Flugbenzins, worüber wir seit gefühlten 80 Jahren debattieren, werden wir die nächste Finanzmarktkrise nicht verhindern können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dass ich mir an dieser Stelle erspare, auf die FDP einzugehen, möge man mir nachsehen. Von der Partei, die ihren guten Namen im Wesentlichen als Hüterin von Partikularinteressen verdient hat, erwarte ich nicht, dass sie ernsthaft Widerstand gegen uneingeschränkten Liberalismus betreibt. Eigentlich ist es die Ideologie des Liberalismus, die die letzte Finanzmarktkrise befördert hat, und sie ist, wie im Übrigen auch Ihre trotz ausufernder Staatsverschuldung nicht endende unverantwortliche Steuergeschenke-Politik, die beste Garantie für die nächste Krise.

In dieser unseligen Tradition dessen, was Sie bisher abgeliefert haben, bewegt sich auch der gemeinsame Antrag von - wo ist denn Graf von und zu Lerchenfeld? - von CSU und FDP. Sie sagen zwar worthülsenreich, eigentlich wollten Sie nur das Beste, nämlich eine internationale Regelung. Aber jeder, der die reale Welt kennt, weiß, dass es die umfassende internationale Regelung nicht geben wird. Sie spielen ihr altes Spiel: Reden statt handeln. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unverantwortlich.

Ein paar Sätze zur Finanztransaktionssteuer: Tatsache ist, dass die Spekulation innerhalb des Finanzmarktes sich längst völlig von der realwirtschaftlichen Basis gelöst hat und dass die Loslösung durch die Einführung einer Finanzumsatzsteuer zurückgeführt werden kann. Kurzfristige Spekulationsgeschäfte verlieren ihre Attraktivität, und das ist - danke, Herr Wowereit - auch gut so.

Vielleicht ist aber ein anderes gesellschaftspolitisches Argument genauso wichtig, das Graf von und zu Lerchenfeld eben angesprochen hat. Während die Schwarz-Gelben mit netten Reden ihr Nichtstun geschickt zu kaschieren versuchen, geschieht gleichzeitig Folgendes: Einige Leute werden, geleitet durch hemmungslose Gier und durch Spekulation, sehr reich, während die Masse der Bevölkerung mit ehrlicher Arbeit kaum mehr über die Runden kommt. Das, meine lieben schwarz-gelben Verantwortungsträger, ist eine Ungerechtigkeit, an der unsere Gesellschaft zu zerreißen droht. Deshalb ist es unsere Pflicht als Politiker, dort gegenzusteuern, wo wir können. Warum wird auf

jede Weißwurst, die über den Verkaufstresen wandert, eine Umsatzsteuer erhoben, nicht aber, wenn an der Börse spekuliert wird? Diese Ungerechtigkeit akzeptieren wir nicht. Die Privilegierung der Finanzbranche muss abgeschafft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute die historische Chance einer europäischen Einigung, um die Finanzumsatzsteuer einzuführen, weil hierfür nicht nur Kontinentaleuropa, sondern auch Großbritannien Unterstützung signalisiert hat. Statt diese Chance zu nutzen, schieben Sie mit reinen Lippenbekenntnissen in Berlin und heute mit Ihrem Antrag hier die Situation wieder auf die lange Bank und lassen diesen historischen Moment verstreichen. Das ist das Gegenteil dessen, was unser Land dringend bräuchte. Bei der Finanzmarktregulierung brauchen wir aktive politische Vorreiter, die handeln, und keine Taschenspieler. Deshalb ist der Antrag der SPD wichtig, richtig und dringlich. Ich freue mich, das über einen SPD-Antrag sagen zu können. Deshalb stimmt die Fraktion der GRÜNEN dem Antrag auch zu. Auch Sie würden gut daran tun, wenn Sie heute oder wann immer er im Haushaltsausschuss behandelt wird, das auch tun würden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Selbstverständlich hätten wir niemals auf diesen Redebeitrag verzichten wollen. Gemeldet hat sich noch Kollege Dr. Barfuß. Herr Minister Fahrenschon hat dankenswerterweise zurückgezogen.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Ich mache es nicht ganz so zornig. Wir sind gar nicht so weit auseinander.

(Lachen bei der SPD)

- Warten Sie ab. Pflegen Sie nicht Ihre Vorurteile, sondern hören Sie zu, was ich sage.

Wir wollen keine Steuer, wir können uns aber über einen Fonds durchaus einigen. Wir wissen, dass es die Eigenschaft der Steuern ist, insgesamt dem Haushalt zuzufließen und keine Zweckbindung zu haben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Es geht um die öffentlichen Haushalte!)

Ein Redner sprach heute Nachmittag davon, dass über die Kfz-Steuer wesentlich mehr eingenommen wird, als dem Straßenverkehr wieder zufließt. Das wäre mit der Finanzumsatzsteuer nicht anders. Glauben Sie, dass der amerikanische, französische, britische oder deutsche Finanzminister etwas anderes täte, als jedes Geld in den Haushalt zu stecken? Wenn der Haushalt dann

aufgestellt ist, kommen die Sozialpolitiker aller Länder und geben das Geld wieder aus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die öffentliche Hand hat bereits bezahlt!)

- Lassen Sie mich reden, ich habe Ihnen auch zugehört.

Nach der nächsten Blase ist wieder kein Geld da. Deshalb sagen wir, wir können durchaus mit einem Fonds leben. Wir wollen aber keine Steuern. Dabei bleibe ich. Der Fonds dient ausschließlich dazu, nach einer Blase die notwendige Liquidität zu haben, um die Blase heilen zu können.

Die Regelung geht nur im Zusammenhang mit den G-20-Staaten. Es wäre verheerend, dies auf nationaler Ebene zu machen. Sie behaupten, Sie kümmern sich um Arbeitsplätze. Ich frage Sie, wie sollen sich Unternehmen finanzieren, wenn wir auf nationaler Ebene kaum noch einen Kapitalmarkt hätten? Lesen Sie Ziffer 3 Ihres Antrags. Selbst in Europa wird es schwierig. Wir haben auf der Welt drei große Kapitalmarktplätze. Das ist Tokio, das ist New York und das ist London. London fiele dann aus und das Geschäft ginge nach Neu Delhi. Wenn London nicht mitmacht, geht die Spekulation über Tokio, New York und Neu Delhi. Damit wäre nichts gewonnen. Die Kanzlerin und alle ihre Mitstreiter haben Recht. Wir müssen das über die G 20 lösen.

Wir sind von Ihrem Ansatz gar nicht weit entfernt. Dem Grunde nach sind wir uns einig, nur über die Mittel streiten wir uns. Sie wollen eine Steuer, und wir wollen keine Steuer. Den Grund habe ich genannt.

In den Fonds sollten alle einzahlen, weil Zweckbindung gegeben ist. Auch Händler von nicht börsennotierten Papieren wie Hedgefonds und Private Equity sollten zahlen, die man mit der Steuer gar nicht erfasst. Damit man eine Ahnung bekommt, was ich meine: 0,01 % bis 0,05 % der Abgabe, die Sie Steuer nennen, die wir in einen Fonds einzahlen wollen, wären in Deutschland pro Jahr ungefähr 20 Milliarden Euro. Nehmen wir an, wir würden das zehn Jahre durchhalten, egal ob es Steuer oder Fonds heißt. Wir wollen beide das Gleiche. Wir wollen aber keine Steuer, weil die Zweckbindung fehlt. Das wären in zehn Jahren 200 Milliarden Euro. Das wäre ein Betrag, von dem man sagen kann, dass er bei der nächsten Blase wichtig wird.

Ich teile mit Frau Kollegin Schweiger die Auffassung, dass wir eine neue Ethik brauchen. Wir sollten nicht so tun, als gebe es nur auf Seiten der Banker Gier. Jeder, der mit einer zu 4,1 % rentierlichen Sparkassenobligations nicht zufrieden ist, ist genauso gierig wie die anderen, die ihren Rachen auch nicht voll bekommen. Ich will das auch festhalten. Ein Staat - für die Staatsgläu-

bigen -, der seine Bürger animiert zu glauben, dass jeder Bürger ein Recht auf ein eigenes Haus hat, für das er nicht einmal Eigenkapital aufbringen muss, ist an dieser Blase mit schuld gewesen. Versuchen wir das miteinander zu richten. Wir stellen uns vor, dass wir weder den ungezügeltten Kapitalismus wollen, auch wenn das Ihr Feindbild uns gegenüber etwas stört. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft und keinen ungezügeltten Kapitalismus. Mit unserem System ist ein Fonds durchaus zu verbinden.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Barfuß, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Halbleib?

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Selbstverständlich, ich mache das auch.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Kollege Halbleib, bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich habe zwei Fragen an Sie, weil Sie behaupten, wir stünden nahe beieinander. Sie stellen klar, dass das international geregelt werden muss. Können Sie mir sagen, ob die FDP mit der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten für eine Finanztransaktionssteuer auf internationaler Ebene eintritt?

Und wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es auf dem Börsenplatz London, den Sie gerade genannt haben, eine Umsatzsteuer gibt, die einen Umfang von vier Milliarden Pfund bis zum Jahr 2007 jährlich verbucht hat? Der Börsenplatz London, den Sie als Beispiel anführen, hat die Börsenumsatzsteuer.

Ich bringe den von Ihnen gewollten Fonds mit dem, was Sie verkünden, nicht überein. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir zu beiden Punkten eine klare Antwort geben könnten.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Zum ersten Punkt: Wir reden nicht mit gespaltener Zunge. Was wir hier in München sagen, gilt auch in Berlin. Allerdings sind wir in einer Koalition. Wir wollen sehen, wie sich die anderen beiden Koalitionsparteien verhalten. Wir stehen für das ein, was ich hier gesagt habe.

Sie wissen, dass es am Börsenplatz London viele Ausnahmen gibt. Wir sind der Meinung, dass man die Ausnahmen schließen könnte mit einer Abgabe für alle Transakteure von Hedgefonds und Private Equitys.

Wir haben dann noch die - vielleicht belächelte - Idee. Trotzdem trage ich sie vor. Wir sollten die Erträge aus dem Fonds - bis zu 200 Milliarden Euro in zehn Jahren - verwenden, um zum Beispiel Bildung zu fördern. Das Stockkapital muss stehen bleiben, weil es sich um eine

Art Stiftung handelt. Von dem Ertrag könnten wir in die Köpfe der Menschen investieren. Damit wäre Artikel 14 des Grundgesetzes auf eine interessante Art und Weise ausgelegt.

Aus den vorgetragenen Argumenten geht ganz klar hervor: Wir sind uns in diesem Hohen Hause über die Notwendigkeit im Klaren, dass aus der Ethikkrise, die sich als Finanzkrise offenbart hat, Lehren zu ziehen sind. In der Auswahl der Mittel unterscheiden wir uns.

Wir würden den genannten Fonds gerne bei der Deutschen Bundesbank hinterlegen oder bei der EZB, falls die anderen Europäer mitmachen. Aber wenn Sie uns von vornherein unterstellen, wir seien auf diesem Auge blind, täuschen Sie sich. Wir machen also gerne mit.

Deshalb bitte ich Sie, unserem Fondsvorschlag zuzustimmen.

Lieber Volkmar, wir werden uns persönlich dafür einsetzen und der Kanzlerin sagen, was uns am Herzen liegt.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Es scheint so zu sein, dass niemand mehr von der übrigen Redezeit, mit der wir locker die Zeit bis nach 20 Uhr füllen könnten, Gebrauch machen möchte. Daher können wir den jetzt debattierten Antrag an den dafür zuständigen federführenden Ausschuss überweisen. Das betrifft einmal den Antrag Drucksache 16/3252, ebenso den einbezogenen Antrag Drucksache 16/3271.

Des Weiteren verweise ich die restlichen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/3253 bis 16/3259 und die Anträge Drucksachen 16/3270, 3272, 3273 und 3275, ebenso die Anträge auf den Drucksachen 16/3277 und 3278 ebenfalls an die dafür zuständigen und vorgesehenen federführenden Ausschüsse.

Ich schließe hiermit die Sitzung. Sie sind befreit.

(Schluss: 19.12 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Dezember 2009 (Vf. 16-VII-09) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des Art. 46 des Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe und der Sicherungsverwahrung (Bayerisches Strafvollzugsgesetz - BayStVollzG) vom 10. Dezember 2007 (GVBl S. 866, BayRS 312-2-1-J),
 2. der unterbliebenen Einbeziehung arbeitender Gefangener in die gesetzliche Rentenversicherung
- PII/G-1310/09-12
 Drs. 16/3207 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.**
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Dezember 2009 (Vf. 17-VII-09) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. der Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 der Gemeinde Valley vom 17. Oktober 2006,
 2. der Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 der Gemeinde Valley vom 7. April 2009
- PII/G-1310/09-13
 Drs. 16/3206 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Isabell Zacharias, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Anpassung der Eingruppierungsmerkmale von Sekretärinnen und Sekretären der
Universitäten an die Wirklichkeit des Arbeitsplatzes
Drs. 16/1829, 16/3208 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Identifizierung Polizeieinsatzkräfte
Drs. 16/2046, 16/2955 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Markus Rinderspacher,
Johanna Werner-Muggendorfer SPD
Individualisierung von Polizeibeamten in geschlossenen Verbänden
Drs. 16/2327, 16/2954 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerischer Musiklöwe
Drs. 16/2499, 16/3138 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW)
Bericht zu den Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf das kulturelle Leben in Bayern und zu den geplanten kulturpolitischen Konsequenzen
Drs. 16/2739, 16/3139 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Stand des Ermittlungsverfahrens gegen die Mitglieder des Vorstands der BayernLB wegen des Verdachts der Untreue im Zusammenhang mit dem Engagement auf dem US-Immobilienmarkt
Drs. 16/2869, 16/3092 (erledigt erklärt)

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konzept zur Sicherung der Archiv- und Bibliotheksbestände
Drs. 16/2195, 16/3137 (E) [X]

**abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				